

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

GEWERKSCHAFTS-SPIEGEL • INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

Frankfurt, Oktober 1974

Einzelpreis 2,50 DM

XIV. Jahrgang

D 21 395 E

Am 13. Oktober 1949 erklärte Hans Böckler in München: „Der historische Augenblick ist gekommen.“ Mit diesen Worten leitete er die Abstimmung über die Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes ein. Ohne Gegenstimmen beschlossen die Delegierten der 16 Einzelgewerkschaften die Gründung des DGB. Das entsprach dem Willen von Millionen – Lehren aus Faschismus und Krieg zu ziehen und neue Maßstäbe für die Entwicklung zu setzen.

Die in München verabschiedete Grundsatzerklärung war geprägt von Forderungen nach Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten in allen personellen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Wirtschaftsführung und Wirtschaftsgestaltung, mehr sozialer Gerechtigkeit und Überführung der Schlüsselindustrien und anderer markt- und wirtschaftsbeherrschender Unternehmen in Gemeineigentum. Dieses Wollen der Gewerkschaftsmitglieder kam sowohl im DGB-Grundsatzprogramm von 1963 sowie auf zahlreichen Gewerkschaftstagungen und -kongressen zum Ausdruck. Auch der jüngst in Hannover stattgefundene 11. IG-Metall-Gewerkschaftstag machte sich diese Forderungen erneut zu eigen. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Mitbestimmung wurde als „unannehmbar“ abgelehnt.

Unbestreitbar haben die Gewerkschaften in den 25 Jahren ihres Bestehens beachtliche Erfolge erzielt. In machtvollen Massenbewegungen setzten sie oft gegen den gemeinsamen Widerstand von Unternehmern und Regierung bedeutende Verbesserungen auf sozialpolitischem Gebiet durch. *Erinnert sei hier nur an die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, für die Schleswig-Holsteins Metallarbeiter einen wochenlangen Arbeitskampf geführt hatten.*

Aber die wichtigsten Forderungen wie Mitbestimmung und Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum wurden nicht durchgesetzt. Wie notwendig aber gerade ihre Verwirklichung ist, zeigt die Entwicklung der letzten Jahre, die gekennzeichnet ist

durch eine gewaltige Machtkonzentration des Großkapitals sowohl im nationalen als auch im internationalen Rahmen.

Die Labilität des Kapitalismus wächst, die allgemeine Krise verschärft sich immer mehr. Ausdruck dafür ist die Vernichtung von Arbeitsplätzen, die Verlagerung von Betrieben ins Ausland und willkürliche Preiserhöhungen zur Erhaltung und Absicherung der Profite. Dazu häufen sich Versuche, die Tarifautonomie durch Sachverständigenurteilen, Lohnleitlinien und Orientierungsdaten auszuhöhlen, wie die letzte Sitzung der konzertierten Aktion am 24. September deutlich gemacht hat.

Es ist unverkennbar: Im 25. Jahr des Bestehens des DGB haben die Unternehmer zum Generalangriff auf die Gewerkschaften geblasen. Dabei fehlt es nicht an Versuchen, die Gewerkschaften an den Rand der Legalität zu drängen und ihre Tätigkeit als verfassungsfeindlich abzustempeln oder als Ordnungsfaktor in das kapitalistische Herrschaftssystem zu integrieren. Rücksichtslos werden die Krisenerscheinungen der Wirtschaft auf die Arbeiter und Angestellten abgewälzt, wird die Peitsche der Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen Existenzangst eingesetzt, um die Lohn- und Gehaltsabhängigen zum Kuschen zu bringen.

Für die Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaften kommt es jetzt mehr als in der Vergangenheit darauf an, dem konzentrierten Unternehmerangriff die Kraft der Einheitsgewerkschaft entgegenzusetzen. Darauf sollte sich die Gewerkschaft besinnen. gim

10/74

Aus dem Inhalt:

Berufsverbote treffen ausschließlich Demokraten	2
Interview mit Ernst Breit: Alle gewerkschaftlichen Kampfmittel zur Verteidigung der Tarifautonomie!	4
Unternehmer und Regierung gegen aktive Lohnpolitik	5
Stahlarbeiter: 14 Prozent ohne Abstriche durchsetzen!	6
Lehrer von Arbeitszeitverkürzung nach wie vor ausgeschlossen	6
Lohnabbau durch Kürzung übertariflicher Leistungen	8
Internationale Waffenprojekte anstelle von Sozialreformen?	9
Daten zur Wirtschaftsentwicklung	10
IG Druck und Papier vor Gewerkschaftstag	11
Bericht vom Gewerkschaftstag: IG Metall: Mitbestimmungs-Entwurf der Bundesregierung unannehmbar	12

Reden, Beschlüsse, Presseschau: IG-Metall-Gewerkschaftstag, H. O. Vetter auf dem NGG-Kongreß, Beschlüsse der DGB-Jugend Hessen	13–20
--	-------

7. NGG-Gewerkschaftstag: Sorgen mit den Multis	23
Landarbeiter fordern Angleichung der Löhne	24
Konzeptlosigkeit der IGBE bei Lösung der Energiekrise	25
Zwei Jahre DGB-„Prüfsteine“: Ein aktuelles Reformprogramm	26
Offensive der Unternehmer: Kontaktgruppen vor Ort	27
Bonn dreht am Miettenkarussell „Sozialmieten“ steigen am stärksten	28
DDR – vor 25 Jahren totgesagt, heute von 111 Staaten anerkannt	29
Aktionseinheit – Haupttrend in Frankreichs Gewerkschaften	30
Buchbesprechung: Nein zur Vermögenspolitik	32

Berufsverbote treffen ausschließlich Demokraten

„Wenn der Demokratie jemals ernsthafte Gefahr gedroht hat, dann von rechts.“ Diese Aussage des DGB-Bundesvorsitzenden Heinz Oskar Vetter vor dem Gewerkschaftskongreß der NGG in Wolfsburg wird durch die Berufsverbotspraxis immer wieder aufs Neue belegt. Es ist darum unverstänlich, daß die Mehrheit der Delegierten des 11. Gewerkschaftstages der IG Metall die Ablösung des berüchtigten Ministerpräsidentenerlasses durch ein entsprechendes Bundesgesetz „begrüßen“. Offensichtlich ist in den Gewerkschaften zu wenig bekannt, daß auch dieses Gesetz die Berufsverbotspraxis nicht abschaffen soll.

Nach einer Anfang September 1974 veröffentlichten Untersuchung der „Frankfurter Rundschau“ treffen die Berufsverbote ganz überwiegend Linke, in erster Linie Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei. Nach den Ermittlungen der Zeitung waren von den 101 nicht eingestellten Bewerbern lediglich vier Mitglieder der NPD. Von den Bundesländern hält Hamburg mit 23 Ablehnungen den traurigen Spitzenrekord. Die letzten Auseinandersetzungen in Hamburg zwischen dem rechten SPD-Flügel und der – demokratisch orientierten – Hamburger FDP über die Einstellung von zwei DKP-Mitgliedern in den Hamburger Schuldienst hat wieder einmal deutlich aufgezeigt, daß sich die Hamburger SPD-Führung zum Vorreiter für diese verfassungswidrige Praxis hat machen lassen.

Wie die „Frankfurter Rundschau“ berichtet, stehen eine Vielzahl von Berufsverbote noch bevor. Insgesamt sind danach etwa 100 Verfahren „in der Schwebe“, die sich ausschließlich gegen Linke richten. Bestätigt wurde auch, daß die Berufsverbotspraxis teilweise weit über den Ministerpräsidentenbeschluß vom Januar 1972 hinausgeht. Nach dem Ministerpräsidentenbeschluß ist Voraussetzung für die Ablehnung, daß jeder Einzelfall für sich geprüft und entschieden wird. In einigen Bundesländern löst die „bloße Mitgliedschaft“ in der DKP (so Rheinland-Pfalz) pauschal „Zweifel an der Verfassungstreue des Bewerbers“ aus und führt zur Nicht-Einstellung.

Dagegen „brauchen rechtsradikale Beamte den Erlaß nicht zu fürchten“ („Stern“ Nr. 37/74). Trotz hervorragender Zeugnisse wurde das DKP-Mitglied Bernhard Wilczek nicht als Kreisjugendpfleger in Pinneberg, Schleswig-Holstein, eingestellt; in Schleswig dagegen verhinderte die CDU, daß Karl-Ernst Lober, von 1967 bis 1971 Landtagsmitglied der NPD, als Kreisjugendpfleger abgelöst wurde. Bekannt wurde auch der Fall von Eva David-Happach, ehemaliges Bundesvorstandsmitglied der NPD und Oberlehrerin in Lübeck, die

demonstrativ ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst beantragte. Das Verfahren wurde, wie die NPD-Dame es erwartet hatte, abgelehnt. Dr. Uwe Rheingans, bis 1971 Landtagsabgeordneter der NPD, wurde vom Studienrat zum Oberstudiendirektor befördert. Zwei Jahre dauerte in Hamburg ein Disziplinarverfahren gegen einen Richter, der das Vernichtungslager Auschwitz als harmloses „gepflegtes“ Arbeitslager bezeichnet hatte.

Die demokratischen Kräfte müssen dagegen mit einer Verschärfung der Berufsverbotspraxis rechnen, Anhörverfahren und Gesinnungsschnüffelei nehmen zu. Der Landesgeschäftsführer der hessischen CDU, Kanther, hat angedroht, daß nach einem eventuellen Wahlsieg der CDU in Hessen „in den ersten vierzehn Tagen eine Menge Lehrer aus dem Schuldienst fliegen werden“. Der Verfassungsbruch wird immer unverhohlener.

Die Berufsverbote sind eines der Mittel der Reaktion, jede mißliebige Meinung mundtot zu machen und das Grundgesetz auszuhöhlen, um demokratische Veränderungen zu verhindern. Gerade die Gewerkschaften bekommen in der letzten Zeit zu spüren, daß die Berufsverbote nur ein Teil dieser Strategie sind. Die BDA hat angekündigt, selbst gegen das Mitbestimmungsgesetz der SPD/FDP-Koalition vor das Bundesverfassungsgericht zu gehen. Angriffe auf die Gewerkschaften nehmen zu. Das Wort vom „Gewerkschaftsstaat“ wird tausendfach neu aufgelegt und verbreitet.

Vetter hat auf dem Gewerkschaftstag der NGG die Situation klar eingeschätzt: „Die eigentlichen Systemveränderer sitzen in den Chefetagen der großen Konzerne. Sie sind es, die den Untergang der Marktwirtschaft betreiben.“ Jetzt komme es darauf an, in der Auseinandersetzung um die Mitbestimmung, „den Kampf um Demokratie und Freiheit in der Bundesrepublik zu bestehen.“ B. Degen

Etat gegen Bevölkerung

Am 18. September 1974 begründete SPD-Finanzminister Apel den 154-Milliarden-Haushalt 1975. Sparsamkeit sei das Gebot der Stunde; Abstriche an öffentlichen Ausgaben, z. B. für Bildung, Gesundheitswesen, Verkehr und Umweltschutz seien nicht zu vermeiden. Die Regierungsvertreter wandten sich vor allem an die Gewerkschaften, bei der kommenden Lohnrunde keine Forderungen zu stellen, die zu echten Reallohnerhöhungen führen könnten. Wie schon wiederholt von den Unternehmerverbänden, so wurden auch von der SPD/FDP-Koalition die Gewerkschaftsforderungen als Hauptgefahrenquelle für die Konjunktur erklärt.

Die Debatte um den Haushalt 1975 machte deutlich, daß die Bundesregierung eine Finanzpolitik betreibt, die gegen das Volk gerichtet ist. Allein für die Rüstung werden offen im Etat 29,9 Milliarden DM ausgewiesen. In anderen Positionen des Haushaltes sind weitere enorme Summen für die Rüstung versteckt. Wenn alle diese Beträge addiert werden, so kommt die gewaltige Summe von 45 Milliarden DM heraus, die 1975 für militärische Zwecke zur Verfügung gestellt wird.

Obwohl die Bundesregierung gesetzlich verpflichtet ist, Zuschüsse für die Rentenversicherung in Höhe von 2,5 Milliarden DM zu leisten, sollen an die Versicherungsträger nur Schuldscheine ausgegeben werden.

Dieser Haushaltsentwurf ist unsozial, er nutzt in keiner Weise die Möglichkeiten, die durch die Politik der Entspannung in Europa entstanden sind. Im Gegenteil, durch die Aufblähung der Militärausgaben wird der Entspannung entgegengewirkt und außerdem sind sie eine Quelle, durch die die Inflation angeheizt wird.

Die Lage, in der sich die BRD befindet, ermöglicht und erfordert eine grundlegend andere Finanzpolitik. Notwendig wären: Senkung der Rüstungsausgaben um zunächst 15 Prozent, die 6,5 Milliarden erbringen würde; Abbau von Subventionen und Steuergeschenken für das Großkapital; das brächte weitere 5 Milliarden DM, und Unterbindung der Steuerflucht, die das Großkapital betreibt; das würde im Jahr ebenfalls 5 Milliarden DM ausmachen. Dazu müßten die staatlich verfügbaren Preiserhöhungen eingestellt werden. So könnte ein Sparhaushalt entstehen. Die freierwerbenden Mittel würden helfen, Arbeitsplätze zu sichern, Bildung und Gesundheitswesen zu fördern, die Finanzlage der Gemeinden zu verbessern sowie den Nahverkehr und sozialen Wohnungsbau zu entwickeln. Jol

Ein Jahr Junta-Terror

Anläßlich des 1. Jahrestages der Ermordung Präsident Allendes und des Beginns der faschistischen Junta-Herrschaft in Chile am 11. September 1973 erlebte die weltweite aktive Solidarität mit dem chilenischen Volk auch in den Gewerkschaften der Bundesrepublik eine weitere Verstärkung. Entsprechend einem Appell der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) forderte die Gewerkschaft ÖTV ihre Mitglieder auf, am 18. und 19. September keine chilenischen Flugzeuge und Schiffe abzufertigen. Dieser Boykottaufruf wurde befolgt.

Der DGB-Bundesvorstand erhob in einer Erklärung „schärfsten Protest gegen den andauernden Terror der Junta“. Nachdrücklich forderte der DGB „die Schließung der Konzentrationslager, die Freilassung der inhaftierten Arbeitnehmer und Gewerkschafter sowie die Wiederherstellung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte in Chile“. Zur Solidarität mit allen demokratischen Kräften und dem Volk Chiles forderten auch mehrere Landesbezirksjugendkonferenzen des DGB auf.

Auf einer Pressekonferenz in Stockholm appellierte der Präsident des verbotenen chilenischen Gewerkschaftsbundes CUT, Luis Figueroa, an die Werktätigen der ganzen Welt und alle fortschrittlichen Kräfte, die Kampagne zur Unterstützung der chilenischen Patrioten weiter zu verstärken.

Die Ankündigung des faschistischen Regimes, daß etwa 500 Verhaftete aus den Gefängnissen entlassen werden sollen, ist ohne Zweifel ein erster Erfolg dieser weltweiten Protest- und Solidaritätsbewegung. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Terror, die Verhaftungen, Folterungen und politischen Schauprozesse weitergehen. Allein in den letzten vier Wochen der einjährigen Junta-Herrschaft wurden über 22 000 Menschen verhaftet. Der Druck auf das faschistische Regime muß unablässig verstärkt werden. Sb.

Invest-Lenkung

Der 11. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall, über den wir in dieser Ausgabe ausführlich berichten, hat in Hannover nach einem Grundsatzreferat von Eugen Loderer die Forderung nach Investitionslenkung aufgestellt. Diese Forderung ist nicht neu, sie spielte schon vor 25 Jahren bei der DGB-Gründung im Rahmen der anvi-

sierten demokratischen Wirtschaftsplanung eine Rolle.

Wenn mit Hilfe einer Investitionslenkung ernsthaft an den bestehenden Macht- und Besitzverhältnissen etwas geändert werden und diese sich nicht nur als eine Regulierungsmaßnahme des kapitalistischen Staates für die Profitinteressen des Systems reduzieren soll, bedarf diese Forderung einer engen Koordination mit der Mitbestimmung der Gewerkschaften und der Überführung der Schlüsselindustrien und anderer markt- und wirtschaftsbherrschender Unternehmungen in Gemeineigentum.

Diese DGB-Grundforderung fehlte jedoch in Loderers Modell von Hannover, obwohl der Gewerkschaftstag

GLOSSE

Schmidt-Eisenbart

Nicht nur der Doktor Eisenbart kuriert die Leut' auf seine Art. Kanzler Schmidt kann das auch. Da versuchten die Delegierten des Landesparteitages der Hamburger SPD am 19. September, dem immer wieder von Fieber und Krisen geschüttelten Wirtschaftskörper des kranken Kapitalismus die Diagnose zu stellen. Mehrere Delegierte erkannten: Der Privatbesitz an den entscheidenden Produktionsmitteln, der Existenzgrundlage des Volkes, und die Profitsucht der Konzerne sind die Ursache. Ihre Therapie: Öffentliche Kontrolle und Vergesellschaftung der Mammutunternehmen.

Das wurde Schmidt-Eisenbart zu bunt: „Was soll der Unsinn hier mit dem großen Gemälde über die Profite der Unternehmen? Gegenwärtig leiden die Staatskassen daran, daß diese Unternehmen, weil sie Verluste machen, überhaupt keine Steuern zahlen.“ (Am selben Tage berichtete die Tagespresse über Riesengewinne und -investitionen des Chemiegiganten Hoechst: „Gewinne jagen nach oben“, Frankfurter Rundschau, 24. 9. 74). Schmidt weiter: Da sind „schwerste Bedrückungen... mit Inflations- und Arbeitslosigkeitsproblemen und daraus resultierenden sozialen Strukturproblemen...“ und ihr philosophiert über die Vergesellschaftung oder Nichtvergesellschaftung“.

Und so weiter. Als wenn die Erscheinungen der Krankheit des Kapitalismus nicht mit den Ursachen der Krankheit zusammenhängen. Schmidt-Eisenbarts Rezept: Gebt dem Patienten Aspirin, wenn er Kopfschmerzen hat, und hört auf, die Entfernung des Tumors zu verlangen! okolus

sie in mehreren Entschliefungen bekräftigte. Die im DGB-Grundsatzprogramm als Ziel gestellte „Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft“ erfordert, Teilaspekte wie die Investitionskontrolle in eine gewerkschaftliche Gesamtstrategie gegen die Konzernmacht einzufügen.

Ebenso muß man sich vor Illusionen hüten. Ob paritätische Mitbestimmung, Investitionslenkung oder Gemeineigentum – immer werden die Gewerkschaften jeden Fußbreit an mehr Einfluß und eigenen Machtpositionen nur im harten Kampf gegen die Herrschenden in Staat und Gesellschaft erringen können. P.

Hessische „Prüfsteine“

Am 27. Oktober wählt die hessische Bevölkerung ihr Landesparlament. Rechtzeitig hat dazu der DGB-Landesbezirk der Öffentlichkeit seine „Prüfsteine“ übergeben. In acht Komplexen sind die Forderungen der Gewerkschaften an Kandidaten und Parteien zusammengefaßt. Die Skala reicht von Forderungen nach Demokratisierung und Mitbestimmung in der Wirtschaft, Vorrang der Bildungspolitik, verbesserter beruflicher Bildung, besserer Sozial- und Gesundheitspolitik, Beseitigung der Diskriminierung der ausländischen Bevölkerungsteile bis hin zu einer verbesserten Energie-, Verkehrs- und Umweltpolitik.

Von besonderer Bedeutung sind die im Prüfstein 1 enthaltenen Forderungen. So soll im Bereich der öffentlichen Unternehmen durch die Novellierung des Personalvertretungsgesetzes mehr Mitbestimmung erreicht und für die im öffentlichen Dienst Beschäftigten ein einheitliches Personalrecht durchgesetzt werden. In allen Verwaltungsräten und Aufsichtsgremien von Landesunternehmen und anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften sei unverzüglich die paritätische Mitbestimmung durchzusetzen.

Darüber hinaus wiederholt der DGB-Landesbezirk seine bereits in den „Bausteinen“ (siehe NACHRICHTEN 9/74) enthaltene Forderung nach Errichtung von paritätisch besetzten Wirtschafts- und Sozialräten sowohl auf Landes- als auch auf regionaler Ebene. Bisher ist von keiner der im Landtag vertretenen Parteien eine Zustimmung zu verzeichnen. Als einzige Partei hat die DKP – obwohl sie weitergehende Forderungen hat – den Gewerkschaften ihre vorbehaltlose Unterstützung bei der Durchsetzung zugesagt. gim

Alle gewerkschaftlichen Kampfmittel zur Verteidigung der Tarifautonomie

Interview mit dem DPG-Vorsitzenden Ernst Breit

Vom 20. bis 26. Oktober 1974 findet in Hamburg der 11. Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) statt. Die Delegierten haben über rund 1800 Anträge und Entschlüsse zu befinden. **NACHRICHTEN-Mitarbeiterin Gisela Mayer fragte den Vorsitzenden der DPG, Ernst Breit, nach den Schwerpunkten des Kongresses, von dem sicherlich wichtige Impulse für die Arbeit dieser Gewerkschaft ausgehen.**

NACHRICHTEN: Vom 20. bis 26. Oktober findet in Hamburg der 11. Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft statt. Welche Schwerpunkte werden voraussichtlich im Mittelpunkt der Beratungen der Delegierten stehen?

Ernst Breit: Im Mittelpunkt der Beratungen unseres Kongresses wird der Entwurf eines Gesellschafts- und Berufspolitischen Programms sowie einer neuen Satzung der Deutschen Postgewerkschaft stehen. Jedes Mitglied hat die Entwürfe vor etwas über einem Jahr erhalten. Seitdem sind sie in zahlreichen örtlichen Veranstaltungen und bezirklichen Konferenzen beraten worden. Die DPG war über ein Jahr lang eine diskutierende Gewerkschaft. Ihre sonstige Handlungsfreiheit hat das aber nicht beeinträchtigt.

Dem Kongreß liegen zum Programm-entwurf des Hauptvorstandes rund 800 Ergänzungs- bzw. Änderungsanträge vor. Darunter sind freilich keine, die ihm eine völlig andere Richtung geben würden. Mit unserem Programm wollen wir nach 25jähriger Erfahrung mittel- und langfristige Konsequenzen für unsere zukünftige Gewerkschaftsarbeit ziehen.

Der Programmwurf stellt die engere Berufspolitik der Deutschen Postgewerkschaft in gesellschaftliche Zusammenhänge, trägt dem Wandel der öffentlichen Verwaltung von einer klassischen Hoheitsverwaltung zur Leistungs- und Vorsorgeverwaltung Rechnung und zieht Schlußfolgerungen aus der betrieblichen Praxis. Er betrachtet die Gewerkschaften als Teil einer auf Reformen abzielenden politischen Bewegung. In der Gesellschaftspolitik fordert er u. a. die paritätische Mitbestimmung in allen privaten Großunternehmen und in den öffentlichen Unternehmen, die öffentliche Kontrolle der Schlüsselindustrien und anderer markt- und wirtschaftsbeherrschender Unternehmen sowie die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen.

In der Sozialpolitik wird die Arbeitnehmer-Selbstverwaltung in allen Bereichen der Sozialversicherung gefordert, Maßnahmen zur Gesundheitsvorsorge werden als besonders dringlich herausgestellt. Die Bildungspolitik muß die Chancengleichheit aller in der Schul-

organisation und im Bildungsinhalt sichern.

Der Hauptvorstand der DPG vertritt in dem Programmwurf den Standpunkt, der öffentliche Dienst müsse allen Bürgern eine umfassende Daseinsvorsorge und gleichen Zugang zu öffentlichen Leistungen garantieren, die Leistungen des öffentlichen Dienstes müßten sich unabhängig vom Kostenaufwand an den gesellschaftlichen Bedürfnissen der Bürger orientieren. Die Deutsche Bundespost müsse im Rahmen ihrer öffentlichen Aufgabenstellung nach den Grundsätzen der Gemein-

Ernst Breit

seit 1971 Vorsitzender der rund 400 000 Mitglieder zählenden Deutschen Postgewerkschaft, hat eine Einladung der Industriegewerkschaft Transport und Nachrichtenwesen im FDGB zu einem Besuch der DDR erhalten. Wie der Hauptvorstand bekanntgab, soll die Entscheidung darüber dem neuen Vorstand überlassen bleiben, der auf dem 11. Kongreß in Hamburg gewählt wird.

wirtschaftlichkeit unter Berücksichtigung der sozialen Interessen der Beschäftigten von einem Vorstand und einem paritätisch besetzten Aufsichtsrat geleitet werden.

Für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst, fordert der Programmwurf, soll ein einheitliches Dienstrecht geschaffen werden, das in einen für alle gleichen gesetzlichen Teil (Grundlagenrecht) und in einen durch Tarifverträge zu regelnden Teil (Vertragsrecht) zu gliedern ist. Für das Vertragsrecht wird den jeweiligen Arbeitgebern und den Gewerkschaften das uneingeschränkte Recht zum eigenständigen Tarifabschluß garantiert, bei der Regelung des Grundlagenrechts werden die Gewerkschaften ausreichend beteiligt. Für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst wird das Rechtsverhältnis grundsätzlich auf Lebenszeit begründet. Im Vertragsrecht muß ein zu vereinbarendes gleiches Bezah-

lungssystem für alle Beschäftigten verwirklicht werden. Die Berufsausbildung muß auf der Grundlage allgemein anerkannter Berufsbilder erfolgen.

Bei Einführung des einheitlichen Dienstrechts haben alle Beschäftigten und ihre Angehörigen Anspruch auf den Schutz der gesetzlichen Kranken- und Unfallversicherung. Alle Beschäftigten sollten die Möglichkeit haben, in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert zu werden. Die Beiträge werden von dem jeweiligen öffentlichen Arbeitgeber getragen. Solange ein einheitliches Dienstrecht noch nicht verwirklicht ist, wird einheitliches Tarifrecht für Arbeiter und Angestellte sowie die Aufgliederung des Beamtenrechts in ein Status- und Folgerecht gefordert.

Der Programmwurf fordert ferner unter anderem eine Wochenarbeitszeit von 35 Stunden, die möglichst weitgehende Abschaffung der Nacht-, Wochenend- und Feiertagsdienste sowie einen Mindesturlaub von sechs Wochen. Er stellt den Grundsatz auf, Rationalisierung müsse vorrangig die Arbeits- und Lebensbedingungen aller Arbeitnehmer verbessern.

NACHRICHTEN: Es gibt gerade in letzter Zeit – nicht zuletzt von den Unternehmerverbänden – Bestrebungen, die Tarifautonomie besonders im öffentlichen Dienst einzuschränken. Welche Möglichkeiten sieht der Vorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft, solchen Angriffen zu begegnen?

Ernst Breit: Versuchen, die Tarifautonomie im öffentlichen Dienst einzuschränken oder gar abzuschaffen, werden wir uns mit allen zu Gebote stehenden gewerkschaftlichen Kampfmitteln widersetzen. Ich hoffe jedoch, daß das nicht erforderlich sein wird. In öffentlicher Diskussion wird es uns sicher gelingen, klarzumachen, daß die Tarifautonomie auch im öffentlichen Dienst unverzichtbarer Bestandteil des Koalitionsrechts der Arbeitnehmer in unserem Land ist. Wer sie antastet, verrät ein völlig falsches Verständnis vom sozialen Rechtsstaat und von freiheitlich-demokratischer Grundordnung.

NACHRICHTEN: Innerhalb des DGB wird vielfach die Meinung vertreten, daß das bestehende Grundsatzprogramm von 1963 neu gefaßt werden soll. Wie steht die DPG dazu und ist das Gesellschafts- und Berufspolitische Programm, das in Hamburg verabschiedet werden soll, auch ein Beitrag Ihrer Gewerkschaft?

Ernst Breit: Die DPG hat schon auf dem Bundeskongreß des DGB 1972 den Standpunkt vertreten, das Grundsatzprogramm des DGB sollte überarbeitet werden. Das ist auch heute noch unsere Ansicht. Wir bieten für die dazu notwendigen Diskussionen unsere Erkenntnisse aus dem neuen DPG-Programm an. Viele seiner Forderungen sind Forderungen aller Arbeitnehmer und könnten daher in ein neues DGB-Grundsatzprogramm eingehen.

Unternehmer und Regierung gegen aktive Lohnpolitik

Wie in jedem Jahr, wenn die Tarifabschlüsse der großen Gewerkschaften herannahen, verstärkt sich das Trommelfeuer der Unternehmerverbände und der ihnen nahestehenden Publikationen gegen die gewerkschaftlichen Lohnforderungen. Wie schon zuvor die anderen Bundesregierungen, reiht sich die Regierung Schmidt/Genscher, wenn auch in verschleierte Form, in den Chor der Unternehmer ein. Minister Friderichs beschwor Tarifabschlüsse unter 10 Prozent, und der Hauptgeschäftsführer der BDA, Erdmann, meinte, daß die in den nächsten Lohnrunden auszuhandelnde Steigerungsrate deutlich unter 10 Prozen liegen müßte.

Bundeskanzler Schmidt kleidete seine Maßhalteappelle in die Formulierung: „Ich glaube, daß – nach den Erfahrungen des letzten Winters und angesichts der bevorstehenden Entlastung vieler Steuerzahler durch Kindergeld- und Steuerreform – alle Beteiligten jetzt mit viel mehr Vorsicht, Umsicht und Weitsicht in die Lohnrunden des Herbstes und Winters gehen werden als zwölf Monate zuvor.“ (Bulletin, 10. 9. 1974)

Mit der konzertierten Aktion vom 24. September wurde eine neue Etappe des gemeinsamen Kampfes von Unternehmerverbänden gegen eine aktive Lohnpolitik der Gewerkschaften eingeleitet. Minister Friderichs hatte dort sogenannte Orientierungsdaten für die wirtschaftliche Entwicklung des nächsten Jahres vorgelegt. Das Wirtschaftsministerium favorisierte die Alternative B, die eine Steigerung der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit von 9,5 Prozent vorsieht, bei einer Erhöhung des Preisniveaus des privaten Verbrauchs von 6 bis 6,5 Prozent und einer Arbeitslosenquote von 2,5 Prozent. Am 24. September trat auch die Große Tarifkommission der IG Metall für die Eisen- und Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens zusammen und erhob die Forderung nach einer 14prozentigen Lohnerhöhung. Schon aus der Gegenüberstellung der beiden Daten wird die objektive Funktion der konzertierten Aktion deutlich. Sie ist ein Instrument, das einseitig die Interessen der Unternehmerverbände vertritt.

Auf dem am 21. September zu Ende gegangenen 11. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall hatte der Delegierte Georg Wilm aus Ulm darauf verwiesen, daß die Arbeiter und Angestellten nach jeder konzertierten Aktion einseitige Wirtschaftsprognosen und Wirtschaftsdaten vernahmen. Man sagte zwar, daß man diese nicht als Lohnleitlinien verstehen dürfe. „Aber wir alle wissen doch, daß in der Meinungsbildung bei der Vorbereitung von Lohnrunden uns Orientierungsdaten immer wieder Schwierigkeiten machen; denn

es wurden nach den Zusammenkünften immer nur Empfehlungen herausgegeben, die sich einseitig im Maßhaltejargon an die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften richteten.“

Der Verlauf der Tagung der konzertierten Aktion vom 24. September hat die Befürchtungen des Kollegen Wilm ebenso bestätigt, wie die des Delegierten Tralls aus Hannover, der darauf verwies, daß die Unternehmerverbände durch ihre Publikationen Kapital für ihre Interessen schlagen. Aus der konzertierten Aktion werde nur einseitig informiert und bewußt weggelassen, was die Vertreter der Gewerkschaften dort angesprochen haben. So erlebten wir auch diesmal, daß in der gesamten Presse nur über die Orientierungsdaten des Bundeswirtschaftsministeriums berichtet wurde.

Minister Friderichs sorgte sich in der konzertierten Aktion nicht um die über eine halbe Million Arbeitslosen, sondern um die Ertragslage der Unternehmer. Er will ihre Profitchancen beträchtlich verbessern, weil nur so angeblich ein höheres Wirtschaftswachstum gewährleistet sei. Das ist jedoch eine Milchmädchenrechnung, die völlig außer acht läßt, daß wir es in der Bundesrepublik mit einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu tun haben, die sich nur an höchsten Profitraten orientiert.

Wenn in der kommenden Lohnauseinandersetzung beispielsweise die Arbeiter und Angestellten beim Volkswagenwerk ihre Möglichkeiten nicht voll ausschöpfen würden und dadurch der Profit des Unternehmens vergrößert würde, so ist noch keineswegs garantiert, daß das Management beim Volkswagenwerk mit diesen Profiten neue Investitionen in der Bundesrepublik vornimmt. Es besteht durchaus die Möglichkeit, daß das Volkswagenwerk – wie bereits bekannt wurde – in den USA ein großes Werk errichtet. Die Arbeiter und Angestellten hätten folglich durch ihren Lohnverzicht mit dazu beigetragen, daß ihre Arbeitsplätze noch unsicherer werden. Aber selbst dann, wenn diese Mit-

tel für Investitionen im Inland verwendet werden, besteht die reale Gefahr, daß dadurch Arbeitsplätze wegrationalisiert werden.

Solange den Arbeitern und Angestellten und ihren Gewerkschaften jede Mitbestimmung verweigert wird, solange die entscheidenden Produktionsmittel in der Verfügungsgewalt des Großkapitals sind, bleibt für die Gewerkschaften gar kein anderer Weg, als gestützt auf die Kampfkraft der Arbeiterklasse, höchstmögliche Lohnerhöhungen herauszuholen.

Eine Erhöhung der Löhne von 9,5 Prozent oder gar nur um 8,5 Prozent würde den Prinzipien einer aktiven Lohnpolitik widersprechen. Die Preissteigerung liegt gegenwärtig bei sieben Prozent, wobei die industriellen Erzeugnisse weit darüber liegen. Es ist nichts als leeres Gerede, wenn Minister Friderichs in seinen Orientierungsdaten lediglich eine Preissteigerung des privaten Verbrauchs von 6 bis 6,5 Prozent annimmt.

Nach Aussagen des Mitglieds des geschäftsführenden Vorstands der IG Metall, Janzen, auf dem 11. ordentlichen Gewerkschaftstag, hat die Industrie im zweiten Quartal 1974 fünf Prozent weniger Arbeiter und Angestellte beschäftigt als 1972, obwohl die Produktion um fast 16 Prozent anstieg. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität betrug folglich für diesen Zeitraum 22 Prozent und auf das Jahr umgerechnet über zehn Prozent. In der Entschlüsselung 13 sieht es die IG Metall als ihre Aufgabe an, eine Tarifpolitik zu betreiben, „die der ständigen Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer dient und die den Arbeitnehmern einen größeren Anteil am Sozialprodukt sichert“.

Das bedeutet, daß die Lohnerhöhungen hinter der Steigerung der Lebenshaltungskosten sowie der Arbeitsproduktivität nicht zurückbleiben dürfen. Auf dem 11. Gewerkschaftstag der IG Metall antwortete die Delegierte Erika Leibold aus Nürnberg Minister Friderichs: „Wir sollten dem Herrn Minister Friderichs und den Unternehmerverbänden mit aller Deutlichkeit von diesem Gewerkschaftstag aus sagen, daß wir Löhne fordern und durchsetzen wollen, die höher als zehn Prozent sind.“

Obwohl die bereits bekanntgewordenen Forderungen außerordentlich bescheiden sind, werden Unternehmerverbände und Regierung dennoch versuchen, die Tarifabschlüsse auf die Orientierungsdaten des Wirtschaftsministeriums zu drücken. Schon heute ist also abzusehen, daß die Gewerkschaften in der Tarifrunde 1974/75 vor harten Auseinandersetzungen stehen. Die Tarifrunde wird um so erfolgreicher sein, je besser den Arbeitern und Angestellten die wirklichen ökonomischen und politischen Zusammenhänge dargelegt werden. H. Schäfer

Stahlarbeiter: 14 Prozent ohne Abstriche durchsetzen!

Etwa zur gleichen Zeit, als am 24. September in Bonn Bundeswirtschaftsminister Friderichs die „Orientierungsdaten“ der Bundesregierung zur bevorstehenden Lohnrunde, die eine Lohnerhöhung von 9 bis 9,5 Prozent für „vertretbar“ erklären, zur Veröffentlichung vorbereitete, trat in Bochum die Große Tarifkommission der IG Metall für die Eisen- und Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen zusammen. Sie beschloß die Forderungen für die Beschäftigten der Eisen- und Stahlindustrie. Auch die Tarifkommissionen für die Stahlarbeiter in Bremen und dem Saarland haben die Forderungen beschlossen:

14 Prozent mehr an Löhnen und Gehältern,

100 DM mehr für die Auszubildenden,

Erhöhung des Urlaubs um vier Arbeitstage,

Verbesserung der sozialen Absicherung für ältere Arbeiter und Angestellte durch verlängerte Kündigungsfristen bzw. Unkündbarkeit nach Erreichen eines bestimmten Lebensalters oder einer bestimmten Dauer der Betriebszugehörigkeit.

Während der Vorbereitung der Tarifbewegung waren in mehreren Werken der Eisen- und Stahlindustrie höhere Lohn- und Gehaltsforderungen erhoben worden. Häufig wurde die Forderung nach einem Sockelbetrag von 50 bis 60 Pfennig auf den tariflichen Ecklohn plus einer Lohnerhöhung von 10 Prozent gestellt. Umgerechnet hätte das 16 bis 18 Prozent betragen. Dementsprechend konnte sich der 14-Prozent-Vorschlag der Verhandlungskommission erst nach längerer Diskussion und nach einer Kampf abstimmung gegen eine starke Minderheit in der Tarifkommission von NRW durchsetzen. Die Dortmunder Kommissionsmitglieder traten für eine Forderung von 18 Prozent, die Duisburger für 16 Prozent ein.

Die Tarifforderungen für die Stahlarbeiter können nur als maßvoll bezeichnet werden angesichts einer wirtschaftlichen Lage in der Stahlindustrie, die sogar den Bundeskanzler Schmidt in einer „Arbeitnehmerkonferenz“ der SPD in Dortmund zu der Äußerung verleitete, die Unternehmer der Stahlindustrie und der Großchemie würden sich „dick und dämlich“ verdienen.

In Nr. 8/74 veröffentlichte NACHRICHTEN bereits Zahlen über die außergewöhnlich gute Gewinnentwicklung der Stahlkonzerne. „Der Gewerkschafter“, die Monatszeitschrift für Funktionäre der IG Metall, veröffentlichte in der September-Ausgabe weitere interessante Fakten und Argumente zum gleichen Thema. Die Zeitschrift schreibt unter anderem:

– „Die durchschnittliche Erhöhung der westdeutschen Stahlpreise in den letzten zweieinhalb Jahren liegt irgendwo zwischen 40 Prozent (Listenpreise) und 70 Prozent (D-Mark-Exportpreise), wahrscheinlich mehr bei der letzteren Größe.“

– „Die westdeutsche Stahlindustrie hatte ihre Umsätze 1973 schon um rund 26 Prozent erhöht. Für 1974 kann sie mit einer Umsatzsteigerung von mindestens 35 Prozent rechnen.“

– „Die Stahlproduktion der Bundesrepublik wird 1974 um mindestens 10 Prozent steigen, bei Rohstahl auf 54 Millionen Tonnen.“

– „Die Mehrleistungen der letzten drei Jahre wurden mit praktisch unveränderter Belegschaft erbracht... Vor allem aber: Die Leistung je Beschäftigungsstunde nahm durch Rationalisierung und höhere Auslastung jährlich um 10 bis 12 Prozent zu.“

Lehrer von Arbeitszeitverkürzung nach wie vor ausgeschlossen

Zum 1. Oktober 1974 wurde die Arbeitszeit im öffentlichen Dienst aufgrund zurückliegender Tarifvereinbarungen von 42 auf 40 Stunden pro Woche reduziert. Von dieser Regelung, die für Arbeiter, Angestellte und Beamte gilt, sind die Lehrer ausgeschlossen. Ihre Arbeitszeit wird, wenn es nach den Bundesländern geht, auf dem jetzigen Stand eingefroren.

Die niedersächsische Landesregierung „hält eine länder einheitliche Regelung des Gesamtproblems für notwendig. Sie wird veranlassen, daß das gegenwärtige System der Bemessung der Unterrichtsverpflichtung überprüft wird“. Dabei soll z. B. der fächerspezifisch unterschiedliche Arbeitszeitaufwand der

– „Je Tonne Stahl sind die Personalkosten in den letzten drei Jahren nahezu unverändert geblieben – die Stahlpreise aber gewaltig gestiegen. Daher hat der Lohn- und Gehaltsanteil am Umsatz abgenommen: In der eisen-schaffenden Industrie auf rund 17 Prozent.“ Im Jahre 1972 waren es noch 22,4 Prozent.

Folgerichtig gingen die Gewinne der Konzernaktionäre nach oben: Die ausgewiesenen Bruttogewinne erhöhten sich von 1,1 Milliarden DM im Jahre 1972 auf etwa 2 Milliarden DM in 1973 und werden für 1974 auf 4 Milliarden DM geschätzt.

Angesichts dieser Fakten klingt das Gefasel von der „inflationären Wirkung zweistelliger Lohnerhöhungen“ wie eine Verhöhnung der arbeitenden Menschen. Die Stahlarbeiter erinnern sich daran, daß sie im vergangenen Jahr, trotz glänzender Geschäftslage der Stahlindustrie, nur 11 Prozent mehr an Lohn erhielten. Ein Betrag, der für sie angesichts der Preissteigerungen, der höheren Besteuerung und sozialen Abgaben eine Reallohnsenkung bedeutete.

Was sie in diesem Jahr erwarten, das machen erste Berichte aus den Betrieben nach Bekanntwerden der beschlossenen 14-Prozent-Forderung deutlich: Die volle Verwirklichung der gestellten Forderungen ohne Abstrich. Kurt Herb, Bezirksleiter der IG Metall in Essen, unterstützt diese Erwartung. Vor Journalisten sagte er: „Bei allen Verhandlungen verlangen die Unternehmer von uns, ihre wirtschaftliche Lage zu berücksichtigen. Genau das werden wir tun!“

Jochen Mandel

Lehrer dargestellt und die Arbeitszeitverkürzung auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden.

In einem Gutachten der Schweizer Knight-Wegenstein AG, das im Auftrag der bundesdeutschen Kultus-, Innen- und Finanzminister mit dem Ziel erstellt wurde, die Forderungen der Lehrer als unberechtigt und maßlos erscheinen zu lassen, ist festgestellt: Die Lehrer in der BRD haben eine durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 53 Stunden. Zieht man die unterrichtsfreie Zeit der Ferien ab, bleiben noch 45 Stunden.

Mit diesen unsozialen Maßnahmen der Landesregierungen wollen sich die Lehrer nicht zufriedengeben. Die Gewerk-

Gegen konzertierte Angriffe: Tarifrunde gut vorbereiten

Die letzte Tarifrunde im öffentlichen Dienst, bei Bundesbahn und -post zu Beginn dieses Jahres war kaum abgeschlossen, da häuften sich bereits in Presse, Rundfunk und Fernsehen die Angriffe gegen die Beschäftigten, besonders aber gegen die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV). Je näher nun der Termin der Tarifrunde rückt (zum 31. Dezember), um so stärkeres Geschütz wird gegen die Arbeiter, Angestellten und Beamten aufgeföhren.

Erinnert sei hier nur an die September-Sitzung der konzertierten Aktion, die den Beschäftigten weniger als 10 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung gewähren will, und an die Unternehmer, die in ihrem BDA-Papier gar dafür plädierten, die Tarifautonomie für den öffentlichen Dienst wesentlich einzuschränken.

Erziehung und Wissenschaft (GEW) erklärt dazu: „Eine Benachteiligung der Lehrer wird die GEW nicht hinnehmen. Das Recht auch der Lehrer auf sozialen Fortschritt darf nicht mißachtet werden.“ Die Gewerkschaft ist auf harte Verhandlungen eingerichtet und will Kampfmaßnahmen durchführen für den Fall, daß in den Verhandlungen kein positives Ergebnis erreicht wird.

In Westberlin hatte die GEW die in ihr organisierten 7000 Lehrer zu einer Streikurabstimmung aufgerufen. Schulsenator Gerhard Löffler verhinderte die Abstimmung in den Schulgebäuden. Auch der Vorsitzende des DGB-Landesbezirks Westberlin, Sickert, hat der Gewerkschaftsbewegung keinen guten Dienst erwiesen, als er sich gegen die Urabstimmung aussprach. Der Aufruf des SPD-Vorstandes von Westberlin, die Urabstimmung zu boykottieren, stieß bei vielen Lehrern und in weiten Teilen der arbeitenden Bevölkerung auf völliges Unverständnis.

Das Kesseltreiben gegen die GEW fand einen Höhepunkt im Austritt des Westberliner Senators für Wissenschaft und Kunst, Prof. Werner Stein, aus der GEW und in seiner öffentlichen Erklärung, worin er der GEW „rechtswidriges Vorgehen... bei der Durchsetzung ihrer Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung für Lehrer“ vorwirft. Stein stimmt in den Chor derjenigen ein, die den Beamten das im Grundgesetz verankerte Streikrecht absprechen wollen. Trotz dieser massiven Einmischung entschieden sich 53 Prozent der Abstimmenden in Westberlin für Kampfmaßnahmen.

H. P.

Der Streik im öffentlichen Dienst im Februar 1974 hatte bei den Arbeitern und Angestellten das Bewußtsein ihrer gemeinsamen Kraft gestärkt, auf der anderen Seite aber auch die Gegner der Interessen der Beschäftigten verstärkt auf den Plan gerufen, denen über die teils unerwartete Kampfbereitschaft der Schreck in die Glieder gefahren war.

Um die Betroffenen in Zukunft von der Wahrnehmung ihrer berechtigten Interessen abzuhalten, setzte eine gezielte Verteufelung der Gewerkschaften ein. In diese Kampagne, angeführt von Springer-Presse und diversen Unternehmerdiensten, fügten sich die Äußerungen führender Regierungsmitglieder lückenlos ein. Bundeskanzler Schmidt sprach die Erwartung aus, daß es in der kommenden Tarifrunde nicht wieder zu einer Kraftprobe zwischen der Bundesregierung und der Gewerkschaft ÖTV kommen möge.

Weiterhin kamen aus dem Regierungslager beschwörende Appelle an die Gewerkschaften, sich in diesem Jahr doch darauf zu beschränken, den erreichten Standard zu erhalten. Auf eine Erhöhung der Realeinkommen müsse zugunsten der „Stabilität“ verzichtet werden. Gar zweistellige Lohn- und Gehaltserhöhungen, so wurde erklärt, führten unweigerlich zu erheblichen Preissteigerungen. Mit der fadenscheinigen Begründung, die Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst seien sicher, wurde sogar versucht, die tarifvertraglich festgelegte Arbeitszeitverkürzung ab 1. Oktober 1974 als Bremse gegen Lohnforderungen einzusetzen.

„Uns ist klar, welchem Zweck die anti-gewerkschaftliche Welle dienen soll“, schrieb der hessische ÖTV-Vorsitzende Heinz Wolf in der „Hessen-Information“ Nr. 6/74: „Mit dem Erzeugen von Angstzuständen und mit dauernder Verunsicherung sollen wir gezwungen werden, Forderungen unserer Mitglieder und aller Arbeitnehmer nicht mehr offensiv und mit Nachdruck zu vertreten. Mit dem Popanz des ‚Gewerkschaftsstaates‘ will man einen Schutzwall er-

richten, hinter dem ungestört und unversehrt die ‚Unternehmerwirtschaft‘ weiter gedeihen soll. Gleichermaßen soll die Polemik gegen den öffentlichen Dienst verhindern, daß die ÖTV berechnete und begründete Forderungen erhebt und durchzusetzen versucht.“

Den Aussagen des hessischen ÖTV-Vorsitzenden ist nichts hinzuzufügen, wenn er erklärt: „Wir alle dürfen uns nicht von der antigewerkschaftlichen Welle beeindrucken und irre machen lassen. Wie immer müssen wir, wenn der Zeitpunkt gekommen ist, ausschließlich im Interesse unserer Mitglieder und aller Arbeitnehmer handeln.“ Für die Durchsetzung von Forderungen ist eine solche offensive Vorgehensweise das einzig wirksame Rezept.

Bei der kommenden Tarifrunde stehen nicht nur Lohn- und Gehaltsforderungen zur Debatte. Nach wie vor geht es um das Urlaubsgeld. Noch sehr gut erinnern sich die Gewerkschafter an das Versprechen von Heinz Kluncker, veröffentlicht in den ÖTV-Nachrichten Nr. 7 vom 15. Februar 1974: „So, wie wir unser Versprechen gehalten haben, das letzte Drittel der Weihnachtswendung herauszuholen, so werden wir auch das Versprechen halten, 1974 einen Einstieg ins Urlaubsgeld zu erreichen.“ Bei diesem Versprechen ist es, gewiß nicht zur Freude der Mitglieder, bis heute geblieben. Das Vertrauen in die Gewerkschaft ist jedoch nur sichergestellt, wenn die aufgestellten Forderungen auch verwirklicht werden.

Jetzt kommt es darauf an, allen Versuchen, die Realeinkommen zu senken, entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen, ohne Rücksicht auf außergewerkschaftliche Interessen. Bei der Frage nach dem „Machbaren“ und den zur Verfügung stehenden Mitteln muß gerade im Zusammenhang mit der bevorstehenden Tarifrunde im öffentlichen Dienst die Verteilung der staatlichen Haushaltsmittel mitdiskutiert werden. Kein Gewerkschafter, der konsequent die Interessen seiner Kollegen vertritt, kann die Frage unbeantwortet lassen, warum im Haushalt wieder einmal ausschließlich da gespart wurde, wo notwendige strukturelle und soziale Reformen angestanden hätten, warum aber die Rüstungsausgaben in schwindelnde Höhen klettern.

Die Mobilisierung der Mitglieder für die kommende Tarifrunde ist nun ein dringendes Erfordernis. Die Faust in der Tasche zu ballen und wie das Karnickel auf die Schlange zu starren, wird jedenfalls nicht weiterführen, wenn es darum geht, die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes zu vertreten. Es ist darum zu begrüßen, daß der Hauptvorstand der Postgewerkschaft in seinem Presse-dienst erklärte, dem Ergebnis der Mitgliederdiskussion über die Höhe der Forderungen nicht vorzugreifen. S. E.

Lohnabbau durch Kürzung übertariflicher Leistungen

Die effektiv gezahlten Löhne liegen fast ausnahmslos über den Tariflöhnen. In vielen Bereichen macht diese übertarifliche Bezahlung 20 Prozent des Tariflohnes aus, oftmals sogar bis zu 50 Prozent. Diese Differenzen zwischen Tariflohn und Effektivlohn sind allerdings zum größten Teil rechtlich völlig ungesicherte außertarifliche Lohnbestandteile. Sie werden meist freiwillig und jederzeit widerruflich gewährt.

In konjunktursicheren Zeiten stellen übertarifliche Zulagen ein wirksames Mittel der Unternehmer zur Disziplinierung der Arbeitnehmer dar. In für den Betrieb wirtschaftlich schwierigen oder nur scheinbar schwierigen Zeiten aber stellen die übertariflichen Lohnbestandteile für den Unternehmer eine Manövriermasse dar, mit der vollkommen einseitig wirtschaftliche Schwankungen zu Lasten der Lohnabhängigen ausgeglichen werden können.

In jüngster Zeit versuchen die Unternehmer verstärkt, tarifliche Lohnerhöhungen auf die übertarifliche Bezahlung anzurechnen. Während dies jedoch früher Maßnahmen von einzelnen Unternehmern waren, sind heute regelrechte Aktionen einiger Arbeitgeberverbände nachzuweisen. Dieser rechtlich nicht zu ahnende Verstoß gegen die tarifliche Friedenspflicht muß Gegenaktionen der Arbeitnehmer zur Folge haben. Denn durch die Anrechnung wird zum einen jede Tariflohnerhöhung zur Farce, zum anderen bedeutet diese Anrechnung einen Rückgang des Reallohnes, da Lohnstillstand bei gleichzeitig steigenden Preisen eine Verringerung der Kaufkraft zur Folge hat.

Übertarifliche Zulagen haben die unterschiedlichsten Bezeichnungen und sind auch rechtlich unterschiedlich einzuordnen. Da gibt es zunächst die wohl häufigste Form, den vereinbarten Gesamtlohn ohne besondere Differenzierung. Hier ist eine Anrechnung von Tariflohnerhöhungen nicht möglich, wenn nach zweimaliger Tariflohnerhöhung die Zulage ohne jeden Vorbehalt weitergezahlt wurde.

Anders ist es bei der freiwilligen, jederzeit widerruflichen Zulage. Auf diese kann nach vorheriger Ankündigung jede Tariflohnerhöhung angerechnet werden, so daß der Effektivlohn nicht steigt. Das gleiche gilt auch für die Konjunkturzulage. Eine Anrechnung ist jedoch nur zulässig, wenn das Gebot der Gleichbehandlung beachtet wird, das heißt, bei allen Arbeitnehmern des Betriebes wird die Tariflohnerhöhung ganz oder bei allen teilweise (aber in gleicher Höhe) angerechnet.

Nicht anrechenbar sind Tariflohnerhöhungen auf Leistungszulagen, Erschwerniszulagen und Schmutzzulagen, auf Zulagen zum jeweiligen Tariflohn und auf Zulagen ohne besondere Bezeichnung. Um in den „Genuß“ der Anrechnungsmöglichkeit zu kommen, wandeln immer mehr Unternehmer abgesicherte Zulagen in freiwillige Lohnbestandteile um. Hierzu bedarf es einer Änderungskündigung, auf die alle Vorschriften anzuwenden sind, die auch bei einer normalen Kündigung gelten. So muß zum Beispiel vor Ausspruch der Änderungskündigung der Betriebsrat gehört werden. Ohne Anhörung des Betriebsrates ist die Kündigung von vornherein unwirksam.

Der Betriebsrat kann der Änderungskündigung widersprechen. Der Arbeitnehmer kann die Änderungskündigung unter dem Vorbehalt annehmen, daß sie sozial nicht ungerechtfertigt ist und ohne Risiko Kündigungsschutzklage erheben. Hat der Betriebsrat der Änderungskündigung widersprochen und der Arbeitnehmer Kündigungsschutzklage erhoben, muß er auf Antrag zu den alten Bedingungen so lange weiterbeschäftigt werden, bis die Kündigungsschutzklage entschieden ist.

Selbst bei einer für den Arbeitnehmer negativen Entscheidung wird die Vertragsänderung und damit die Anrechnungsmöglichkeit erst lange Zeit nach Ausspruch der Änderungskündigung wirksam, da sich Prozesse erfahrungsgemäß über Jahre hinziehen können. In jedem Falle aber ist eine solche Klage riskolos, da das Arbeitsgericht lediglich entscheidet, ob die Änderung der Vertragsbedingungen rechtlich zulässig ist oder nicht. Eine Auflösung des Arbeitsverhältnisses hingegen steht nicht zur Entscheidung.

Entscheidend für den Ausgang solcher Prozesse ist es jedoch, ob ein mündlicher oder ein schriftlicher Arbeitsvertrag vorliegt. Bei einem mündlichen Vertrag wird es schon Schwierigkeiten über den eigentlichen Vertragsinhalt geben. Folglich ist ein schriftlicher Arbeitsvertrag anzustreben.

Eine Absicherung der Effektivlöhne können die einzelnen Arbeitnehmer, die

Betriebsräte und teilweise auch die Gewerkschaften erreichen:

Der einzelne Arbeitnehmer sollte auf Abschluß eines schriftlichen Arbeitsvertrages dringen, in dem sein Lohn in Tariflohn und Leistungszulage oder Zulage zum jeweiligen Tariflohn aufgliedert ist. Läßt sich kein schriftlicher Arbeitsvertrag erreichen, sollte man auf dem Recht auf Erörterung der Zusammensetzung des Lohnes (Paragraph 81 Absatz 2 BetrVG) bestehen. Ein hierzu hinzugezogenes Betriebsratsmitglied wird bei späteren Auseinandersetzungen vom Unternehmer angeführte Bezeichnungen der außertariflichen Lohnbestandteile bestätigen können.

In Fragen der Ordnung des Betriebes hat der Betriebsrat ein erzwingbares Mitbestimmungsrecht (Paragraph 87 BetrVG). Dies gilt besonders für sogenannte Betriebs- und Arbeitsordnungen. In ihnen muß der Betriebsrat mit dem Unternehmer vereinbaren, daß mit allen Arbeitnehmern schriftliche Arbeitsverträge abgeschlossen werden, die eine Aufteilung des Lohnes in Tariflohn und Leistungszulagen oder ähnliches beinhalten. Darüber hinaus sollte der Betriebsrat eine Betriebsvereinbarung abschließen, die folgendes enthält:

- übertarifliche Zulagen unterliegen der freien Vereinbarung nach Maßgabe der Leistung (Leistungszulage),
- übertarifliche Zulagen sind selbständige Zulagen zu den jeweiligen Tarifbezügen.

Eine solche Betriebsvereinbarung läßt sich gemeinsam mit einer informierten und damit sicherlich mobilisierten Belegschaft und mit Hilfe der Gewerkschaft zweifellos erreichen.

Über die Beratung der einzelnen Arbeitnehmer in Fragen der Arbeitsvertragsgestaltung und die Unterstützung der Betriebsräte bei Abschluß der erwähnten Betriebsvereinbarungen hinaus hat die Gewerkschaft eine wesentliche Aufgabe bei der Absicherung der übertariflichen Lohnbestandteile. Sie muß tarifvertraglich vereinbaren, daß übertarifliche Zulagen nach Maßgabe der Leistung einzelvertraglich vereinbart werden und beim Abschluß von Lohnverträgen die Anrechnungsmöglichkeiten weitgehendst ausschließen. Unabhängig davon sollten allerdings den Anrechnungsaaktionen der Arbeitgeberverbände gezielte Maßnahmen entgegengesetzt werden.

Erst durch das wirksame Absichern der Effektivlöhne werden die übertariflichen Lohnbestandteile zu dem, was sie eigentlich sind, nämlich zu einer Abgeltung der Mehrleistung, die jeder Arbeitnehmer über die Tarifvertragsnormen hinaus erbringt.

Dietmar Glaßer

Internationale Waffenprojekte anstelle von Sozialreformen?

Durch die veränderten Kräfteverhältnisse in Europa und in der Welt wurde der Entspannungsprozeß eingeleitet. Der verminderte politische, finanzielle und militärische Handlungsspielraum von NATO und USA sowie die wachsenden Möglichkeiten der Weltfriedenskräfte im allgemeinen und des sozialistischen Lagers im besonderen ermöglichten zum Vorteil aller Menschen und Völker die Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen. Eine langfristige Friedenssicherung in Europa rückt damit in den Bereich der praktisch-machbaren Politik. Der Übergang von der feindlichen Konfrontation des kalten Krieges zur koexistentiellen Zusammenarbeit erlaubt die Finanzierung sozialer Reformen durch Rüstungsabbau.

Eine solche Entwicklung erlaubt ferner die Sicherung der Arbeitsplätze durch neue zivile Produktionen, schwächt die aggressivsten Kräfte des Spätkapitalismus zugunsten demokratischer Erneuerung und vermindert die Wirksamkeit jenes antisozialistischen „Feindbildes“, das als Herrschaftsinstrument zur Sicherung der Macht der Privilegierten benutzt wird. Nach zwei vom Kapitalismus ausgelösten Weltkriegen und dem kalten Krieg sind durch den verstärkten Einfluß der Friedenskräfte positive Entwicklungsperspektiven für Europa und ein Zeitalter wirklicher Sicherheit in greifbarer Nähe.

Es ist verständlich, daß Rüstungskonzerne, CDU/CSU und Generalität gegen diese Entwicklung auftreten, weil sie ihren Interessen widerspricht. Entspannung, Abrüstung, demokratische Entfaltung, soziale Reformen und Abbau des Feindbildes mindern bekanntlich das Rüstungsgeschäft sowie Macht und Einfluß der kalten Krieger. Dagegen wird durch eine solche Entwicklung die antimonopolistische, antimilitaristische und antifaschistische Demokratie, wie sie das Grundgesetz der BRD von 1949 anstrebt, gefördert. Aus dieser Lage erklären sich die dauernde Spannungssabotage und alle Versuche von Rüstungsindustrie und CDU/CSU, in die Schützengräben des kalten Krieges zurückzukehren.

Man sollte annehmen, daß eine von der SPD geführte Regierung – wenn man schon nichts mehr mit dem Sozialismus im Sinne hat – wenigstens die positiven außen- und innenpolitischen Möglichkeiten der Entspannung nützte. Die längst fällige Verwirklichung des grundgesetzlichen Auftrags, also koexistentielle Zusammenarbeit und dauerhafte Friedenssicherung, Sozialstaatlichkeit und demokratische Entfaltung, entspräche auch den Interessen der sozialdemokratischen Wähler. In der Tat jedoch weist die Politik von Helmut Schmidt und Georg Leber in eine Richtung, wie sie die Rüstungskonzerne und CDU/CSU verfolgen.

Während der NATO-Tagungen im Juni 1974 drängten fast alle westeuropäischen NATO-Staaten auf eine Verringerung der Rüstungslasten. Die zunehmende krisenhafte Entwicklung von Wirtschaft und Finanzen der spätkapitalistischen Staaten, aber auch der wachsende innenpolitische Druck für Entspannung, Abrüstung und Reformfinanzierung bewog viele westeuropäische Regierungen, der weiteren Aufblähung der Militärapparate sich zu widersetzen. Es waren nicht nur die Vertreter der USA, sondern vor allem der BRD – an der Spitze Georg Leber –, die mit fadenscheinigen Begründungen und nachweisbar falschen „Tatsachen“-Behauptungen für gesteigertes Wettrüsten plädierten.

Ein besonders kennzeichnender Vorgang ereignete sich während der Tagung der Europagruppe der NATO. Unter dem Vorwand der Kosteneinsparung bei Gemeinschaftsprojekten versuchte Leber, die integrierte westeuropäische Waffenproduktion und die Umrüstung auf automatische und elektronische Vernichtungssysteme durchzusetzen. Und das, obwohl in Wien über Rüstungsabbau verhandelt wird und die Steuergelder dringender für Sozialreformen benötigt würden.

Um das betonte Desinteresse der anderen NATO-Staaten an integrierter Rüstungsproduktion zu überspielen, unterbreitete Leber das sensationelle Angebot, gemeinsame Waffenprojekte könnte man mit Devisenreserven der BRD finanzieren. Die Produktion könnte in England, Frankreich oder anderswo erfolgen, wodurch dort eine konjunkturstimulierende Wirkung sowie eine Verringerung der Arbeitslosigkeit erreicht würde. Aus gutem Grund vertagte man eine detaillierte Diskussion von Lebers Vorschlag auf den Herbst.

Warum ist eine von der SPD geführte Bundesregierung bereit, angesichts der Finanzierungsschwierigkeiten bei eige-

nen Sozialreformen zusätzliche Milliardenbeträge für westeuropäische Rüstungsprojekte bereitzustellen? Genügen die 50 Milliarden DM im Bundeshaushalt 1975 für offene und verschleierte Militärausgaben noch nicht? Warum in anderen Ländern gegen die Arbeitslosigkeit wirken, wenn im eigenen Land Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit wachsen und wenn durch produktive zivile Investitionen die Arbeitslosigkeit besser und langfristig reduzierbar wäre?

Die für integrierte westeuropäische Rüstungsprojekte angebotene Milliarden-summe könnte – für zivile Produktionen in der BRD eingesetzt – Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit erheblich mindern, sofern man diese nicht als Druckmittel gegen berechnete Lohnforderungen und zur weiteren Profitmaximierung der Konzerne einsetzt. Mit der für internationale Waffensysteme bereitgestellten Summe könnten durch Schul- und Krankenhausbau, durch Städte-sanierung und Ausbau des Nahverkehrs sowie durch Verbesserung der Sozial-einrichtungen ausreichend neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Wenn die Schmidt-Genscher-Leber-Regierung im Interesse ihrer Wähler Politik machen wollte: Warum verzichtet sie dann nicht auf die weitere Steigerung der Rüstungsausgaben zugunsten sozialer Investitionen? Warum nutzt sie dann nicht die Möglichkeiten von Entspannung und Gewaltverzichtsverträgen zum weiteren Abbau des antifortschrittlichen Feindbildes und zur Förderung von „mehr Demokratie“? Warum baut sie dann nicht die inflationstreibende Militärmaschinerie zugunsten der sozialen Aufrüstung ab? Warum nähert sie sich dann der Politik der CDU/CSU, statt diese in Übereinstimmung mit dem Wählerauftrag zu bekämpfen?

Rüstungskonzerne und CDU/CSU folgen ihren volksfeindlichen Interessen, wenn sie Entspannung, Abrüstung, Reformfinanzierung und demokratische Erneuerung zu verhindern trachten. Welchen Interessen folgen Schmidt und Leber, wenn sie – statt die Möglichkeiten der Entspannung zu nutzen – die Rüstungslasten steigern, weitere Entspannungsfortschritte zu blockieren versuchen und mit Berufsverboten und neu angeheiztem Antikommunismus gegen progressive Kräfte vorgehen? Wem nützt und wem schadet es, wenn die Wiener Abrüstungsverhandlungen auf diese Weise erschwert oder gar blockiert werden?

Würden die Gewerkschaften in der BRD den gleichen politischen Druck auf „ihre“ Regierung ausüben, wie das in anderen westeuropäischen Staaten geschieht, könnte Leber nicht auf Kosten der Arbeiter die Geschäfte der Rüstungskonzerne besorgen. Die Gewerkschaften haben die Macht und Möglichkeit, dies zu ändern. Lorenz Knorr

Zwei Jahre DGB-Prüfsteine: 20000 Seeleute verloren Arbeit

In den letzten vier Jahren wurden 270 Seeschiffe mit rund 1,5 Millionen BRT von den Schiffseignern ins Ausland verschoben. An der Küste nennt man diese Praxis schlicht „ausflaggen“. Wie die Reeder immer wieder betonen, geschieht das Ausflaggen „völlig legal“. Zu diesem Zweck werden in Billiglohnländern (auch Billigflaggenländer) Scheinfirmen errichtet, an die die Schiffe dann verkauft werden.

Manchen Reedern erscheint dieses Verfahren zu umständlich. Sie haben einen anderen Dreh gefunden und verchartern, d. h. vermieten, die Schiffe in begehrte Steueroasen. Wenig später werden sie jedoch in Rückcharter genommen. Am Heck des Schiffes weht dann nicht nur eine fremde Flagge, sondern auch alle Steuerverpflichtungen, heuertariflichen Vereinbarungen, Schiffsbesetzungs- und Schiffssicherheitsbestimmungen, wie sie für die Bundesrepublik verbindlich sind, werden schlagartig über Bord geworfen. Daß dieses Geschäft recht lohnend ist, wurde kürzlich vom Chef der AM-Reederei, O. Müller, ausgeplaudert: „Unsere fünf unter ausländischer Flagge fahrenden Schiffe sparen je Schiff und Jahr 100 000 DM an Besatzungskosten ein.“

Die Opfer dieser nur auf den Profit ausgerichteten Politik der Schiffseigner sind die Seeleute. Gleich, ob als Nautiker, Ingenieur, Deck- oder Maschinenarbeiter tätig, verlieren sie bei einem Flaggenwechsel meistens sofort ihre Stellung. Allein in den letzten vier Jahren waren es rund 20 000 Seeleute, die auf diese Weise auf die Straße gesetzt wurden. Mit Recht bezeichnet der Arbeitskreis Seebetriebsräte deshalb auch das Ausflaggen von Schiffen als „Betrug am Volk“.

Wie groß dieser Betrug am Steuerzahler ist, dafür nur einige Zahlen. Von 1950 bis 1971 kassierten die Reeder vom Bund an direkten Darlehen 2,7 Mrd. DM, an Bürgschaften 153 Mill. DM, an erlassenen Darlehen 891 Mill. DM, aus ERP-Mitteln bis 1965 rund 407 Mill. DM und an Zinsverbilligung und Abwrackprämien 210 Mill. DM. Hinzu kommen noch die Mittel aus sieben Werthilfeprogrammen, die insgesamt 739 Mill. DM ausmachten.

Nach wie vor werden die massiven Staatshilfen aus der Steuerschatulle bezahlt. Bis 1973 lagen die „förderungswürdigen“ Schiffbauzuschüsse bei 10 Prozent. Seit Beginn dieses Jahres zahlt die Bundesregierung 12,5 Prozent und für Tankerneubauten sogar 15 Prozent Zuschuß. Gleichzeitig werden dazu Darlehen aus dem ERP-Sondervermögen mit einer Laufzeit von 12

Jahren gewährt. Hinzu kommen Steuer- und Vergünstigungen in Form von Sonderabschreibungen und Tarifiermäßigungen bei der Einkommens-, Körperschafts- und Gewerbesteuer. So werden z. B. 80 Prozent der Einkünfte nur mit dem halben Satz versteuert. Bei der Gewerbesteuer bleiben 50 Prozent außer Ansatz.

Daten zur Wirtschaftsentwicklung

1. Index der industriellen Nettoproduktion (1962 = 100)

	Veränderung in % geg.		
	Juni 1974	Mai 1974	Juni 1973
Gesamte Industrie	193,8	+ 4,9	+ 3,1
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	231,3	+ 3,3	+ 3,3
Investitionsgüterindustrie	200,7	+ 9,1	+ 4,6
Verbrauchsgüterindustrie	171,7	+ 2,2	+ 0,9
Eisenschaffende Industrie	177,1	- 1,5	+ 12,9
Straßenfahrzeugbau	197,1	- 0,6	- 8,6
Bekleidungsindustrie	96,5	- 14,8	- 10,8

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 8/74, S. 478 f.)

2. Index der Tariflöhne auf Monatsbasis (1962 = 100)

	Veränderung in % geg.		
	Juni 1974	Mai 1974	Juni 1973
Gesamtwirtschaft	246,3	+ 0,4	+ 12,6
Industrie	248,7	+ 0,5	+ 12,6

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, August 1974, S. 69)

3. Preisindices

	Veränderung in % geg.		
	Juli 1974	Juni 1974	Juli 1973
Industrielle Erzeugerpreise insgesamt (1962 = 100)	130,8	+ 1,2	+ 13,9
Eisen und Stahl	139,4	+ 2,1	+ 19,2
Chemische Erzeugnisse	132,4	+ 0,5	+ 28,9
Fahrzeuge	131,0	+ 1,8	+ 11,0

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 8/74, S. 507 f.)

	Veränderung in % geg.		
	August 1974	Juli 1974	August 1973
Private Lebenshaltung (1970 = 100)	127,5	0,0	6,9

(Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, zit. in: FAZ v. 11. 9. 74)

4. Arbeitsmarkt

	Differenz geg.		
	August 1974	Juli 1974	August 1973
Arbeitslose	527 100	+ 36 000	+ 305 000
Kurzarbeiter	105 000	- 36 300	+ 94 000
Offene Stellen	339 100	- 14 300	- 309 000

(Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg, zit. in: FAZ v. 7. 9. 74)

Hein Rake, der zuständige Sekretär der Abteilung Seeschifffahrt in der ÖTV, zeigte in einem Artikel im ÖTV-Organ „Seefahrt“ (Juli/August '74), wie die Schiffsbesatzungen vor der brutalen Politik der Reeder geschützt werden können: „Im Artikel 14 des Grundgesetzes Absatz 2 heißt es: ‚Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen...‘ Sind die Reeder in der Vergangenheit dieser Verpflichtung immer nachgekommen? Wir sagen nein. Die Geschäftspraktiken vieler Reeder haben Tausenden Seeleuten den Arbeitsplatz gekostet. Tausende fahren heute auf Schiffen, auf denen sie nur unzureichend oder gar keinen sozialen Schutz genießen. Das ist nicht verfassungskonform und sollte die Staatsgewalten wachrütteln. Von der in unserer Verfassung aufgeführten Möglichkeit, Unternehmer, die sich dem Wohle der Allgemeinheit widersetzen, zu enteignen, muß Gebrauch gemacht werden.“

Paul Beu

IG Druck und Papier vor Gewerkschaftstag

Dem 10. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier, der vom 13. bis 19. Oktober 1974 in Hamburg stattfindet, liegen 417 Anträge vor. Schwerpunkte der Anträge sind die Tarifpolitik, Fragen der Arbeitsplatzsicherung im Zusammenhang mit der Pressekonzentration, Forderungen zu allgemeiner politischen Fragen sowie innergewerkschaftliche Probleme. (Vgl. auch Interview mit dem 1. Vorsitzenden Mahlein in NACHRICHTEN 9/74.)

Von den 70 Anträgen zur Tarifpolitik ist insbesondere der von Hessen hervorzuheben, der sich erneut einsetzt „für eine aktive Tarifpolitik zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen sowie zur Erhöhung des Anteils der Arbeitnehmer am Sozialprodukt. Allein fünf Anträge fordern den DGB auf, aus der konzertierten Aktion auszutreten, weil sich diese „seit ihrer Gründung als Instrument der Disziplinierung der Lohnabhängigen und zur Sicherung wachsender Unternehmensgewinne erwiesen“ habe. „Die Mitarbeit der Gewerkschaften an diesem Gremium hatte die Einengung der Tarifautonomie und die Einordnung in die staatliche Einkommenspolitik zur Folge“ (Landesbezirk Nordrhein-Westfalen).

Neben der Aufhebung des Tendschutzparagrafen im BetrVG und die Ablehnung des vorliegenden Regierungsentwurfs zur Mitbestimmung wird der Gesetzgeber aufgefordert, „marktbeherrschende Großunternehmen und Banken in Gemeineigentum“ zu überführen, bzw. die Ölkonzerne zu verstaatlichen. Mehrere Anträge verlangen die Kürzung des Rüstungshaushaltes, die Bundesjugendkonferenz fordert konkret eine Reduzierung von 20 Prozent.

Die Aufhebung des Ministerpräsidentenerlasses zum Berufsverbot im öffentlichen Dienst wird von acht Anträgen mit unterschiedlichen Begründungen gefordert. Im Antrag des Landesbezirkes Hessen heißt es dazu: „Diese Maßnahmen haben sich als grundgesetzwidriges Disziplinierungsinstrument gegenüber unbeherrschten Kritikern erwiesen. Sie leisten Denunziantentum und Gesinnungsschnüffelei Vorschub und sind geeignet, Kritik an gesellschaftlichen Zuständen im Keim zu ersticken.“

Innerhalb des Antragsblocks „innergewerkschaftliche Fragen“ üben acht Anträge Kritik an der Arbeit des Redakteurs Eugen Stotz. In einigen dieser Anträge werden die Delegierten des Gewerkschaftstages aufgefordert, „Stotz von diesem Posten abzulösen und durch

einen Mann des Vertrauens der dju-Mitgliedschaft zu ersetzen“ (Flensburg).

Viele Delegierte erwarten, daß die vorliegenden Anträge in Hamburg angenommen und zur Marschroute für die nächsten drei Jahre werden. Die Unternehmerverbände haben bereits vor dem Gewerkschaftstag begonnen, sich auf die IG Druck und Papier einzuschließen. So bezichtigte das BDA-Organ „Arbeitgeber“ (Nr. 18/1974) diese Gewerkschaft „des Linksdralls“. Die Schmähungen der BDA können als ein Indiz dafür gewertet werden, daß die Mehrheit der Anträge eine konsequente Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten im Bereich der IG Druck und Papier zum Inhalt hat. W. P.

DGB-Kritik an Jugendschutzgesetz

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und den Fraktionen des Deutschen Bundestages erneut eine Stellungnahme zur Neuregelung des Jugendarbeitsschutzgesetzes übermittelt. Sie bezieht sich auf die Abänderungsvorschläge des Bundesrates sowie auf die hierzu erfolgten Gegenäußerungen der Bundesregierung.

Der DGB hat noch einmal die im Regierungsentwurf vorgesehenen Ausnahmen von der Fünf-Tage-Woche, von der Samstagsruhe und der Nachtruhe der Jugendlichen kritisiert. Nach Ansicht des DGB müßte auch eine Anrechnung der Pausen auf die Arbeitszeit und eine volle Freistellung von der Arbeit an Berufsschultagen gesetzlich verankert werden. In der DGB-Stellungnahme heißt es weiter, daß die vorgeschlagene Urlaubsdauer arbeitsmedizinische Erkenntnisse unberücksichtigt lasse. Sie bleibe zudem hinter der tarifvertraglichen Entwicklung zurück. So sei z. B. in allen oder fast allen Tarifgebieten der Metallindustrie, der Textilindustrie, der Bekleidungsindustrie, des privaten Bankgewerbes und des privaten Versicherungsgewerbes ein längerer Urlaub für alle Jugendlichen (oder zumindest für die 16- und 17jährigen) vorgesehen als im Regierungsentwurf.

Der DGB forderte den Bundestag auf, das neue Jugendarbeitsschutzgesetz zügig zu verabschieden und dabei alle Forderungen der Gewerkschaften mit zu berücksichtigen.

Beratungen mit Autoarbeitern

Zwei Beratungen mit Beschäftigten der Automobilindustrie der Bundesrepublik zeugten in der ersten September-Hälfte von den Sorgen, die sich die Arbeiter und Angestellten um die Sicherung ihrer Arbeitsplätze machen. In Braunschweig waren am 3. September auf Initiative der IG Metall die Betriebsratsvorsitzenden aller großen Autokonzerne, Mitglieder des Vorstandes der IG Metall sowie Bezirksleiter und Bevollmächtigte der Gewerkschaft zusammengekommen. In Hannover berieten am 7. September auf Einladung der DKP Arbeiter und Angestellte der Autoindustrie über die Lage dieser Branche und Forderungen für die soziale Sicherung der Beschäftigten.

Der IG-Metall-Vorsitzende, Eugen Loderer, warnte in Braunschweig vor einer „falschen Dramatisierung“ der Lage, die auch im Hinblick auf die kommende Tarifbewegung hochgespielt werde. Die Ursache der gegenwärtigen Zurückhaltung bei Pkw-Käufen liege in den hohen Kosten der Autohaltung für die abhängig Beschäftigten und in ihrer durch die unsichere Zukunft begründeten Existenzangst. Bundesregierung und Bundesbank müßten darum ihren Restriktionskurs aufgeben.

In Hannover betonte der Sekretär des DKP-Parteivorstandes, Werner Cieslak, in Anwesenheit des Vorsitzenden der DKP, Herbert Mies, bei den Krisenerscheinungen in der Autoindustrie handele es sich um „typische Symptome einer Überproduktionskrise, die die kapitalistische Wirtschaft mal heftiger, mal weniger heftig, aber immer wieder hervorbringe“. Die Autokonzerne, deren Profite nach wie vor hoch seien, wollten die Gebrechen des kapitalistischen Systems auf die arbeitenden Menschen abladen.

Die Beratung der DKP formulierte eine Anzahl Forderungen für den Automobilbereich, so z. B.: spürbare Lohn- und Gehaltserhöhungen zur Stärkung der Massenkaukraft; Verbot von Massenentlassungen, die Ausdruck unternehmerischer Alleinbestimmung und Mißwirtschaft seien; Weiterzahlung des Lohns bei Kurzarbeit; Verringerung der Bandgeschwindigkeiten bei vollem Lohnausgleich; Einführung einer wirksamen Investitionskontrolle; Halbierung der Mehrwertsteuer für Personewagen des Massenbedarfs; Erhöhung der km-Pauschale. Mit Nachdruck fordert die DKP die Durchsetzung einer wirksamen Mitbestimmung und die Verstaatlichung der Autokonzerne bei Sicherung der demokratischen Kontrolle. -rt

IG Metall: Mitbestimmungs-Entwurf der Bundesregierung unannehmbar

Demokratie und Menschenwürde — ein ständiger Auftrag, unter diesem Leitsatz fand vom 15. bis 21. September 1974 der 11. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall in Hannover statt. Im Namen von 2,6 Millionen organisierten Gewerkschaftern diskutierten die 525 Delegierten über die Arbeit der vergangenen drei Jahre. Sie hatten über fast 1000 Anträge, Entschließungsentwürfe und Initiativanträge zu entscheiden. Es gab eine Diskrepanz zwischen der kritischen Diskussion vieler Delegierter und der Vorstandsmeinung, wie auch zwischen der Mehrzahl der von den Vertreterversammlungen eingebrachten rund 900 Anträge und den angenommenen 30 Vorstandsentschlüssen.

Während der Eröffnungsfeier bemühte sich Bundeskanzler Helmut Schmidt massiv, die IG Metall auf Bonner Regierungskurs einzuschwören. Entkleidet man seine Rede aller schönen Beiworte, dann blieb übrig: bei der nächsten Tarifrunde habe man sich auf eine Stagnation der Reallohne und für Teile der Arbeiterschaft sogar auf eine Reallohnsenkung einzustellen, die von den Gewerkschaften geforderte Mitbestimmung könne nicht verwirklicht werden und eine Investitionskontrolle sei abzulehnen. Schmidts Lobhudelei des kapitalistischen Systems in der Bundesrepublik veranlaßte CDU-Generalsekretär Biedenkopf zu der Feststellung in seiner Begrüßungsrede, er habe selten eine so zur „Begeisterung hinreichende Beschreibung... der freien marktwirtschaftlichen Ordnung“ gehört. Auch SPD-Vorsitzender Brandt bemühte sich, die IG Metall auf den Kurs der SPD-Führung festzulegen und warb für sozialdemokratische Einheitsgewerkschaften in Westeuropa, was eindeutig dem Prinzip der Einheitsgewerkschaften, unabhängig von Parteien, Unternehmern und Regierung widerspricht.

Vormacht des Kapitals

Während Schmidt, Brandt und Biedenkopf das neugefaßte Betriebsverfassungsgesetz von 1972 als große gesellschaftliche Errungenschaft hinzustellen versuchten, kam das Vorstandsmitglied Georg Benz zu einer anderen Einschätzung: „Das im Berichtszeitraum in Kraft gesetzte BetrVG 1972 hat die Basis der kapitalistischen Wirtschaft, den Kern der unternehmerischen Machtpositionen nicht erschüttert oder auch nur in Frage gestellt. Auch das neue Gesetz ist Ausdruck bestehender gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Machtverhältnisse und damit für den politisch denkenden Gewerkschafter in seinen Grenzen klar erkennbar“.

Weiter fuhr Benz fort: „Die Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit finden in einem Wirtschaftssystem, das weitestgehend und vorrangig auf Profitmaximierung ausgerichtet ist, tagtäglich auf allen Ebenen des gesellschaftlichen und politischen Lebens statt.“

Die Mehrzahl der 39 Diskussionsredner zu den Geschäftsberichten setzte sich kritisch mit der Arbeit des Vorstandes auseinander. Neben Kritik an der Mitarbeit in der konzertierten Aktion, der Praxis der Schlichtung und einer Orientierung auf die Organisation einer gewerkschaftlichen Gegenmacht gegenüber den multinationalen Konzernen, forderten mehrere Sprecher den Ausbau der innergewerkschaftlichen Demokratie.

Junge Delegierte beschäftigten sich unter anderem mit den Berufsverboten gegen aktive Gewerkschafter im öffentlichen Dienst: „Die Berufsverbote“, so der Delegierte Ignatz Heggemann, „sollen zur politischen Disziplinierung kritischer Bürger und der Arbeiterschaft führen. Sie richten sich gegen die Grundrechte unserer Verfassung... gegen unsere Forderungen zur Mitbestimmung und mehr Demokratie“.

Probleme der beruflichen Bildung sprach der Delegierte Peter Schröder an, der sich wie andere Redner mit der Erklärung der BDA zu gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen dazu auseinandersetzte. Er sagte, daß die Unternehmer den „einzelnen“ von der Gewerkschaft entfremden wollen. In ihrem Programm sei kein Wort enthalten, wie dem Lehrstellentrückgang begegnet und das Berufsbildungsgesetz eingehalten werden soll.

In dem recht umfangreichen Schlußwort zur Diskussion über die Geschäftsberichte bemühte sich IG-Metall-Vorsitzender Eugen Loderer, die Kritik am Vorstand zurückzuweisen. Beispielsweise lehnte er den geforderten Aus-

tritt aus der konzertierten Aktion ab und vertrat auch antikommunistische Positionen. So beharrte er in Erwiderung auf mehrere Delegierte, die sich für eine Zusammenarbeit mit den WGB-Gewerkschaften in Westeuropa eingesetzt hatten, auf dem Standpunkt, die größte französische Gewerkschaft CGT könne nur dann in den Europäischen Gewerkschaftsbund aufgenommen werden, wenn sie aus dem Weltgewerkschaftsbund (WGB) austreten würde.

Investitionslenkung

Bezeichnend für Eugen Loderers Standort war die Aussage in seinem Grundsatzreferat: „Gewerkschaften wollen die Gesellschaft verändern, verbessern. Sie denken revolutionär, sie handeln evolutionär.“ Im Mittelpunkt des Referats stand die aus dem DGB-Grundsatzprogramm abgeleitete Forderung nach Investitionslenkung (siehe auch Auszüge aus der Rede Loderers im Einhefter).

Nach dem Modell soll eine staatliche Stelle geschaffen werden, in der die Gewerkschaften über Mitbestimmungsrechte verfügen. Dort sollen die Unternehmer ihre Investitionen anmelden. Dieses Amt könne nach Loderer mit Hilfe einer demokratischen Kontrolle wirtschaftlicher Macht vorzunehmen und zugleich die geplanten Investitionen entsprechend der „Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse“ beurteilen. Allerdings dürfe die letzte Entscheidung über Art und Umfang der einzelnen Investitionen nicht aus dem Bereich des einzelnen Unternehmens herausgenommen werden.

Im Grunde würde es sich bei einer Realisierung dieses Modells um eine Regulierungsmaßnahme des kapitalistischen Staates zugunsten der Systeminteressen handeln. Vielen Delegierten fiel auf, daß Loderer bei seinem Modell für eine Investitionslenkung mit keinem Wort auf die Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln und der Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien eingegangen war, obwohl diese gewerkschaftliche Grundsatzforderung auf der Basis zahlreicher Einzelanträge in zwei Vorstandsentschlüssen — E 3 Wirtschaftspolitik und E 4 Vermögensbildung — vom Gewerkschaftstag erneut bekräftigt worden war.

Eine echte Investitionslenkung als Teil einer demokratischen Planung, eng verzahnt mit der Mitbestimmung und dem Gemeineigentum, könnte durchaus geeignet sein, die Macht des Großkapitals zu beschneiden. Das sollte bei den Diskussionen in den nächsten Wochen über ein Modell für Investitionslenkung oder Investitionskontrolle, so DGB-Vorsitzender Heinz Os-

11. ordentlicher IGM-Gewerkschaftstag

Die nachfolgenden vier Seiten enthalten eine „Dokumentation“ vom 11. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall, der vom 15. bis 21. September 1974 in Hannover stattfand. Neben Auszügen aus dem Grundsatzreferat des wiedergewählten 1. Vorsitzenden Eugen Loderer zum Thema: „Demokratie und Menschenwürde, ein ständiger Auftrag“, veröffentlichen wir Auszüge aus Diskussionsbeiträgen und einigen angenommenen Entschlüssen bzw. Anträgen (vgl. auch Bericht auf S. 12). Weitere Beschlüsse erscheinen in einem NACHRICHTEN-Sonderdruck mit gewerkschaftlichen Beschlüssen 1974, der Anfang des nächsten Jahres herauskommt.

Eugen Loderer — aus dem Grundsatzreferat

Jede gewerkschaftliche Aktivität war von Anfang an mit dem Kampf um die Demokratie und die Menschenwürde verbunden und damit politischer Natur... Der Begriff der Menschenwürde wurde oft proklamiert, in Wirklichkeit aber wurde die Würde des Menschen ständig verletzt. Karl Marx, diesem großartigen Denker des wissenschaftlichen Sozialismus, blieb es vorbehalten, das Menschenrecht und die Menschenwürde auch auf das Arbeitsleben auszudehnen. Im dritten Buch des „Kapital“ verlangt er, daß die Arbeit im Produktionsprozeß nur mit Methoden geschehen dürfe, die menschenwürdig seien. Die Arbeit, so Karl Marx, sei ein schöpferischer Prozeß als Idee, als Gestaltung und Leistung, sie präge die Welt und verbessere die Lebensbedingungen des Menschen. Die Arbeit könne Darstellung des Wissens und Könnens und Selbstverwirklichung der menschlichen Existenz sein...

Der gewerkschaftliche Kampf zielt auf die Verwirklichung der Demokratie und Menschenwürde in allen Lebensbereichen ab und das heißt insbesondere: in den Betrieben und Verwaltungen. Kurz gesagt: Menschenwürde bedeutet auch das Recht des Menschen auf Selbstverwirklichung im Arbeitsleben und durch Arbeit. Wenn wir von wirtschaftlicher Demokratie sprechen, dann stützen wir uns auf unsere mitbestimmungs- und gesellschaftspolitischen Nahziele. Wir wollen — so unser Grundsatzprogramm — „eine Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft einleiten, die darauf abzielt, die Bürger an der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Willensbildung gleichberechtigt teilnehmen zu lassen“...

Das vorrangig von Kapitalinteressen geleitete Wirtschaftssystem, das wir mit dem Begriff Kapitalismus umschreiben, ist nicht mehr auf Nationalstaaten beschränkt. Es hat sich mehr als die halbe Welt erschlossen. Gleichzeitig haben wir es nicht mit Verhältnissen der Jahrhundertwende zu tun. Die zahllosen Klein- und Mittelunternehmen der damaligen Zeit bestimmen nicht mehr das Bild. Heute geben ein paar Dutzend Groß- und Großunternehmen den Ton an. Sie haben sich ihre Märkte organisiert. So entfallen auf die vier oder fünf größten Unternehmen der Mineralöl- und Automobilindustrie, der Stahl- und elektrotechnischen Industrie zwischen 50 und 90 Prozent des jeweiligen Branchenumsatzes...

Aber wir haben zugleich umgekehrt aus volkswirtschaftlicher und gesellschaftlicher Sicht die handfesten Gefahren des Konzentrationsprozesses zu sehen. Vor allem ist hier die Zerstörung der Marktkontrolle zu nennen sowie die Entstehung unkontrollierter privater Macht, die sich oft genug — auch Chile beweist es — in politische Macht verwandelt. Mit zunehmender Unternehmenskonzentration werden die Preise nicht mehr auf dem Markt gebildet, sondern von marktbe-

herrschenden Unternehmen diktiert. Hier hat die Inflation eine ihrer entscheidenden Ursachen...

Zur Investitionskontrolle

Im DGB-Grundsatzprogramm von 1963 wird eine Investitionslenkung zum Beispiel durch sektoral und regional gezielte steuerliche und kreditpolitische Mittel oder durch Änderung der Abschreibungsbedingungen verlangt. Als Grundlage für die Investitionslenkung, heißt es im Grundsatzprogramm weiter, seien laufend Bedarfs- und Nachfragevorausschätzungen für die einzelnen Wirtschafts- und Industriezweige vorzunehmen und zu veröffentlichen. Auf diese Weise sei auch eine Beeinflussung der privatwirtschaftlichen Investitionstätigkeit in der volkswirtschaftlichen Rahmenplanung zu erreichen, ohne die letzte Entscheidung über Art und Umfang der Investitionen aus dem Bereich des einzelnen Unternehmens herauszunehmen. Wir alle wollen demokratische Kontrolle wirtschaftlicher Macht und die Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse...

In diesem Zusammenhang ist die Idee interessant, eine staatliche Investitionsmeldestelle einzuführen. Das heißt, einer staatlichen Stelle werden Investitionspläne gemeldet. Erkennt der Staat die Gefahr von Überkapazitäten oder Engpässen, setzt er seine Instrumente — indirekte und in begründeten und wohldefinierten Sonderfällen direkte — planmäßig und gezielt ein...

Handelt es sich um gesamtwirtschaftlich bedenkliche oder sinnlose Vorhaben, kann die staatliche Wirtschaftspolitik erbetene Zuschüsse verweigern, Auflagen erteilen, eine Aufschiebung erreichen oder im Notfall auch einmal ein Verbot aussprechen — alles Maßnahmen, die in Einzelfällen schon heute angedeutet werden, nur eben unkoordiniert und zusammenhanglos... Für die Gewerkschaften wird kein Modell der Investitionslenkung akzeptabel oder auch nur erwägenswert sein, das die Tarifautonomie in Frage stellt...

Zu Rüstungsausgaben und Steuerpolitik

Der Staat muß sich überlegen, welche unproduktiven Ausgaben gestrichen oder eingeschränkt werden können. Da man offenbar immer noch nicht auf das nächstliegende zu kommen scheint, möchte ich nochmals — und wenn es zum Überdruß ist, darauf hinweisen, daß Rüstungsausgaben in dem Maße reduziert werden könnten, wie der Friede in Europa sicherer gemacht worden ist... Noch verbleibende Finanzierungslücken sollten durch eine verschärfte Versteuerung von Unternehmensgewinnen und Großeinkommenbeziehern geschlossen werden...

Es kann nicht der Sinn einer begrüßenswerten Steuerentlastung für die Arbeitnehmer sein, daß diese sie durch Verzicht bei den darauffolgenden Lohn- und Gehaltstarifverträgen selbst bezahlen. Was die Steuerreform selbst angeht, ist festzustellen, daß zentrale Forderungen der Gewerkschaften unter den Tisch gefallen sind...

Zu Rechtsprechung und Arbeitskampf

Wir sind nicht bereit, uns unter Berufung auf eine sogenannte gewerkschaftliche Ordnungsfunktion zur Feuerwehr der Arbeitgeber machen zu lassen. Wir sind nicht willens, als Mittel einer Rechtsprechung zu dienen, die in sehr vielen Fällen zu Lasten der Gewerkschaften geht... Wir dürfen es konservativen Richtern und Juristen nicht gestatten, gewerkschaftsfeindliche Geschäfte unter dem Deckmantel der Objektivität und der Überparteilichkeit zu betreiben...

Der Streik ist das letzte Mittel der Gewerkschaften gegen die Wirtschaftsmacht der Arbeitgeber. Die Aussperrung jedoch verschafft der Gegenseite ein zusätzliches Machtinstrument und verletzt damit das so viel beschworene Gleichgewicht der Kräfte, die sogenannte Kampfparität. Die Aussperrung ist ein Akt der Willkür. Sie ist unfair, verstößt gegen das Wesen

unseres Tarifvertragssystems — und sie ist eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates unwürdig. Sie muß daher verschwinden, je eher, je besser. Wir fordern die Arbeitsgerichte auf, vor allem das Bundesarbeitsgericht, durch eine unzweideutige Rechtsprechung daran mitzuwirken, daß die mit der Aussperrung verbundene Diskriminierung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften abgeschafft wird...

Die IG Metall ist eine Kampforganisation und sie wird es bleiben. Wir führen einen ständigen Kampf mit unseren Gegenspielern, einen offensiven Kampf. Das beweist unter anderem die Tatsache, daß wir in einer Legislaturperiode (1971 bis 1974) drei Streiks geführt haben. Gewerkschafter wollen die Gesellschaft verändern, sie verbessern. Sie denken revolutionär, sie handeln evolutionär.

Georg Wilm:

Konzertierte Aktion

Was also hält uns denn noch in dieser Aktion? Um sich in einem unverbindlichen Gesprächskreis zur Erörterung allgemeiner wirtschaftspolitischer Fragen anzuhören, was sich die Unternehmer unter ihrem ordnungspolitischen Grundsatz vorstellen — dazu, glaube ich, sollte die kostbare Zeit unserer Spitzenfunktionäre zu schade sein. Und ich meine, eine Stunde gewerkschaftlicher Aktion nützt uns mehr als 100 Stunden konzertierte Aktion.

Wenn wir auch das Feld, wie Eugen Loderer sagte, den Arbeitgebern zu ihrer Selbstdarstellung in der konzertierten Aktion nicht allein überlassen dürfen, dann meine ich: die IG Metall als Kampforganisation hat andere Felder genug, wo sie dieser Selbstdarstellung der Unternehmer entgegen treten kann. Das sind der Betrieb und der tarifliche Bereich. Dort können wir das zur Genüge tun!

Und wer da meint, die konzertierte Aktion biete auch eine Möglichkeit, gegebenenfalls ideologische Auseinandersetzungen mit den Unternehmern führen oder sich in diesem Gremium kritisch auseinandersetzen zu können: Nun gewiß, dem kann man den guten Willen nicht absprechen. Aber klar ist doch, daß in einem Gremium von Verbandsspitzenfunktionären und von Verbandsexperten — auch Wirtschaftspolitiker sind mit dabei — eine für uns erfolgreiche ideologische Auseinandersetzung gar nicht geführt werden kann. Dazu braucht man die Mitgliedschaft, dazu braucht man die Basis.

Erika Leipold:

Lohnforderungen

Für die Kollegen ist nicht nur die Form der Forderungen wichtig, sondern auch die Höhe... Wir sollten Herrn Minister Friderichs und den Unternehmer-Verbänden mit aller Deutlichkeit von diesem Gewerkschaftstag aus sagen, daß wir Löhne fordern und durchsetzen wollen, die höher als zehn Prozent sind... Die Preise werden in diesem Jahr um rund sieben Prozent steigen, das ist keineswegs zu hoch angesetzt. Hinzu kommt, daß die Arbeitsproduktivität schneller wächst. Kollege Janzen hat in seinem mündlichen Geschäftsbericht festgestellt, daß die Industrie im zweiten Quartal 1974 fünf Prozent Arbeitnehmer weniger beschäftigt hat als 1972, obwohl die Produktion um fast 16 Prozent anstieg. Es betrug also die Arbeitsproduktivität 22 Prozent... Danach stieg die Produktion im Jahr um mehr als zehn Prozent.

Da wir keinen geringeren, sondern einen höheren Anteil am Sozialprodukt wollen, benötigen wir Lohnerhöhungen, die hinter der Produktivitätssteigerung nicht zurückbleiben. Nach dieser Berechnung dürfte unsere Forderung weit mehr als zehn Prozent betragen.

Alfons Hermes:

Gemeineigentum

Mitbestimmung allein ist kein Allheilmittel gegen die Schwächen dieser kapitalistischen Gesellschaft... Deshalb gewinnt die schon bei der Gründung des DGB erhobene Forderung nach Überführung der Schlüsselindustrien und anderer markt- und wirtschaftsbeherrschender Unternehmen einschließlich der Großbanken in Gemeineigentum heute wachsende Aktualität. Das unterstreichen eine Reihe von Anträgen, die diese Grundsatzforderungen bekräftigen.

Wenn aber die ominösen Rechtsexperten — und das im wahren Sinne des Wortes — im Bundesinnenministerium die Verfassungswidrigkeit der paritätischen Mitbestimmung von Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes her ableiten, dann wird es wohl notwendig und an der Zeit, in unserem Lande deutlich zu machen, was wir unter diesen Artikeln verstehen. Dann sollte deutlich und unüberhörbar gemacht werden, daß im Grundgesetz der Kapitalismus und die wirtschaftliche Herrschaft weniger über Millionen kein festgeschriebener Verfassungsinhalt ist und bei Mißachtung der Sozialpflichtigkeit die Macht des Kapitals über die Artikel 14 und 15 aufgehoben werden kann und auch sollte.

Deshalb sind diese Artikel nicht antiquiert, antiquiert sind Schleyer, Strauß und die Springer-Presse. Das Telegramm vorhin über die Darstellung in der Springer-Presse macht es deutlich. Sie fürchten eine Änderung der Eigentumsverhältnisse bei den marktbeherrschenden Unternehmen wie der Teufel das Weihwasser. Sie fürchten sich vor den Fähigkeiten der arbeitenden Bevölkerung, in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft mitzubestimmen.

Ich bin realistisch genug zu wissen, daß eine Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft nicht von heute auf morgen zu erreichen ist. Ein weiter Weg steht uns noch bevor. Aber der Kampf um diese grundlegenden Reformen muß von den Gewerkschaften zielstrebig begonnen und auch durchgeführt werden. Niemand kann und sollte uns daran hindern, die alte und immer wieder aktuelle Losung der Arbeiterbewegung „Was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eigen sein“ zu einer populären Aktionsforderung zu machen...

Rudolf Müller:

Extremismus

Ich persönlich lehne jegliche Radikalität, jegliche Gewalt zur Durchsetzung politischer Ansicht ab. Meine politische Heimat ist bei einer der großen Parteien. Mir geht es darum, daß die IG Metall nicht in eine Ecke gedrängt wird von Kräften, die uns wirklich nicht wohlgesinnt sind. Langsam wird es zur Krankheit, daß jede Organisation einen Extremistenbeschuß hat. In diese Richtung haben uns die konservativen Kräfte getrieben. Ich bin der Meinung, daß jemand, der sich bewußt und vorsätzlich gewerkschaftsschädigend verhält, einfach nicht mehr Gewerkschaftsmitglied sein kann.

Nur über den Weg, der in diesen Fällen gegangen werden soll, bin ich nicht mit denen konform, die die Entschließung... eingebracht haben. Wir, die Gewerkschaften, verstehen uns als Hüter der Demokratie. Wir wollen diesen unseren Staat zu einem sozialen Rechtsstaat ausbauen...

Es ist mir einfach unbehaglich bei dem Gedanken, daß morgen oder übermorgen vielleicht schon Kritik als gewerkschaftsschädigend ausgelegt werden kann. Es sollte uns doch nachdenklich stimmen, daß der Extremistenbeschuß der Ministerpräsidenten sich schon gegen engagierte Sozialdemokraten gewandt hat.

Werner Ronig:

Gewerkschaften und DKP

Jeder aktive Gewerkschafter ist mit Sicherheit dafür, daß sich unsere Organisation mit aller Entschiedenheit von Gewerkschaftsfeinden distanziert und trennt, ob sie nun rechts stehen oder links, wie die sogenannte KPD, die mit der heute noch verbotenen KPD nichts, aber auch gar nichts, gemein hat, oder der „Kommunistische Bund Westdeutschlands“ und andere Linksmaskierte, wie es in der Beiratsentschließung dargelegt ist. Denn mit dem Etikett „Linksextremisten“ werden heute in der Bundesrepublik politische Abenteurer, politische Kriminelle, Terroristen, aber auch Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei — welche zu Tausenden Mitglieder der Gewerkschaften sind — ja selbst Sozialdemokraten und nicht zuletzt manchmal führende Funktionäre der Gewerkschaften versehen. Daraus ergibt sich die Frage: Kann denn ernsthaft jemand links genannt werden, der, wie die Chaoten, gemeinsam mit Neofaschisten gegen Entspannung und Völkerverständigung auftritt oder der die Arbeiterbewegung und ihre bewährten Funktionäre durch Provokationen in Mißkredit bringt? Vielen von euch sind bestimmt aktive Gewerkschafter bekannt, die gleichzeitig Mitglieder der DKP sind...

Ich hoffe und erwarte, daß nach wie vor allein das Vertrauen der Mitgliedschaft und die ehrliche gewerkschaftliche Aktivität die entscheidenden Kriterien für unsere IG Metall bleiben. In einer Zeit, in der der BDA-Vorsitzende Schleyer und seine politische Gefolgschaft die Gewerkschaften in die Nähe der Verfassungsfeindlichkeit drängen möchten, braucht auch die IG Metall Geschlossenheit gegen ihren Hauptwidersacher — das Kapital — und nicht Unsicherheit von aktiven Kollegen in den eigenen Reihen.

Es sei mir gestattet, die ursprüngliche Interpretation der politischen Standortbestimmung der Begriffe links und rechts in Erinnerung zu bringen: Seit der Französischen Revolution und seit dem ersten französischen Parlament stellen „rechts“ und „links“ im politischen Sprachgebrauch den grundlegenden Gegensatz in einer Gesellschaftsformation dar. Rechts war und ist konservativ und reaktionär, links war und ist fortschrittlich.

Tarifpolitik (E 13)

Die IG Metall geht davon aus, daß sich die tarifpolitischen Auseinandersetzungen in der Zukunft noch verstärken werden. Allein die in den letzten drei Jahren geführten Streiks in der Metallindustrie zeigen, daß sich die wirtschafts- und tarifpolitische Situation sowie die Auseinandersetzungen um verteilungspolitische Zielvorstellungen verschärft haben. Dies zeigt auch das Verhalten der Arbeitgeber bei den Bemühungen der IG Metall, tarifvertragliche Regelungen anzustreben, die eine menschengerechte Arbeitsgestaltung zur Folge haben.

Unabdingbare Voraussetzung aller unserer Bemühungen, die erfolgreiche, aktive Tarifpolitik fortzusetzen, ist die Erhaltung einer uneingeschränkten Tarifautonomie. Die IG Metall betrachtet die Tarifautonomie als ein Kernstück einer freiheitlich-demokratischen Ordnung. Jeder Angriff gegen die Tarifautonomie ist zugleich ein Angriff gegen die Demokratie, den die Gewerkschaften mit allen Mitteln zurückweisen werden, die ihnen zur Verfügung stehen. Alle Versuche, die Tarifautonomie durch Orientierungsdaten, Lohnleitlinien, eine Koppelung von Löhnen und Gehältern an den Produktivitätszuwachs oder Indexklauseln im Sinne von Lohn-Preis-Gleitklauseln zu binden, einzuschränken oder auszuhöhlen, werden von der IG Metall strikt abgelehnt. Die IG Metall sieht es als ihre Aufgabe an, eine Tarifpolitik zu betreiben, die der ständigen Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer dient und die den Arbeitnehmern einen größeren Anteil am Sozialprodukt sichert. Deshalb fordern wir:

Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen; die Tarifverträge so zu gestalten, daß Lohn- und Gehaltserhöhungen sowohl prozentual als auch in Geldbeträgen für alle Lohn- und Gehaltsgruppen durchsetzbar sind;

Vereinbarung von tariflichen Monatsgeldbeträgen für Arbeiter;

Abschluß von gemeinsamen Tarifverträgen für Arbeiter und Angestellte;

6 Wochen Mindesturlaub, bessere Urlaubsbestimmungen und zusätzliches Urlaubsgeld bzw. dessen Erhöhung;

Verbesserung des Tarifvertrages zum Schutze der gewerkschaftlichen Vertrauensleute und Abschluß solcher Tarifverträge auch für die Vertrauensleute im Handwerk. (Auszug — die Gesamtschließung erscheint im NACHRICHTEN-Sonderdruck mit Gewerkschaftsbeschlüssen 1974.)

Mitbestimmung auf Unternehmensebene (E 8)

Der 11. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall erneuert die Forderung der Arbeitnehmer nach Verwirklichung einer gleichberechtigten und gleichgewichtigen Mitbestimmung im Unternehmen als einen entscheidenden Schritt auf dem Wege zur Neugestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Der von den Koalitionsparteien und der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf genügt den Anforderungen an ein Mitbestimmungsgesetz in fast keiner Beziehung, er stellt nur eine Erweiterung der Arbeitnehmerbeteiligung in den Aufsichtsräten bestimmter größerer Unternehmen dar.

Die Gründe, die zur Ablehnung dieses Gesetzentwurfes führen, sind im einzelnen:

- Die Größenbestimmung der Unternehmen nur nach der Arbeitnehmerzahl ist unzulänglich, weil Manipulationen erleichtert und einige marktbeherrschende Unternehmen, deren Bedeutung weit über die eines Industrieunternehmens mit 2000 Beschäftigten hinausgehen, nicht erfaßt werden. Auch die sogenannten „Tendenzunternehmen“, namentlich die Pressekonzerne, sind ausgenommen vom Geltungsbereich.

- Den Bedenken der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften gegen eine privilegierte Sondervertretung der sogenannten leitenden Angestellten ist nicht Rechnung getragen, im Gegenteil: Die Aufspaltung der Arbeitnehmer in Gruppen ist zugunsten dieses Personenkreises geradezu perfektioniert worden.

- Durch die Beteiligung leitender Angestellter ist die Parität im Aufsichtsrat nicht gegeben.

- Die Solidarität aller Arbeitnehmer, die Kontrollfunktionen des Aufsichtsrates und die Einheitlichkeit der Betriebsverfassung sind ernsthaft gefährdet.

Die Zusammensetzung der Unternehmensleitung wird praktisch kaum verändert und läßt die seit Jahrzehnten bestehende Forderung nach Einführung des Arbeitsdirektors unberücksichtigt; die Personalpolitik auf Vorstandsebene kann letztlich von den Anteilseignern bestimmt werden.

- Die Montan-Mitbestimmung ist gefährdet, da nichts gegen eine Aushöhlung und Verdünnung des Status quo der Montan-Mitbestimmung vorgesehen ist. Umgekehrt ist nicht sichtbar, daß Unternehmen, die die Voraussetzungen des Mitbestimmungsgesetzes von 1951 erfüllen, in dessen Geltungsbereich einbezogen werden.

- Zweifelhaft ist, wie die Mitbestimmung in den Großunternehmen außerhalb der Montanindustrie, die aufgrund von Beschlüssen oder Vereinbarungen schon die volle paritätische Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat und einen Arbeitsdirektor haben, künftig geregelt wird.

- Das außerordentlich komplizierte, extrem nach Gruppen ausgerichtete Wahlverfahren für die Arbeitnehmer im Aufsichtsrat ist vom Grundsatz her reaktionär, nach allen bisherigen Erfahrungen außerhalb der Montan-Mitbestimmung schwer praktikabel und von Betriebsräten, Vertrauensleuten kaum zu bewältigen, zumal die Betriebsräte kein Vorschlagsrecht mehr haben sollen.
- Die Forderung nach mindestens gleich starker Beteiligung der außerbetrieblichen gegenüber den betrieblichen Arbeitnehmervertretern ist nicht erfüllt; die bewährte Praxis der Montan-Mitbestimmung hinsichtlich eines eigenständigen Entsendungsrechts der Gewerkschaften fehlt.

Der 11. ordentliche Gewerkschaftstag hält bei Abwägung aller Umstände der gegenwärtigen und der absehbar zukünftigen innenpolitischen Situation der Bundesrepublik und der Entwicklung innerhalb der europäischen Gemeinschaften den Koalitionskompromiß zur Mitbestimmung im Unternehmen aus grundsätzlichen und praktischen Erwägungen für unannehmbar.

Der 11. ordentliche Gewerkschaftstag fordert die Bundestagsfraktionen auf, eine Mitbestimmungsregelung zu verabschieden,

- die mindestens der geltenden Montan-Mitbestimmung entspricht;
- die die volle Parität von Kapital und Arbeit gewährleistet und die im DGB-Gesetzentwurf aufgeführten Größenkriterien bei der Unternehmensauswahl berücksichtigt;
- die den Abschluß weitergehender Mitbestimmungsvereinbarungen zwischen Unternehmen und Gewerkschaften zuläßt.

Zugleich mit ihrer Forderung nach Verwirklichung einer unverfälschten paritätischen Mitbestimmung betonen die Delegierten des 11. ordentlichen Gewerkschaftstages erneut die gewerkschaftlichen Vorstellungen einer uneigennütigen Interessenvertretung durch die Vertreter der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten. Sie bekräftigen daher die vom 6. ordentlichen Gewerkschaftstag und vom Beirat der IG Metall am 31. Mai 1961 aufgestellten Grundsätze über die Abführung der Aufsichtsratsantien an die Stiftung Mitbestimmung.

Der Vorstand wird beauftragt, diese Abführungsregelung grundsätzlich und unter Berücksichtigung der Erfahrung im Montanbereich und im Bereich des Betriebsverfassungsgesetzes zu überprüfen. Gleichzeitig ist eine einheitliche Regelung aller DGB-Gewerkschaften anzustreben. Der Vorstand wird beauftragt, gemeinsam mit dem DGB-Bundesvorstand zum nächsten DGB-Bundeskongreß im Mai 1975 eine entsprechende Initiative zu ergreifen. Solange eine einheitliche Regelung nicht vorliegt, wird nach der 1961 beschlossenen Regelung verfahren.

Im Zeichen fortschreitender Konzentration, struktureller Wandlungen und wachsender Unternehmensgrößen verlagern sich die Entscheidungen von der Ebene des Betriebs zunehmend auf die Ebene der Unternehmens- und Konzernleitung.

Das hat ganz überwiegend eine Verringerung des Arbeitnehmereinflusses zur Folge. Aus diesem Grund sollte die Bundesregierung sich prinzipiell mit einer grundlegenden Modernisierung der im 19. Jahrhundert entstandenen Organisationsformen der Unternehmen beschäftigen und diese – auf der Grundlage eines paritätischen Arbeitnehmereinflusses – zu einer allgemeingültigen Unternehmensverfassung für Großunternehmen ausgestalten.

Darüber hinaus strebt die IG Metall eine Änderung des Tarifvertragsgesetzes von 1949 an mit dem Ziel, auch Fragen der Unternehmensorganisation tariflichen Regelungen zugänglich zu machen (wesentlicher Auszug).

Vermögenspolitik (E 4)

Der 11. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall fordert vom Vorstand die konsequente Fortführung des bisherigen

Kurses in der Vermögenspolitik. Die vom 10. ordentlichen Gewerkschaftstag beschlossene Überprüfung der Pläne für die Bildung von Fonds aus Vermögensabgaben der Unternehmen hat folgendes ergeben:

- überbetriebliche Vermögensfonds können keine prinzipielle Verbesserung der Lebenslage des einzelnen Arbeitnehmers bewirken. Diese Fonds zielen auf eine Umverteilung von Produktionsvermögen, wodurch keine Verbesserung des konsumabhängigen Lebensstandards der Arbeitnehmer erreicht wird;
- überbetriebliche Vermögensfonds können die fortschreitende Konzentration der Produktionsvermögen nicht aufhalten. Die Konzentration der Produktionsvermögen ist Bestandteil eines allgemeinen Konzentrationsprozesses, der durch die Bildung von überbetrieblichen Fonds nicht rückgängig gemacht werden kann;
- überbetriebliche Vermögensfonds behindern die Finanzierung der großen öffentlichen Gesellschaftsaufgaben. Gewinnabgaben der Unternehmen für Vermögensfonds stehen in eindeutiger Konkurrenz zu zusätzlichen Steuerbelastungen der Gewinne zwecks Finanzierung öffentlicher Strukturinvestitionen;
- überbetriebliche Vermögensfonds würden die aktive gewerkschaftliche Tarifpolitik erschweren.

Diese Ergebnisse schließen eine weitere Verfolgung von überbetrieblichen Fondsplänen aus. Statt dessen sind folgende Aufgaben vorrangig:

- Die Demokratisierung der mit dem Produktionsvermögen verknüpften wirtschaftlichen Verfügungsmacht. Die Instrumente zur Demokratisierung der Wirtschaft sind die paritätische Mitbestimmung und alle im Grundsatzprogramm des DGB genannten Möglichkeiten der Kontrolle wirtschaftlicher Macht. Dazu gehört nach wie vor die Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum.
- Die Durchsetzung der großen öffentlichen Reformaufgaben zur Verbesserung der Qualität des Lebens. Alle an den Staat abzuführenden Gewinne müssen zur Finanzierung der Reformpolitik und zum Ausbau der sozialen Sicherheit verwendet werden, nicht aber zur Anhäufung von Kleinvermögen in Fonds.
- Die aktive Tarifpolitik. Nur sie kann die bessere Ausstattung der Arbeitnehmerhaushalte mit individuell verfügbarem Gebrauchsvermögen bewirken, die von der Vermögenspolitik vergeblich erwartet werden.

Die bisher vorgelegten überbetrieblichen Fondspläne der sozialliberalen Koalition hatten die vom Bundesausschuß des DGB am 4. April 1973 beschlossenen Mindestbedingungen nicht berücksichtigt (keine Fonds vor Verabschiedung eines befriedigenden Mitbestimmungsgesetzes, keine Barabführungen, von den Arbeitnehmern selbstverwaltete Fonds, Zertifikate nur an Arbeitnehmer, keine Gewinnausschüttung). Noch weniger wurde den weitergehenden Bedenken der IG Metall Rechnung getragen. Mit Genugtuung ist daher die in der Regierungserklärung vom 17. Mai 1974 zum Ausdruck gekommene Einsicht zu registrieren, diese Pläne zurückzustellen. Die Regierung sollte sie nicht weiter verfolgen.

Der Bundesausschuß hat gefordert, den politischen Stellenwert einer Vermögensumverteilung im Zusammenhang mit den Anträgen 7 (Programm zur Finanzierung und Durchsetzung gesellschaftlicher Reformen), 78 (Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum) und 1/3 (Modell zur Gesellschaftsreform, Grundlagen für eine spätere Neufassung des Grundsatzprogramms) des 9. ordentlichen Bundeskongresses des DGB erst noch zu beraten. Der 11. ordentliche Gewerkschaftstag fordert den Vorstand auf, den genannten Anträgen Vorrang zu verschaffen. Überbetrieblichen Vermögensfonds ist kein Stellenwert beizumessen.

Vetter: Das System hat ernste Mängel

Auf dem 7. ordentlichen Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten in Wolfsburg hat der Vorsitzende des DGB, Heinz Oskar Vetter, am 4. September eine vielbeachtete Rede gehalten. Die nachstehenden Auszüge befassen sich mit Fragen der Tarif- und Investitionspolitik, mit der paritätischen Mitbestimmung sowie der gesellschaftlichen Rolle des Großkapitals.

Die Investitionspolitik der großen Automobilkonzerne hat die Kapazitäten ständig erweitert. Übrigens ist das ein ganz klassisches Beispiel dafür, daß Arbeitslosigkeit nichts mit der Tarifpolitik der Gewerkschaften zu tun hat. VW, Opel, BMW und andere sind in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, weil ihr Absatz stockt und nicht etwa wegen der Tarifpolitik der IG Metall.

Ich finde es an der Zeit, daß die Unternehmensverbände und die ihnen nahestehenden Zeitungen nun einmal endlich aufhören sollten, die Öffentlichkeit mit dem Greuelmärchen für dumm zu verkaufen, als ob die Arbeitsplätze durch die Tarifpolitik der Gewerkschaften in Gefahr gerieten. Kurzarbeit und Entlassungen im Automobilbereich gehen ja keineswegs nur auf das Konto der Ölkrise, sondern weitgehend auf das Konto der zurückliegenden Investitions- und Typenpolitik. Es heißt dann so schön, die Vorstände hätten „am Markt vorbei investiert“; Unternehmer, die ohne Rücksicht auf die gegenwärtige und künftige Nachfrage investierten, müßten eben Rückschläge in Kauf nehmen. So steht es in den Lehrbüchern: die Unternehmer müßten die Rückschläge in Kauf nehmen. Aber wen treffen denn tagtäglich und im Alltag diese Rückschläge? – Stets die Arbeitnehmer! Wenn beispielsweise die Anlagen des Volkswagenwerkes nicht ausgelastet sind, dann spüren das innerhalb weniger Wochen Tausende von Kollegen bei VW und in den Zulieferbetrieben, und wenige Monate später spürt dies das ganze Land Niedersachsen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier führt eben die freie und unkontrollierte Investitionspolitik großer Konzerne zur Existenzgefährdung für Tausende von Arbeitnehmern. Ein solches Spiel, liebe Freunde, kann man nicht mehr als sinnvolles Gesetz der marktwirtschaftlichen Ordnung erklären. Das ist nicht Ordnung, das ist Chaos.

Es geht mir gar nicht darum, einzelnen Unternehmensvorständen hier Vorwürfe zu machen. Isoliert konnten sie vielfach in der Vergangenheit oftmals gar nicht anders handeln, als sie es tatsächlich getan haben. Sie sind als einzelne eben nur bedingt dafür verantwortlich zu machen, daß in einem ganzen Wirtschaftsbereich nun Überkapazitäten bestehen. Nicht nur die Geschäftspolitik einzelner Unternehmer, sondern unser Wirtschaftssystem an sich hat eben ernste Mängel.

Die Investitionsentscheidungen großer Unternehmen, besonders dort, wo sie den Markt unter sich aufteilen, müssen eben aufeinander abgestimmt werden. Ich weiß, daß ich damit ein Thema anspreche, das noch längst nicht ausdiskutiert worden ist. Aber darüber dürfte schon heute Klarheit bestehen: Wir müssen verhindern, daß wir in den einzelnen Wirtschaftsbereichen immer wieder vor Überkapazitäten und Arbeitslosigkeit stehen. So war es vor einigen Jahren in der Chemiefaserindustrie, so war es in der Papierindustrie bittere Wirklichkeit, wie sie in der Aluminiumindustrie auch heute noch nicht überwunden ist und wie es gerade jetzt Tausende von Arbeitnehmern in der Automobilindustrie und im Baugewerbe zu spüren bekommen. Das sollten wir klar sehen, und dahin sollten wir die Ziele unserer Politik lenken. Da sollten wir unsere Forderungen an die Wirtschaftspolitik der Regierung richten ...

Lassen Sie mich noch zu einem anderen Punkt kommen, zu den Tarifaueinandersetzungen, die ja härter werden. Dies ist eine Folge der gegenwärtigen Preisentwicklung. Daher kann es auch keinen Waffenstillstand geben, wie ihn die Arbeitgeberverbände vor wenigen Tagen vorgeschlagen haben. Die Herren von der Arbeitgeberseite sollten sich doch endlich einmal an den Grundtatbestand erinnern, daß nicht wir, die Arbeitnehmer und die Gewerkschaften, sondern die Unternehmer und die Händler die Preise machen und daß nicht wir über die Verteilung der Gewinne entscheiden, sondern die Unternehmensvorstände ...

Die paritätische Mitbestimmung steht im Einklang mit dem Grundgesetz. Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Grundgesetz ist offen, und zwar offen für jede Wirtschaftsverfassung. Wenn es nach den Unternehmerverbänden ginge, so beschränkte sich das Grundgesetz auf einen einzigen Artikel, nämlich den Eigentumsschutz. Dabei wird geflissentlich übersehen, daß wir eine Sozialbindung des Eigentums haben und daß unser Grundgesetz zum Ausbau einer sozialen Demokratie uns alle verpflichtet. Unsere Verfassung ist kein Unternehmerstatut ...

Letztlich soll die paritätische Mitbestimmung angeblich die staatliche Demokratie in Frage stellen. Nun, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist doch wirklich das letzte, was sich die Unternehmerpropaganda hat einfallen lassen: die Vorherrschaft des Eigentums als Garantie der parlamentarischen Demokratie. Ich erinnere mich an eine Rede des Jahres 1932. Damals hieß es, daß das Privateigentum an den Produktions-

Gewerkschaftsbeschlüsse 1974

Im Januar 1975 wird im NACHRICHTEN-Verlag eine dokumentarische Zusammenstellung von Beschlüssen der Gewerkschaftstage und zentralen Personengruppenkonferenzen, die 1974 stattfanden, herauskommen. Sie wird auch Auszüge aus Reden enthalten. Voraussichtlicher Umfang und Preis: 28 Seiten DIN A 4 bzw. 3,— DM.

mitteln darauf beruhe, daß die Menschen ungleich seien, und daß nur die Fähigsten die wirtschaftlichen Unternehmen leiten dürften, und das seien die Eigentümer. Das gleiche wirtschaftliche Gesetz müsse auch im Staat gelten. Daher sei die Demokratie als Ausdruck der Gleichmacherei abzulehnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Rede hat Adolf Hitler 1932 vor dem Industrieclub gehalten, und die anwesenden Unternehmer haben ihm damals Beifall gespendet, als er die undemokratische Unternehmensordnung zum Vorbild für die ebenso undemokratische Diktatur im Staat nahm. Und die Nachfolger jener Unternehmer wollen uns heute einreden, daß die gleiche Vorherrschaft des Kapitals nunmehr die Garantie der Demokratie sein soll.

Man soll uns doch nicht für dumm verkaufen. Es waren die Gewerkschaften, die um die Erhaltung der Weimarer Demokratie gekämpft haben, und es waren die Gewerkschaften, die nach dem zweiten Weltkrieg wieder angetreten sind, um in vorderster Front diesen demokratischen Staat mitaufzubauen. Wir sind auch keineswegs auf dem linken Auge blind. Aber – und das beweist ein Blick auf unsere leidvolle Geschichte – wenn der deutschen Demokratie jemals ernste Gefahren gedroht haben, dann in erster Linie von rechts.

Wir als Gewerkschafter brauchen keinen Nachhilfeunterricht in Demokratie, am allerwenigsten von den Unternehmern, wie sie es in ihrem Papier (Entwurf einer „Erklärung zu gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen“ – d. Red.) versuchen. Wir werden daher unseren Weg unbeirrt fortsetzen, den Weg wirtschaftlicher und sozialer Reformen und den Weg zur vollen Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates. Unter diesem Zeichen ist unsere Republik mit der Schaffung des Grundgesetzes gegründet worden, und diesem Ziel haben sich die Gewerkschaften in ihren Satzungen und im DGB-Grundsatzprogramm in dieser Demokratie verpflichtet.

Beschlüsse der Landesjugendkonferenz des DGB in Hessen

Am 7. und 8. September 1974 fand in Frankfurt die 9. ordentliche Landesbezirksjugendkonferenz des DGB Hessen statt. Die von dieser Konferenz verabschiedeten Anträge und Entschlüsse, die zu aktuellen Problemen Stellung nehmen, sind für die weitere Arbeit der Gewerkschaftsjugend und darüber hinaus für die der Gesamtorganisation der Arbeiter und Angestellten von großer Bedeutung. Das hat uns veranlaßt, nachfolgend einige wesentliche Anträge im Wortlaut zu veröffentlichen.

DGB-Grundsatzprogramm (A 1)

Die Delegierten der DGB-Landesbezirksjugendkonferenz fordern den DGB-Bundesvorstand und die Einzelgewerkschaften des DGB auf, alle Maßnahmen zu ergreifen, damit gemäß dem Grundsatzprogramm die Schlüsselindustrien sowie andere markt- und wirtschaftsbeherrschende Unternehmen in Gemeineigentum überführt werden können. Zu diesen Forderungen sind seitens der Gewerkschaften Durchsetzungsstrategien auf allen Ebenen zu erarbeiten.

Begründung

Da diese Unternehmen in der BRD und darüber hinaus immer mehr wirtschaftliche und somit politische Macht gewinnen, geht von ihnen eine akute Bedrohung der Arbeits- und Lebensbedingungen für die Lohnabhängigen aus.

1. Mai (A 5)

Die Delegierten der Landesjugendkonferenz Hessen fordern die Gremien der DGB-Gewerkschaften und den DGB-Bundesvorstand auf, 1975 dafür zu sorgen, daß in den einzelnen DGB-Kreisen wieder kämpferische 1.-Mai-Kundgebungen und Demonstrationen durchgeführt werden. Dazu müssen den Kreisen vom DGB-Bundesvorstand genügend finanzielle Mittel zur Vorbereitung und Durchführung der 1.-Mai-Veranstaltungen zur Verfügung gestellt werden. Eine Möglichkeit der finanziellen Absicherung und der verstärkten Kommunikation mit den Lohnabhängigen ist der Verkauf von Maiplaketten. Diese sollten zumindest für einen Landesbezirk einheitlich sein. Die Delegierten der Landesjugendkonferenz wehren sich entschieden gegen die Versuche, den 1. Mai zu entpolitisieren und ihn in akademischen Feiernveranstaltungen zu verfälschen.

Konzertierte Aktion (A 10)

Die Landesjugendkonferenz fordert die maßgeblichen Gremien des DGB und der Einzelgewerkschaften durch den Bundesvorstand und die Hauptvorstände der Einzelgewerkschaften auf, ihre Mitarbeit in der sogenannten „konzertierten Aktion“ einzustellen.

Begründung

Alljährlich treffen sich auf Bundesebene Vertreter der Kapitalisten, des Staates und der Gewerkschaften, um die wirtschaftliche Situation der BRD zu diskutieren. Was dabei herauskommt, nennt sich dann „wirtschaftliche Orientierungsdaten“ und „Lohnleitlinien“. Die sogenannten Lohnleitlinien sollen den Gewerkschaften als Orientierung für aufzustellende

Forderungen dienen. Betrachtet man die Lohnleitlinien des Jahres 1972, so kommt man zu der Einsicht, daß Lohnleitlinien und die tatsächlich durchgesetzten Lohnforderungen nahezu identisch sind.

Wir fordern den Austritt aus der konzertierten Aktion, weil wir der Meinung sind, daß sich Lohnforderungen nicht daran orientieren können, was Kapitalisten uns zubilligen würden, sondern vielmehr an den Bedürfnissen der Kollegen in den Betrieben. (Auszug)

Unvereinbarkeits-Erlasse (A 24)

Die Landesbezirksjugendkonferenz wendet sich entschieden gegen die beim DGB und einigen Einzelgewerkschaften vorhandenen sogenannten Unvereinbarkeitsbeschlüsse und fordert den DGB-Bundesvorstand und die Vorstände der Einzelgewerkschaften auf, diese Beschlüsse zurückzunehmen. Die Satzungen des DGB und seiner Einzelgewerkschaften bieten ausreichende Möglichkeiten, gewerkschaftsschädigendes oder -feindliches Verhalten durch Ausschluß zu ahnden. Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen in den Gewerkschaften!

Begründung

Die Landesbezirksjugendkonferenz hält an der Einheitsgewerkschaft als dem schlagkräftigsten Instrument der Lohnabhängigen fest. Der gewerkschaftliche Kampf muß einheitlich geführt werden. In den Gewerkschaften hat jeder Lohnabhängige seinen Platz, der mit gewerkschaftlichen Mitteln für die Ziele der Einheitsgewerkschaft eintritt.

Berufsverbote (A 81)

Die DGB-Landesbezirksjugendkonferenz Hessen fordert von der Bundesregierung und den Ministerpräsidenten der Länder, sofort den Ministerpräsidentenerlaß zur „Beschäftigung von Extremisten im öffentlichen Dienst“ ersatzlos aufzuheben und seine bisherigen Folgen rückgängig zu machen. Der Ministerpräsidentenerlaß, der bisher Demokraten, Sozialisten und Kommunisten mit Berufsverbot belegt, je nach Gutdünken und Willkür der jeweiligen Behörde, verstößt offenkundig gegen das Grundgesetz (GG). Nach GG Artikel 3 darf niemand wegen seiner Weltanschauung, Religion und politischen Überzeugung benachteiligt werden.

Der somit durch den Ministerpräsidentenerlaß begangene Verfassungsbruch soll nunmehr durch ein entsprechendes „Sondergesetz“ scheinbar legalisiert werden. Der Verfassungsbruch wird damit im Grunde nur verschärft. Die dadurch weiterhin erfolgenden Berufsverbote sind in ihrer Konsequenz ein reaktionärer Angriff auf die im GG verankerten und garantierten Rechte und Freiheiten des ganzen Volkes und der Versuch, das GG zu unterlaufen bzw. voll und ganz den Profit- und Machtinteressen der Großkonzerne unterzuordnen. Gerade die derzeitige Praxis beweist, daß in der Regel aktive Gewerkschafter vom Berufsverbot betroffen sind, wie dies der Fall Rüdiger Offergeld, Theologe und Vorsitzender der AJLE in der GEW zeigt.

Deshalb fordert die Landesbezirksjugendkonferenz den Landesjugendausschuß auf, mit aller Schärfe und Nachdruck gegen das Sondergesetz zu protestieren, seine Streichung zu verlangen und sämtliche gewerkschaftlichen Gremien des DGB und der DGB-Einzelgewerkschaften, bis hin zum DGB-Bundesvorstand, aufzufordern, genau so zu handeln und den Jahrestag der Verfassung, den 23. Mai, zum Kampftag für die Wahrung und Erhaltung der Verfassung auszurufen. Weiterhin fordert die DGB-Landesbezirksjugendkonferenz den DGB-Landesjugendausschuß auf, mit sämtlichen fortschrittlichen und demokratischen Organisationen und Verbänden in Hessen gegen die Berufsverbote zusammenzuarbeiten.

1000 Prozent Gewinn

Auf der Anklagebank saß der „verschwiegenste Konzern der Welt“: die deutsche Tochter des Schweizer Pharmagiganten Hoffmann-La Roche, Hersteller der Beruhigungspillen Valium und Librium, der „Sonnenbrille für die Seele“. Ankläger ist das Bundeskartellamt in Berlin. Die Anklage lautete auf mißbräuchliche Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung. Im Klartext: Hoffmann-La Roche kassiert für seine „Dämpfer“ Phantasiepreise.

Der Konzern gab früher bereits schon einmal zu, daß das Rohprodukt von Valium pro Kilo für 4870 Dollar abgegeben wird — dem Hersteller Roche aber nur 35 Dollar kostet. Ein anderes Beispiel für die freizügige Preisgestaltung des Konzerns mit dem höchsten Aktienkurs der Welt: 100 Valium-2-Tabletten kosten in der Apotheke 14,80 Mark. In England werden dieselben Pillen derselben Firma für umgerechnet 1,47 Mark verkauft. Ein 1000prozentiger Unterschied. Die Krankenkassen erklärten, sie könnten die Beiträge senken, wenn die Arzneimittelpreise weniger phantasievoll gestaltet würden. Das Bundeskartellamt in Berlin hat Hoffmann-La Roche zu Preissenkungen zwischen 35 und 40 Prozent für seine „Glücksbringer“ Valium und Librium aufgefordert.

„Metall“, Nr. 18, 3. September 1974, Seite 1 — Organ der IG Metall.

Stahl-Boom geht weiter

Unter dem Himmel eines weltweiten Stahl-Booms sonnt sich die Stahlindustrie. Dieser Boom ist insbesondere durch den hohen Stahlbedarf in den Entwicklungsländern, in den Ostblockstaaten und in China ausgelöst worden. Ein Nachlassen dieser „Stahlkonjunktur“ ist noch nicht erkennbar...

Konjunktur- und strukturbedingte Arbeitsplatzsorgen kennt man in diesem Industriezweig zur Zeit nicht, dagegen gibt es bei der Anwerbung von Arbeitskräften durch den Anwerbestopp für ausländische Arbeiter echte Probleme; zumal in bestimmten Produktionsbereichen, im Hochofen- und Stahlwerksbereich, heute schon mehr als die Hälfte der dort Beschäftigten Ausländer sind.

Die Ursache dafür, daß jüngere Menschen so wenig Interesse an einem Arbeitsplatz in der Eisen- und Stahlindustrie zeigen, ist nicht allein das Lohnniveau, sondern auch produktionsbedingte Schichtarbeit, schwere Arbeit sowie die Umweltbelastung am Arbeitsplatz...

„Metall“, Nr. 19, 17. September 1974, Seite 2 — Zeitung der IG Metall.

Auf der Sonnenseite

Auf der Sonnenseite der Energiekrise konnte der größte Mineralölkonzern der Welt, die Exxon Corp., im ersten

Halbjahr dieses Jahres mit 1555 Mill. Dollar 52,8 Prozent mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum verdienen (1018 Mill. Dollar). Der Reingewinn des zweiten Quartals erreicht 850 Mill. Dollar statt 510 Mill. Dollar im entsprechenden Vorjahresquartal. Die Reingewinne aus den Auslandsoperationen sind in den ersten sechs Monaten dieses Jahres um 22 Prozent von 617 Mill. Dollar auf 753 Mill. Dollar gestiegen. Der weltweite Umsatz der Exxon Corp. im ersten Halbjahr 1974 betrug 21 334 Mill. Dollar gegenüber 12 722 Mill. Dollar.

„einheit“, Nr. 17, 1. September 1974, Seite 3 — Zeitung für Mitglieder der IG Bergbau und Energie.

Öffentliche Verschwendung?

Die politische Posse dieses Jahres führt augenblicklich die Landesregierung von Baden-Württemberg an: Den Arbeitern und Angestellten soll die Arbeitszeitverkürzung gewährt werden, den Beamten nicht. Für die Arbeiter und Angestellten haben Tarifverträge unwiderrufliche Fakten geschaffen; die Beamten aber sollen sich gedulden, weil für sie Tarifverträge nicht abgeschlossen werden können und also Fakten nicht bestehen. Kein Zweifel: Ministerpräsident Filbinger hat seine Entscheidung vor dem Hintergrund der Verleumdungskampagne getroffen, die seit Monaten in der Presse und an den Stammtischen gegen den öffentlichen Dienst und dessen Personalausgaben geführt wird...

Einen bemerkenswerten Beitrag zur Versachlichung der Diskussion leistete in diesen Tagen das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes in einer Studie über Probleme des öffentlichen Dienstes...

1. Mit Ausnahme des Jahres 1972 waren Bund, Länder und Gemeinden von Preissteigerungen stärker betroffen als der private Sektor...

2. Die Anteile der Ausgaben der einzelnen Aufgabenbereiche an den Gesamtausgaben haben sich in den letzten zehn Jahren nicht wesentlich verändert. Ausnahmen sind allenfalls die Ausgaben für Verteidigung, Hochschulen und Wohnungswesen...

3. Der Personalbestand im öffentlichen Dienst hat sich von rund 1,6 Millionen Beschäftigten im Jahr 1960 um fast 0,7 Millionen auf knapp 2,3 Millionen Beschäftigte im Jahr 1972 erhöht. Nur in sechs von sechzehn Aufgabenbereichen übertraf der Zuwachs den Durchschnittswert von 44,5 Prozent: Verteidigung, Schulen, Hochschulen, sonstiges Bildungswesen und Kulturbereich, Gesundheit, Sport, Erholung, Verkehrs- und Nachrichtenwesen. Allein im Bereich der Verteidigungsverwaltung zum Beispiel erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten um mehr als 100 Prozent...

4. Der öffentliche Dienst hat sich im Laufe der Zeit mehr und mehr von einer reinen Hoheitsverwaltung zu ei-

ner Dienstleistungsverwaltung gewandelt...

5. Im öffentlichen Dienst besteht noch ein erheblicher Personalbedarf in der Finanzverwaltung, im Polizeidienst, im Bildungswesen und im Gesundheitsdienst. Die Bereiche Schulen, Hochschulen sowie Gesundheit, Sport und Erholung werden weiter an Bedeutung gewinnen...

Von einer „öffentlichen Verschwendung“ kann also überhaupt nicht die Rede sein. Insbesondere trifft die Annahme nicht zu, in Bund, Ländern und Gemeinden würden die Personalhaushalte aufgebläht und notwendige Ausgaben für Investitionen vernachlässigt. Im Bildungs- und Gesundheitswesen — zwei Bereiche mit überdurchschnittlich gestiegenen Personalausgaben — kann der Einsatz von mehr Personal zu bestimmten Zeiten wichtiger sein als der hohe Einsatz von sachlichen Mitteln...

„Deutsche Post“, Nr. 18, 20. September 1974, Seite 3 — Organ der Postgewerkschaft.

CDU hofiert Chiles Junta

Ein Jahr nach dem Militärputsch und dem Tod des Staatspräsidenten Allende versinkt Chile immer mehr in blindwütigem Terror und in Apathie. 20 000 Menschen haben seit dem 11. September 1973, dem Tag des blutigen Umsturzes, den Tod gefunden; 30 000 sind außer Landes geflohen; 10 000 politische Gefangene schmachten in Lagern und Gefängnissen. Das Regime wütet mit Folter und Schauprozessen...

Alle internationalen Appelle haben bisher nichts gefruchtet. Solange Sozialisten und Gewerkschafter verfolgt wurden, beruhigte sich das Gewissen der Welt wieder. Da machten auch Bonner CDU-Politiker, wie Heck und andere, den Generalen ihre Aufwartung. Da wurde von Ruhe und Ordnung gefaselt, die das Regime geschaffen habe. Eine entmachtete und unterdrückte Partei aber sind heute Chiles christliche Demokraten, die noch vor einem Jahr hofften, die eigentlichen Nutznießer des Staatsstreichs sein zu können...

Unter Allende waren die Zeiten karg. Aber es gab garantierte Mindestlöhne und einen Liter Milch täglich für jedes Kind. Heute herrscht bitterste Not. Innerhalb eines Jahres sind die Lebenshaltungskosten um 175 Prozent gestiegen. Brot kostet zwanzigmal, Milch vierzigmal mehr als damals. Um einen Liter Öl zu kaufen, muß ein Arbeiter zehn Prozent seines Monatseinkommens aufwenden. Mit der galoppierenden Inflation ist die Zahl der Arbeitslosen auf mehr als 600 000 angestiegen. Alle sozialen Reformprogramme sind gestoppt, alle Überbleibsel von Demokratie und Selbstverwaltung längst ausgelöscht worden. Es wird Zeit, daß dieses Regime die Verachtung der Menschheit endlich auch zu spüren bekommt.

„Welt der Arbeit“, Nr. 37, 13. September 1974, Seite 1 — Wochenzeitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Automobilindustrie in der Sackgasse

Die Zielsetzungen bisheriger Verkehrspolitik sind in Frage gestellt. Die Interessen der Konzerne führten in die Sackgasse. Doch ihre Vertreter tun, als sei nichts geschehen — sie fordern den Staat auf, den Individualverkehr in verstärktem Maß zu fördern...

Die gegenwärtige Situation der Automobilindustrie ist wegen zweier Entwicklungen besonders problematisch: Zum einen handelt es sich bei der Absatzflaute um einen wegen der „Ölkrise“ schneller als erwartet sichtbar gewordenen Teil der fast zwangsläufigen Strukturkrise der Automobilindustrie. Zum anderen fällt die Absatzkrise in eine Zeit, in der der Wert des Autos als Verkehrsmittel stärker denn je angezweifelt und als Alternative der Ausbau von öffentlichen Verkehrsmitteln als notwendig anerkannt wird.

Obwohl also die Ursachen für die Absatzflaute in der Automobilindustrie strukturell bedingt sind, muß auch eine Verkehrspolitik, die auf den Vorrang für das öffentliche Nahverkehrsmittel setzt, mögliche Auswirkungen auf den Absatz und damit auf die Beschäftigungslage in der Automobilindustrie beachten. Deshalb wird auch in der vom letzten Kongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes verabschiedeten verkehrspolitischen Entschließung gefordert, die Pläne, mit deren Hilfe der angestrebte Vorrang der öffentlichen Verkehrsbedienungen verwirklicht werden soll, so rechtzeitig vorzulegen, „daß eine fortlaufende Abstimmung mit den betroffenen Wirtschaftszweigen über eine gezielte Wirtschafts- und Strukturpolitik möglich ist...“

Wenn die Verkehrspolitik dem Massenverkehr den Vorrang einräume, habe sie immer gleich eine hinreichende Antwort zu geben, was aus den Arbeitsplätzen der Automobilarbeiter werden solle. Diese Forderung kann sich aber nicht nur auf die Verkehrspolitik beziehen. Sie gilt in viel stärkerem Maße für die Folgen, die sich aus der Strukturkrise der Automobilindustrie ergeben werden.

Anlässlich der vorübergehenden Absatzflaute ist schlagartig deutlich geworden, welche enormen Probleme auf die Gewerkschaften zukommen.

„ÖTV-Magazin“, Nr. 9, September 1974, Seite 4 — Organ der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr.

Konzept für konservative Politik

BDA-Präsident Hanns Martin Schleyer betonte... mit ihrem gesellschaftspolitischen Positionspapier wollten die Unternehmer einen „Beitrag zur ordnungspolitischen Grundsatzz Diskussion aus unternehmerischer Sicht“ leisten und gleichzeitig Vorschläge für die Lösung konkreter sozial- und gesell-

schaftspolitischer Aufgaben machen... Auch in der vorliegenden Erklärung wird der diffamierende Vorwurf wiederholt, daß die Arbeitnehmerorganisationen einen (im prinzipiellen Gegensatz zur demokratischen Ordnung unseres Landes stehenden) „Gewerkschaftsstaat“ anstreben. Wörtlich heißt es dazu: „Heute ist die Gefahr des Gewerkschaftsstaates näher denn je. In ihm wäre auch die politische Freiheit in Gefahr.“ Von nicht geringerer Härte ist der Vorwurf, von gewerkschaftlicher Seite mehrten sich Forderungen, deren Verwirklichung die Grundvoraussetzungen für eine funktionsfähige Tarifautonomie in Frage stellen würden. Auch in diesem Zusammenhang wird die (als bedeutsamste ordnungspolitische Gefahr und größtes Übel bewertete) paritätische Mitbestimmung aufgeführt. Den Gewerkschaften wird insgesamt unterstellt, daß sie eine „Aufhebung der Koalitionsgemeinschaft von Arbeitgeberverbänden im Sinne des Grundgesetzes“ anstreben.

Quer durch die gesamte Erklärung zieht sich eine (manchmal schon fast hysterisch anmutende) Warnung vor der drohenden „Übermacht“ der Gewerkschaften, „die nicht nur die Tarifautonomie, sondern auch die Handlungsfähigkeit des Staates und letztlich den politischen Freiheitsraum des einzelnen“ gefährden würde. BDA-Präsident Schleyer unterstrich während der Bonner Pressekonferenz erneut, mit ihrer Forderung nach paritätischer Mitbestimmung strebten die Gewerkschaften eine „völlig andere Ordnung“ an.

Auch mit ihrer jüngsten Erklärung wiederholen die Unternehmer also den Versuch, die Gewerkschaften nicht nur an den Rand der bestehenden gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung, sondern eigentlich bereits aus dieser Ordnung hinauszudrängen. Das hindert sie nicht daran, den Gewerkschaften vorzuwerfen, den „Grundkonsens“ zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen zu gefährden bzw. den „an sich natürlichen Interessengegensatz zu den Arbeitgebern zu einem gesellschaftlichen Grundkonflikt mit dem Ordnungssystem hochzutreiben“. Damit werden die Dinge genau auf den Kopf gestellt. Dieser Vorwurf richtet sich gerade nach dem vorgelegten Positionspapier eindeutig gegen die Unternehmer selbst.

„Die Quelle“, Nr. 9, September 1974, Seite 340/341 — Funktionärszeitschrift des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Das Weltbild der Bosse

Die Arbeitgeber und einige gesellschaftliche Gruppen haben ein klares und einfaches Weltbild. Das natürliche Gleichgewicht ist dann gegeben, wenn Arbeitgeber und Kapitaleigner alle wesentlichen Entscheidungen treffen. Regierung und Parlament haben diese Struktur zu bewahren. Die Gewerkschaften haben in Unternehmen und Betrieben, wo sich das Schicksal ihrer Mitglieder entscheidet, nichts zu su-

chen. Ihre Aufgabe ist es, mit den Arbeitgeberverbänden über Löhne und einige Arbeitsbedingungen zu verhandeln, aber natürlich nur in einem Rahmen, der die Gewinne nicht schmälert. Was darüber hinausgeht, ist von Übel und führt zum Gewerkschaftsstaat. Doch kann es nicht Aufgabe der Gewerkschaften sein, ein aus dem 19. Jahrhundert überkommenes Modell zu konservieren, das auf den Vorrechten der Kapitaleigner aufgebaut ist. Die Gewerkschaften müssen vielmehr die Interessen der Mitglieder vertreten und die Realitäten verändern. Und wenn das Schicksal der Arbeitnehmer immer mehr durch die allgemeine Schulbildung und die Art der beruflichen Bildung, durch die Arbeitsbedingungen oder durch das Angebot an Arbeitsplätzen in einer Region bestimmt wird, dann müssen sie auf solche Fragen Einfluß nehmen.

Die Gewerkschaften müssen politischer werden, weil Politik und Wirtschaft immer mehr ineinandergreifen und weil politische Entscheidungen immer mehr die Existenz der Arbeitnehmer beeinflussen. Das hat nichts mit falscher Politisierung und Machthunger zu tun; es bedeutet, daß man die alten Ziele von Freiheit und Sicherheit in einer gewandelten Umwelt auch mit veränderten Mitteln vertreten muß.

Die Schlußfolgerung: Hinter dem Vorwurf des Gewerkschaftsstaates steht das Interesse der Unternehmer auf Bewahrung ihrer Vormacht. Nur wenn die Gewerkschaften im solidarischen Zusammenschluß der Arbeitnehmer eine entsprechende Gegenmacht bilden, können sie die Interessen der Mitglieder vertreten — und sie tun das nicht in der Auseinandersetzung mit allgemeinen Vorwürfen, sondern in der Lösung konkreter Probleme.

„Der Gewerkschafter“, Nr. 9, September 1974, Seite 5 — Monatsschrift für Funktionäre der IG Metall.

Druckmittel Reservearmee

Den Unternehmern sind Arbeitslose wieder als „industrielle Reservearmee“ willkommen. Man kann sie als Lohndrücker einsetzen. Mit der Behauptung, „überzogene Lohnforderungen gefährden Arbeitsplätze“, möchte der Unternehmerbrief des Instituts der Deutschen Wirtschaft schon vor Beginn der Tarifrunden den Gewerkschaften die Schuld für eine wachsende Zahl von Arbeitslosen zuschieben.

Kein Wort verliert das Institut über die zahlreichen Fehlspekulationen und falschen Entscheidungen der Unternehmer, die in letzter Zeit nachweislich zum Verlust vieler Arbeitsplätze geführt haben. Es verschweigt, daß die Beschäftigungsschwierigkeiten in der Konsumgüterindustrie und im Handel weitgehend auf eine nicht ausreichende Massenkaufkraft zurückzuführen sind.

„Welt der Arbeit“, Nr. 36, 6. September 1974, Seite 2 — Wochenzeitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Taten folgen lassen!

Der 11. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall, über den wir nebensächlich und im Dokumentationsteil informieren, fand in einer Zeit statt, in der sich, wie es in der Entschließung E 1 heißt, „die politischen, sozialen und ökonomischen Konflikte... ständig verschärft haben“. Wir haben heute die höchste Preissteigerungsrate der Nachkriegszeit und über 500 000 Arbeitslose, mehr als während der Überproduktionskrise 1966/67. Die Situation ist gekennzeichnet von massiven Angriffen der BDA, der Schleyer und Strauß auf die Unabhängigkeit der Gewerkschaften, die diese als verfassungswidrig verteuern und zu Ordnungsfaktoren für die Profitinteressen des Großkapitals umwandeln wollen.

Die Konzentration ökonomischer und politischer Macht zugunsten immer weniger nationaler und multinationaler Großkonzerne bei einem gleichzeitigen Rekord an Pleiten und Vernichtung von Zehntausenden von Arbeitsplätzen schreitet ständig fort. All das sind Zeichen einer wachsenden Labilität und der sich verschärfenden allgemeinen Krise des Kapitalismus.

Angesichts dieser Situation wäre es auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall, richtungsweisend für alle anderen DGB-Gewerkschaften, notwendig gewesen, eine klare gewerkschaftliche Gegenkonzeption bei gleichzeitiger Analyse über die Ursache der vorhandenen Lage zu entwickeln. Wenn dies in Hannover nur in Ansätzen und widersprüchlich geschah, so hängt das sicher auch mit dem Loyalitätskonflikt zusammen, in dem sich der IG-Metall-Vorstand, zwischen den Interessen der Mitgliedschaft und der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung, befindet.

Die in Hannover angenommenen zahlreichen Forderungen, die den Interessen der Arbeiter und Angestellten entsprechen, werden nur verwirklicht werden können, wenn die IG Metall die erneut bekräftigte Unabhängigkeit von Unternehmern, Parteien und Regierung nicht nur verbal beteuert, sondern sich auch davon stets in ihrer Politik leiten läßt. Zahlreiche Delegierte beteuerten, jetzt käme es darauf an, durch die Kraft und Stärke der Organisation Taten folgen zu lassen. Die ersten Bewährungsproben bilden dafür die Tarifrunden in der Eisen- und Stahlindustrie sowie der metallverarbeitenden Industrie und die Durchsetzung der paritätischen Mitbestimmung. pet.

kar Vetter in seiner Begrüßungsrede auf dem Gewerkschaftstag, eine Rolle spielen.

Bemerkenswert war in Loderers Grundsatzreferat eine prinzipielle Kritik an der Rechtssprechung des Bundesarbeitsgerichts, insbesondere im Hinblick auf die Rechtfertigung von Aussperrungen, die Einschränkung des Streikrechts sowie der Urteile gegen spontane Arbeitsniederlegungen. Mit Nachdruck verlangte der IGM-Vorsitzende das Verbot der Aussperrung und wandte sich gegen jegliche Einschränkung der Handlungsfreiheit der Gewerkschaften. Diese Aussagen fanden auch in der Entschließung zum Gewerkschafts- und Arbeitskämpfrecht (E2) ihren Niederschlag.

Nach einer mehr oder weniger farblosen Diskussion zum Grundsatzreferat gab es bei der Verabschiedung der Anträge zum Teil gegensätzliche Auffassungen. Zunächst muß kritisch angemerkt werden: Mit der Verfahrenspraxis der Behandlung der Anträge und Entschließungen wurde der Mitgliederwille

in einer Reihe wichtiger Fragen mißachtet; denn immer wurde zuerst über die Entschließungsentwürfe des Vorstands abgestimmt und damit zahlreiche Anträge als „erledigt“ unter den Tisch gefegt, auch dann, wenn diese gegenteilige Aussagen zum Inhalt hatten. So wurden allein mit E 12 zur Vertrauensleutearbeit über 80 Anträge als „erledigt“ bezeichnet, obwohl sie keinerlei Berücksichtigung in der Entschließung gefunden hatten.

Noch drastischer zeigte sich die Manipulation bei den acht Anträgen und zwei Initiativanträgen, die den Austritt aus der konzertierten Aktion verlangten. Diese Anträge wurden in der umfangreichen E 3 zur Wirtschaftspolitik als „erledigt“ erklärt. In dieser Entschließung waren einerseits viele Forderungen enthalten, die den Grundinteressen der Arbeiter und Angestellten entsprechen, andererseits sprach sie sich auch für einen weiteren Verbleib in der konzertierten Aktion aus. Nach der Abstimmungsregelung hätten die Einzel- und Initiativanträge nur dann zur Abstimmung kommen können,

wenn vorher die Mehrheit der Delegierten die E 3 abgelehnt hätten. Dazu waren aber nur rund 120 Delegierte bereit. Gleichzeitig wurde die Feststellung des Delegierten Wilm aus Ulm mit großem Beifall des gesamten Kongresses bedacht, „eine Stunde gewerkschaftliche Aktion nützt uns mehr als 100 Stunden konzertierte Aktion.“

Interessant verlief eine mehrstündige Debatte zu dem Entschließungsentwurf des Vorstandes zur Mitbestimmung auf Unternehmensebene (E 8). Hierzu gab es einen Initiativantrag (116), der die klare Feststellung von E 8, daß der Regierungsentwurf zur Mitbestimmung für die IG Metall „unannehmbar“ sei, abzuschwächen versuchte. Mit einem unverbindlichen „nicht ausreichend“ wollten die Antragsteller ein Einlenken auf den Regierungsentwurf, der den Namen Mitbestimmung nicht verdient, erreichen, wie es Bundeskanzler Schmidt von der IG Metall verlangt hat.

Mitbestimmung jetzt!

In der Antragsdebatte stießen die Meinungen hart aufeinander. Die einen — meist Delegierte, die zugleich Vertreter der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaften für Arbeitnehmer (AfA) waren — sprachen sich faktisch für den völlig unzureichenden Regierungsentwurf aus. Die anderen, das war die Mehrheit, beharrten auf der unverfälschten Parität und riefen zugleich dazu auf, alles zu tun, damit die gewerkschaftlichen Vorstellungen verwirklicht werden. Bei der anschließenden Abstimmung erhielt diese Position eine übergroße Mehrheit. Nur noch etwa 40 Delegierte folgten dem Initiativantrag von rechts.

Im Gegensatz zu vorangegangenen Gewerkschaftstagen der IG Metall spielte in Hannover die Lohn- und Gehaltspolitik nicht die zentrale Rolle. Allerdings enthält die angenommene Entschließung E 13 zur Tarifpolitik nach wie vor die Orientierung auf einen höheren Anteil der Löhne und Gehälter am Sozialprodukt. (Siehe auch Seite 5: „Unternehmer und Regierung gegen aktive Lohnpolitik.“)

In der Frage der Entspannungs- und Abrüstungspolitik blieb der Gewerkschaftstag hinter den Realitäten zurück. Einerseits ist zwar positiv zu werten, daß erstmals Delegationen aus den sozialistischen Ländern, darunter der Sowjetunion und der DDR, auf einem Gewerkschaftstag der IG Metall begrüßt wurden, wofür Tausende progressive Gewerkschafter jahrzehntelang gekämpft haben, andererseits wurde in den Entschließungen nicht nur auf die von der IG Metall wiederholt entwickelte Forderung nach eigenen Abrüstungs-

initiativen der Bundesrepublik verzichtet, sondern auch der DDR eine Verletzung des Grundlagenvertrages unterstellt und eine gesamteuropäische Gewerkschaftskonferenz als nicht wirksam für den Kampf gegen die multinationalen Konzerne abqualifiziert. Aus den Verwaltungsstellen lagen zu dieser Problematik Anträge vor, die eine entgegengesetzte Auffassung zum Inhalt haben.

DKP — Teil der Einheitsgewerkschaften

Einen relativ breiten Raum nahm auf dem Gewerkschaftstag das Problem „Bekämpfung des politischen Extremismus“ ein. Die dazu vorgelegte Vorstandsent-schließung (E 27) hat den Kampf gegen den Rechtsextremismus mit dem gegen den sogenannten Linksextremismus und die Frage der Berufsverbote im öffentlichen Dienst verknüpft.

Während die Gefahr des Rechtsextremismus trotz der gewerkschaftsfeindlichen Attacken der Schleyer, Strauß

Loderer zur DKP

„Die Deutsche Kommunistische Partei, die als eine legale Partei in der Bundesrepublik die Plattform für den Arbeiter hat, ist genauso wie andere Parteien in dieser Einheitsgewerkschaft zu Hause, und zwar so lange, wie sie gemäß unseren gewerkschaftlichen Grundsätzen in unserer Einheitsorganisation arbeitet. Ich glaube, daran gibt es nichts zu rütteln (Beifall).“

Tagesprotokoll, 11. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall, 5. Tag, Hannover, vom 15. bis 21. September 1974, Seite 512.

werden, bzw. kann es durch den Druck rechtskonservativer Kreise zu Willkürmaßnahmen in der IG Metall kommen.

Aufgrund dieser Kritik sah sich der IG-Metall-Vorsitzende Eugen Loderer veranlaßt, seine Haltung zu Gewerkschaftsmitgliedern, die der DKP angehören, darzulegen. (Siehe Kasten.) Es bleibt zu hoffen, daß der Vorstand der IG Metall entsprechend dieser Aussage von Loderer ein ebensolches Verhältnis zur DKP anstrebt, wie er es zu den anderen demokratischen Parteien unterhält.

Unbefriedigend bleibt, daß in der mit Mehrheit angenommenen E 27 die Gesetzesinitiative der Bundesregierung zur Ablösung des Ministerpräsidentenerlasses über Berufsverbote „begrüßt“ wurde. Ein derartiger Gesetzentwurf ist mit der Verfassung nicht vereinbar, wie zahlreiche Delegierte feststellten.

Die beschlossenen Forderungen zur Sozialpolitik, beruflichen Bildung, zum Umweltschutz, zu den ausländischen Arbeitnehmern wie auch zur Pressekonzentration und zu anderen gewerkschaftlichen Anliegen entsprechen im wesentlichen den Interessen der Arbeiter und Angestellten. NACHRICHTEN werden Anfang nächsten Jahres einen Großteil dieser Beschlüsse in einem Sonderdruck über Gewerkschaftsbeschlüsse 1974 veröffentlichen.

Die IG Metall gab sich in Hannover eine neue Satzung. Darin ist die in der alten Satzung enthaltene Bestimmung, die IG Metall erstrebt eine das ganze Deutschland umfassende Industriergewerkschaft Metall, gestrichen worden, was als eine Anerkennung der bestehenden Realitäten zu werten ist. Der Beitragssatz wurde einheitlich auf 1 Prozent des Bruttomonatseinkommens festgelegt, der Mindestbeitrag auf 10,— DM erhöht, und die bisherige Krankenunterstützung ersatzlos gestrichen.

Bei den Wahlen zum geschäftsführenden Vorstand gab es keine personellen Veränderungen, wohl aber unterschiedliche Abstimmungsergebnisse: Von 515 Delegierten erhielten (Ergebnis jeweils in Klammern): 1. Vorsitzender Loderer (461), 2. Vorsitzender Mayr (420), Kassierer Troche (463), die übrigen Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes erhielten von 508 Stimmen: Dürbeck (403), Benz (384), Anke Fuchs (401), Judith (359), Preiss (446), Janzen (386), Dieckerhoff (380), Kopp (301). Bei den nicht geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern gab es einige Veränderungen, u. a. wurde der frühere Abteilungsleiter für Jugend beim Vorstand und jetziger Ortsbevollmächtigter von Nürnberg, Horst Claus, in den Vorstand gewählt. Werner Petschick

GTB-Kongreß

In Zukunft sollen die Mitglieder der Gewerkschaft Textil und Bekleidung von der Basis her stärker am Prozeß der demokratischen Willensbildung in ihrer Organisation beteiligt sein, um die Schlagkraft der Gewerkschaft zu stärken.

Mit einem entsprechenden Vorschlag, ausgearbeitet von einer auf dem 11. Gewerkschaftstag gewählten Organisationskommission, werden sich die Delegierten der Gewerkschaft Textil und Bekleidung auf ihrem 12. ordentlichen Gewerkschaftstag beschäftigen und geeignete Beschlüsse fassen. Er findet in der Zeit vom 3. bis 8. November 1974 im Kongreßzentrum des Sheraton-Hotels in München statt. In einem grundlegenden Referat wird der Vorsitzende der Organisation, Karl Buschmann, „die Aufgaben der Gewerkschaften in der freiheitlich-demokratischen Gesellschaft“ darlegen.

Zur Stärkung des Einflusses der Mitglieder wird u. a. die Erweiterung des Beirates durch die Vertretung aller 83 Verwaltungsstellen mit mindestens einem Delegierten vorgeschlagen sowie seine stärkere Beteiligung an den gewerkschaftlichen Entscheidungen. Auch für die Arbeit der Personengruppen — Angestellte, Frauen, Jugend — sollen neue Grundsätze beraten und beschlossen werden.

Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage in der Textil- und Bekleidungsindustrie werden auf dem Kongreß in München ebenso wie auf den vorangegangenen Bezirkskonferenzen Fragen der Wirtschaftspolitik und der sozialen Sicherheit der Textil- und Bekleidungsarbeiter einen breiten Raum einnehmen, mit Forderungen nach Erhaltung der Arbeitsplätze, Angleichung der Arbeitslosen- und Kurzarbeiterunterstützung bis zur Höhe des Netto-Einkommens sowie nach Absicherung der Löhne und Gehälter bei Kursen.

Diese Forderungen sind durchaus berechtigt. In beiden Branchen liegt die Arbeitslosenquote mit 4,5 Prozent mehr als doppelt so hoch als in der Gesamtwirtschaft. Von insgesamt 760 000 Beschäftigten mußten 3,7 Prozent kurzarbeiten. Unter den 30 000 Arbeitslosen beider Industriebereiche waren Ende Juni d. J. allein 27 400 Frauen.

Aus ihrer Lage heraus ist auch die Forderung nach echter Mitbestimmung, die auf dem Kongreß eine Rolle spielen wird, ein dringendes Anliegen. Für deren Durchsetzung ihre gewerkschaftliche Kraft einzusetzen, läge in ihrem ureigensten Interesse. Daß dies möglich ist, haben gerade die Textil- und Bekleidungsarbeiter und Angestellten in beispielhafter Weise bei anderen Aktionen gezeigt. J. S.

7. NGG-Gewerkschaftstag: Sorgen mit den Multis

Die Rede des DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter bildete die aussagestärkste Phase des 7. ordentlichen Gewerkschaftstages der Gewerkschaft Nahrung — Genuß — Gaststätten. Vom 1. bis 5. September 1974 berieten etwas mehr als 200 Delegierte in Wolfsburg über die weiteren Aufgaben. Dabei stimmten Aussagen und Beschlüsse keineswegs immer überein. Im gesellschaftspolitischen Bereich verlangte der Gewerkschaftstag die Verwirklichung der Mitbestimmung auf der Basis echter Parität.

Der mit 170 von 201 Stimmen wiedergewählte Gewerkschaftsvorsitzende, Herbert Stadelmaier, versuchte sowohl in seiner Eröffnungsrede als auch im mündlichen Rechenschaftsbericht ein Erfolgsbild Bonner Regierungspolitik zu zeichnen. Stadelmaier kritisierte das Ausmaß der inflationären Entwicklung, nicht ohne den in diesen Wochen und Monaten oft gehörten Hinweis zu vergessen, daß die Bundesrepublik „am Ende der Inflationsskala“ liege. Mit anderen Worten also: Andere kapitalistische Länder haben die inflationäre Pest, die BRD gottlob nur die Cholera.

Der Gewerkschaftsvorsitzende bemängelte die hohe Zahl der Arbeitslosen. Er betonte, daß die Gewerkschaften jeden Versuch zurückweisen würden, Preissteigerungen und andere Krisenerscheinungen auf die abhängig Beschäftigten abzuwälzen.

Deutlicher wurde der mit 196 von 201 Stimmen wiedergewählte 2. Vorsitzende, Günter Döding. Aus leicht durchschaubaren Gründen, sagte Döding, sei es „wieder Mode geworden, als Hauptursache für die gegenwärtige Misere der Marktwirtschaft die von den Gewerkschaften durchgesetzten Verbesserungen bei den Löhnen und Gehältern zu verteufeln“. Die gleichen Leute, die freie Fahrt für die Profiteure fordern, versuchten, „mit konzertierter Aktion und Lohnleitlinien, Orientierungsdaten und Indexklauseln“ die Gewerkschaften an die Leine zu legen.

Diese treffende Kritik, die durch die drei Wochen später — am 24. September — stattgefundene Sitzung der Konzertierten Aktion bestätigt wurde, verband Döding mit der Feststellung: „Die gewerkschaftliche Tarifpolitik ist nicht die Magd der Stabilitätspolitik. Angesichts der schlechten Erfahrung, die wir in der Vergangenheit gemacht haben, kann den Gewerkschaften nicht zugemutet werden, in ihrer Tarifpolitik noch einmal stabilitätspolitische Vorleistungen zu erbringen.“

Döding wandte sich auch gegen solche Ratschläge, die von den Gewerk-

schaften verlangen, ab Januar 1975 eintretende Steuererleichterungen durch niedrigere Lohnforderungen zu honorieren. „Wir können es nicht zulassen“, sagte der 2. NGG-Vorsitzende, „daß Verbesserungen des Nettoeinkommens der Arbeitnehmer qua Steuerreform durch Lohn- und Gehaltsverzichte wieder rückgängig gemacht werden... Hier darf man keine Mißverständnisse aufkommen lassen.“

Als dann am letzten Tag unter Zeitdruck die Beratung und Beschlußfassung über die 160 Anträge erfolgte, fand sich die Mehrheit der Delegierten nicht bereit, einem Antrag zuzustimmen, der den Austritt der Gewerkschaften aus der konzertierten Aktion verlangte. Statt dessen wurde ein Antrag verabschiedet, in dem es heißt: „Orientierungsdaten dürfen nicht zu Lohnleitlinien werden“. Die konzertierte Aktion dürfe weder direkt noch indirekt in die Tarifautonomie eingreifen. Der Delegierte Willi Kreuzer hatte die Forderung nach Austritt aus dieser Einrichtung mit der Feststellung begründet, die konzertierte Aktion sei nur geschaffen worden, damit die Regierung Einfluß auf die gewerkschaftliche Tarifpolitik nehmen könne. Professor Schiller, der sich das ausgedacht habe, sei konsequenterweise bei der CDU gelandet.

Der DGB-Vorsitzende Vetter griff in seinem oft von Beifall unterbrochenen Referat die Positionen des Machtanspruchs der Unternehmerverbände an, wie sie in dem Entwurf einer Erklärung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) zu gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen zum Ausdruck gekommen sind. Angesichts immer neuer Krisenerscheinungen im Kapitalismus forderte Vetter Investitionskontrolle zur Vermeidung von Überkapazitäten und Arbeitslosigkeit.

Der DGB-Vorsitzende bekräftigte die Ablehnung des Regierungsentwurfs für ein Mitbestimmungsgesetz. Den Unternehmern, die von der „Gefahr des Gewerkschaftsstaates“ reden, hielt er die

geschichtliche Erfahrung vor, daß Gefahren für die Demokratie „in erster Linie von rechts“ kommen. (Siehe Auszug aus der Vetter-Rede auf Seite 17.)

Über das Ausmaß von Macht und Machtmißbrauch der multinationalen Konzerne berichtete Dan Gallin, Generalsekretär der Internationalen Union der Lebens- und Genußmittelarbeiter-Gewerkschaften (IUL): „Die größten unter ihnen haben Umsätze, die größer sind als der Staatshaushalt kleiner und mittlerer Nationen. Ihre Macht übertrifft die vieler Regierungen.“

Die multinationalen Konzerne seien eine Bedrohung der Demokratie, sagte Dan Gallin, wie Kennecott und ITT in Chile mit dem Sturz Allendes gezeigt hätten. Dagegen gebe es nur ein wirksames Mittel: den Aufbau weltweiter gewerkschaftlicher Gegenmacht. „Sie erfordert die größtmögliche Einheit, Geschlossenheit und Konzentration des verfügbaren gewerkschaftspolitischen, finanziellen und organisatorischen Einsatzes.“

In dem von der Gewerkschaft NGG betreuten Bereich sind es vor allem solche Giganten wie Unilever, Nestlé und Oetker, aber auch Tabak-, Brauerei- und Hotelkonzerne, die immer stärker dominieren. In den letzten vier Jahren sind in der Bundesrepublik 15 Prozent aller Betriebe der Nahrungs- und Genußmittelindustrie der Konzentration zum Opfer gefallen.

Der Gewerkschaftstag forderte eine „wirksame Kontrolle der nationalen und internationalen Konzerne“ durch gewerkschaftliche Gegenmacht. Es fehlte jedoch der Bezug auf Zusammenarbeit mit den starken Organisationen des Weltgewerkschaftsbundes. Eine andere Entschließung forderte schwärmerisch die „Vereinigten Staaten von Europa“, ohne die Rolle und die Interessen der „Multis“ in der EG zu erwähnen.

Abgesehen von den vielen Unzulänglichkeiten in der gesellschaftspolitischen Aussage des NGG-Kongresses, sind zahlreiche Forderungen in anderen Bereichen hervorzuheben: echte paritätische Mitbestimmung, Erhöhung des Arbeitslosengeldes, Vereinbarung einheitlicher Tarifverträge für Arbeiter und Angestellte, Kündigungsschutz und zeitweilige Freistellung gewerkschaftlicher Vertrauensleute, Verbreitung der Tarifautonomie und Verbot der Bildung bzw. Kontrolle von Pressemonopolen — um nur einige zu nennen.

Offensichtlich ist in der nahen Zukunft die Belebung der gesellschaftspolitischen und kritischen Standortdiskussion in der Gewerkschaft NGG nötig, um an gewerkschaftlichem Profil zu gewinnen. Das dürfte auch dazu beitragen, gute Beschlüsse wirksamer zu realisieren. Gerd Siebert

Landarbeiter fordern Angleichung der Löhne

Der Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) hätte ein Jubiläumskongreß werden können, denn die GGLF wurde vor genau 25 Jahren gegründet. Aber der Hauptvorstand verzichtete vernünftigerweise darauf und so blieb der 10. Gewerkschaftstag eine Arbeitstagung, an der neben zahlreichen Gästen aus dem In- und Ausland 114 Delegierte, davon 95 stimmberechtigt, teilnahmen. Über 90 Anträge und eine Reihe Entschlüsse, die sich auf den Gesamtumfang der Aufgaben der GGLF bezogen, lagen den Delegierten zur Diskussion und Beschlußfassung vor.

Schon in seiner Eröffnungsansprache deutete der Vorsitzende der GGLF, Alois Pfeiffer, die Schwerpunkte der Beratungen an: Die Anpassung der Land- und Forstarbeiterlöhne an die der in der Industrie Beschäftigten und die Humanisierung der Arbeitswelt.

Tatsächlich gibt es in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Gartenbau, was die Löhne und zum Teil auch, was die Arbeitsbedingungen angeht, einen erheblichen Nachholbedarf. Obwohl es der Gewerkschaft gelungen ist, die Ecklöhne in der Landwirtschaft seit 1970 um fast 52 Prozent zu erhöhen, liegen sie noch immer bei 5,84 DM — gegenüber den durchschnittlichen Tarifstundenlöhnen in der Industrie von 8,50 DM. Das ist eine Differenz von 2,69 DM je Stunde. Vergleicht man die Effektivlöhne, ist der Unterschied noch größer. Nicht viel besser steht es mit den Tariflöhnen für die Gärtnerarbeiten mit einem Ecklohn von 7,57 DM und denen der Forstarbeiter von 6,65 DM bzw. 7,65 DM bei Akkordarbeit.

Auf der anderen Seite hat sich die Gesamtlohnsumme einschließlich Naturallohnanteil und Versicherungsbeiträge seit zehn Jahren aufgrund der Rationalisierung und der gestiegenen Arbeitsproduktivität praktisch nicht verändert, sie stieg nur um 0,1 Prozent. Die Verkaufserlöse in der Landwirtschaft erhöhten sich dagegen um fast 40 Prozent.

Was die gewerkschaftspolitischen Anliegen betraf, so verhielt sich der Kongreß ausgesprochen reserviert und diskussionsmüde. Mit wenigen Ausnahmen wurden die Anträge und Entschlüsse ohne Diskussion verabschiedet, u. a. auch ein fragwürdiger Antrag, der den DGB auffordert, sich für eine Änderung des Tarifvertragsgesetzes im Sinne von Vorteilsregelungen für Gewerkschaftsmitglieder einzusetzen. Ferner beauftragte die Delegierten den Hauptvorstand, die Verabschiedung eines Bundeswaldgesetzes voranzutreiben und Initiativen für einen besseren Umweltschutz zu entwickeln.

Eine Ausnahme bildete lediglich die Diskussion über den sogenannten Holzernetttarif (HET), ein Akkordtarifvertrag der Forstarbeiter, der inzwischen wegen verschiedener Unzulänglichkeiten von der Gewerkschaft gekündigt wurde. Um die Frage, ob diese Kündigung aufrechterhalten oder aufgehoben werden sollte, gab es geradezu leidenschaftliche Auseinandersetzungen, nicht zuletzt um die grundsätzliche Einstellung zur Akkordarbeit überhaupt. Da sich der Gewerkschaftstag nicht einigen konnte, wurde beschlossen, eine Bundesforstarbeiterkonferenz einzuberufen, die sich speziell mit den Problemen der Akkordarbeit beschäftigen und endgültig über den HET entscheiden soll.

In seinem mündlichen Geschäftsbericht machte der Vorsitzende der GGLF, Alois Pfeiffer, einige bemerkenswerte Aussagen. So forderte er u. a., daß in agrarpolitischen Diskussionen die Lage der rund 100 000 Lohnarbeitskräfte stärker als bisher behandelt werden sollte. Eine durchaus berechtigte Forderung, denn bisher haben die Beschäftigten in der Landwirtschaft an den Förderungsmaßnahmen für die Bauern kaum Anteil gehabt.

Alois Pfeiffer wandte sich weiter gegen Vorstellungen, die Steuererleichterungen bei den kommenden Lohn- und Tarifforderungen zu berücksichtigen und warnte vor den zahlreichen Versuchen der Unternehmer und der CDU/CSU, die Tarifautonomie der Gewerkschaften zu durchlöchern. Er hob die aktive Mitarbeit aller Mitglieder und Funktionäre bei der Erreichung der gewerkschaftlichen Erfolge hervor und erklärte, daß die Ergebnisse nur möglich gewesen seien, weil es gelang, den Frieden zu erhalten.

Der Gewerkschaftstag bestätigte in geheimer Wahl mit großer Mehrheit den 1. Vorsitzenden Alois Pfeiffer und die beiden Stellvertreter Willi Lojewski und Josef Rothkopf auf weitere drei Jahre in ihren Ämtern.

5000 Werksärzte fehlen

Was in NACHRICHTEN schon bei der Verabschiedung des Gesetzes über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit festgestellt wurde, „daß auf unabsehbare Zeit die Bestimmungen des Arbeitssicherheitsgesetzes für Millionen Arbeiter und Angestellte nicht realisiert werden“ (siehe NACHRICHTEN Nr. 3/74), ist jetzt noch einmal regierungsamtlich bestätigt worden. Es fehlt nicht nur an Ärzten schlechthin, sondern vor allem an Ärzten, die über arbeitsmedizinisches und sozialmedizinisches Fachwissen verfügen. An den medizinischen Fakultäten der Bundesrepublik sind diese Fachdisziplinen bisher total unterentwickelt.

Nach den Richtlinien des Bundesarbeitsministers von 1966 soll für je 2500 Arbeiter und Angestellte ein Werksarzt zur Verfügung stehen. Heute kommt aber ein Werksarzt auf die fünffache Zahl, auf 12 500 Beschäftigte! Nur etwa 550 Ärzte sind hauptberuflich als Betriebsärzte tätig. Daneben haben noch 1200 niedergelassene Ärzte nebenberuflich einen Vertrag als Betriebsarzt.

Um die Bestimmungen des Arbeitssicherheitsgesetzes zu erfüllen, werden, so teilt der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft in seinen „Materialien zur Bildungsplanung“ mit, noch 10 000 Werksärzte benötigt, unter der Voraussetzung, daß davon die Hälfte vollamtlich als Betriebsarzt und die zusätzlich als Werksärzte tätigen weiteren 5000 niedergelassenen Ärzte im Höchstfall 50 Prozent ihrer Arbeitszeit ihren Aufgaben als Betriebsarzt widmen würden. Es fehlen also 5000 hauptamtliche Werksärzte!

Eine „Mediziner-Schwemme“ ist demnach in der Bundesrepublik in den nächsten Jahren mit Sicherheit nicht zu befürchten. Ärzte, nicht nur, aber vor allem Arbeits- und Sozialmediziner, werden dank des „Numerus clausus“ und der ganzen Misere im Bildungswesen Mangelware bleiben. Es ist klar, daß unter solchen Umständen ein umfassender vorbeugender Gesundheitsschutz weder im Betrieb noch allgemein verwirklicht werden kann.

Demokratische Bildungsreform und bessere, sichere und gesündere Arbeits- und Lebensbedingungen für Arbeiter, Angestellte und Beamte hängen so unmittelbar zusammen. Notwendig ist, daß in unserem Land endlich Bildung und soziale Wohlfahrt des arbeitenden Volkes vor Rüstung und Profit gehen. Bö.

Konzeptlosigkeit der IGBE bei Lösung der Energiekrise

Am 17. September 1974 fand in Dortmund der 8. Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE) statt. Dem Charakter des Gewerkschaftstages entsprechend, gab es dazu keine Neuwahl der Delegierten und keine Anträge oder Entschlüsse zur Beschlußfassung. Auf der Tagesordnung standen lediglich drei Referate.

W. Haferkamp, Vizepräsident der Europäischen Gemeinschaft, machte den 299 Delegierten wenig Hoffnung für die Zukunft. Er beklagte, daß die Regierungen, die Kommission und der Ministerrat der EG in der Öl- bzw. Energiekrise untätig gewesen seien. Dabei verschwieg er allerdings, daß dafür die Ölkonzerne um so aktiver waren und zusätzliche Milliarden Gewinne einsteckten. Die Folge der neuen Lage auf den Energie- und Rohstoffmärkten wären „Anpassungsschwierigkeiten, geringeres Wachstum der Industrieproduktion mit Arbeitslosigkeit und Abschwächung der Einkommensentwicklung“. Für einen längeren Zeitraum müßten die Arbeiter und Angestellten den Gürtel enger schnallen, mehr sparen und weniger verbrauchen.

Haferkamp, ehemaliger Gewerkschaftsfunktionär, empfahl den Bergarbeitern also das gleiche wie die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände: zugunsten höherer Investitionen der Konzerne den Konsum einzuschränken.

Die Delegierten Weber und Fröse wiesen in der Diskussion darauf hin, daß die IGBE konsequent für die allgemeine Verbesserung der Lage der Bergarbeiter kämpfen müsse und gegen die auf Profit ausgerichtete Energiepolitik der Konzerne, der Regierung und der Europäischen Kommission, die Betriebe und Unternehmen in Gemeineigentum zu überführen seien. Nichts anderes sei auch im Paragraph 5 der IGBE-Satzung festgelegt. Nur dadurch könne die Energieproduktion, den Interessen der Bevölkerung entsprechend, sinnvoll entwickelt werden.

Hauptvorstandsmitglied Alker lehnte bei der Einschätzung des Betriebsverfassungsgesetzes '72 die Kampfparolen der Unternehmer gegen die Gewerkschaften ab, betonte den Kompromißcharakter des Gesetzes und legte im einzelnen dar, wie die IGBE es genutzt habe. Eigenartig mutet allerdings die Meinung Alkers an, daß eine Verbesserung des Gesetzes notwendig sei, um den „friedlichen Konkurrenzkampf mit der kommunistischen Ordnung“ zu „Bewußtseinsbildung und politischem Einsatz“ zu nutzen. Als ob es nicht vielmehr darauf ankäme, das Betriebsverfas-

sungsgesetz als Mittel zur Einschränkung der Willkürherrschaft des Kapitals zu verbessern.

Was Alker meinte, verdeutlichte IGBE-Vorsitzender Schmidt in seinem Referat: „Wir, die IG Bergbau und Energie, wenden uns nicht gegen die Wirtschaftsordnung, in der wir leben, im Gegenteil.“ Dabei unterstrich er unmißverständlich die Beteiligung der Gewerkschaft an der Bildung des kapitalistischen Konzerns Ruhrkohle AG, sowie des größten Braunkohlekonzerns Europas im Rheinland und bei der Kapitalkonzentration der August-Thyssen-Hütte, wodurch der größte europäische Stahlproduzent entstanden ist.

Für den Steinkohlebergbau forderte Schmidt einen gesicherten jährlichen Absatz von 96 Millionen Tonnen und eine Überprüfung der Stilllegungspläne der RAG, wobei er allerdings meinte, daß sich einige Zechenstilllegungen trotz steigender Nachfrage nach Kohle nicht vermeiden ließen. Der IGBE-Vorsitzende lobte besonders das Kohleforschungsprogramm der Bundesregierung, an dem seine Gewerkschaft mitgearbeitet habe. Schmidt verwies auf einen Abgang von 15 000 Mitgliedern aus der Organisation als Folge der Zechenstilllegungen, konnte aber unterstreichen, daß in den verschiedenen Bereichen der IGBE der Organisationsgrad 85 bis 96 Prozent betrage.

In der Diskussion nach diesem Referat kamen drückende Sorgen der Bergarbeiter zutage, so die Versorgung früh an Silikose erkrankter Bergarbeiter, das Problem der Hausbrandkohle für Invaliden und vor allem Lohn-, Urlaubs- und Arbeitszeitfragen. Der Delegierte Lebiarchik forderte den Einsatz der IGBE für einen Urlaub von 30 Werktagen und die Verwirklichung der Forderung nach der Vier-Tage-Woche.

Der Ablauf des Gewerkschaftstages der IGBE widerspiegelte die Tatsache, daß weder die Regierung noch die Gewerkschaft ein Konzept hat, um der Energiekrise wirksam zu begegnen. Der Bergbau in der BRD und die Lage der Bergarbeiter bleiben weiter im Zwielicht der krisenhaften Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

J. L.

PERSONALIEN

Hans Faltermeier, Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der Gewerkschaft ÖTV, ist wegen angeblicher Tätigkeit für einen „fremden Geheimdienst“ verhaftet worden. „Offen ist die Frage nach der Schuld oder Unschuld des Verdächtigen“, erklärte dazu der ÖTV-Vorsitzende, Heinz Kluncker, in einem Rundschreiben an die Funktionäre der Gewerkschaft. „Von den mir im Zuge dieses Ermittlungsverfahrens zugegangenen Informationen abgesehen, habe ich während der vielen Jahre der Zusammenarbeit mit Hans Faltermeier zu keiner Zeit auch nur den geringsten Verdacht geheimdienstlicher Aktivitäten gegen ihn gehegt.“

Alois Pfeiffer, Vorsitzender der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, vollendete am 25. September 1974 sein 50. Lebensjahr. Pfeiffer ist seit 1949 hauptamtlich für die GGLF tätig. Im Jahre 1966 erfolgte seine Wahl in den geschäftsführenden Hauptvorstand. 1969 wurde er vom Hauptauschuß der GGLF einstimmig zum Vorsitzenden der Gewerkschaft gewählt und vom 9. ordentlichen Gewerkschaftstag 1971 in dieser Funktion bestätigt; die einstimmige Wiederwahl erfolgte soeben auf dem 10. Gewerkschaftstag. Pfeiffer ist auch Präsident der Europäischen Föderation der Agrarischen Gewerkschaften.

Wolfgang Windgassen, von 1966 bis 1973 Vorsitzender der DGB-Gewerkschaft Kunst, ist Anfang September im Alter von nur 60 Jahren gestorben. Windgassen, ein weltberühmter Sänger, hat sich viele Jahre auch als Personalrat und in verschiedenen Funktionen für gewerkschaftliche Belange, insbesondere für die soziale Sicherheit seiner Berufskollegen, eingesetzt.

Hohlglasindustrie: 12 Prozent mehr Lohn

Für die Beschäftigten der hohlglaszeugenden Industrie in Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen kam es am 16. September in der zweiten Schlichtungsinstanz zu einem Tarifabschluß. Rückwirkend ab 1. August 1974 tritt der neue Tarifvertrag, der eine Laufzeit von 12 Monaten hat, in Kraft. Die Löhne erhöhen sich linear um 72 Pfennig je Stunde, und die Gehälter werden um 12 Prozent angehoben. Eine weitere Verbesserung ist die Beseitigung der Lohngruppe 1. Im 1. und 2. Ausbildungsjahr erhöhen sich die Vergütungen um 70 und im 3. und 4. Ausbildungsjahr um 75 DM monatlich.

Zwei Jahre DGB-Prüfsteine: Ein aktuelles Reformprogramm

Vor zwei Jahren hat der DGB-Bundesvorstand acht Prüfsteine zur Bundestagswahl 1972 beschlossen und veröffentlicht, die in ihrer Gesamtheit ein aktuelles demokratisches und soziales Reformprogramm sind. Die Einleitung dazu beginnt mit der Feststellung: „Die Gesellschaft, in der wir leben, ist reformbedürftig.“ Auch heute noch ist dieser Satz uneingeschränkt zutreffend.

Sicher hat die Bonner SPD/FDP-Koalition in den zwei Jahren seit der letzten Bundestagswahl Gesetze verabschiedet, die als „Reformgesetze“ deklariert, in diesem oder jenem Bereich die Rechte und die soziale Situation der Arbeiter und Angestellten verbessert haben. Aber eine grundlegende, umfassende demokratische und soziale Reform zugunsten der Arbeiterklasse, wie sie in den auf den Grundsatz- und Aktionsprogrammen des DGB basierenden Prüfsteinen anvisiert ist, wurde nicht damit eingeleitet, geschweige denn verwirklicht.

Das wird in geradezu klassischer Form sichtbar durch die Auseinandersetzung um die Mitbestimmung, speziell die paritätische Mitbestimmung in den Großunternehmen. Der DGB hat diese Forderung, wie es in den Prüfsteinen heißt, „nicht umsonst“, als „Prüfstein Nr. 1“ an die erste Stelle gesetzt. Die CDU/CSU vertritt in der um diese Forderung entbrannten Auseinandersetzung, wie immer, offen die Interessen des Großkapitals, das sich seine wirtschaftliche Macht und seine Profite nicht schmälern lassen will. Aber auch der Gesetzentwurf der SPD/FDP-Regierung läuft darauf hinaus, den Arbeitern und Angestellten die paritätische Mitbestimmung vorzuenthalten und durch den Ausbau der Gruppen-Sonderrechte die Arbeiterklasse zu spalten und zu schwächen.

Auch die Bildungsreform (Prüfstein Nr. 3) kommt kaum vom Fleck. Dabei wurde sie zu Beginn der Regierungstätigkeit der SPD/FDP-Koalition an die Spitze des Programms der „inneren Reformen“ gestellt. Seither hat die Ministerialbürokratie eine nicht geringe Zahl von Bildungsreformplänen und -konzeptionen produziert, die jedoch in keiner Weise den DGB-Forderungen entsprechen. Bisher sind alle Bildungspläne und -konzeptionen nicht nur daran gescheitert, daß die immer wieder erhöhten Ausgaben für Rüstung, NATO und Subventionen für die großen Konzerne nicht genügend Geld für die Bildung lassen, sondern auch am offenen und versteckten Widerstand bildungsfeindlicher, reaktionärer Kräfte in allen drei Bundestagsparteien, deren Fronde beim Kesseltreiben gegen

demokratische und sozialistische Lehrer und Wissenschaftler offen zutage tritt.

Von besonders brennender Aktualität ist die im DGB-Prüfstein Nr. 5 (Wirtschaftspolitik) gestellte Forderung nach Sicherung der Vollbeschäftigung. Sichere Arbeitsplätze — das war und ist seit jeher eine grundlegende Voraussetzung für die soziale Sicherheit der Arbeiter überhaupt. Doch seit mehr als einem dreiviertel Jahr gibt es in unserem Land über eine halbe Million Arbeitslose und Kurzarbeiter. Hunderttausende ausländischer Kollegen haben ihren Arbeitsplatz verloren.

Damit wird erneut bestätigt, daß das großkapitalistische System in der Bundesrepublik so wenig wie in anderen Ländern sichere Arbeitsplätze garantieren kann. Schein-optimistische Sprüche von Kanzler Schmidt, „unsere Arbeitsplätze sind sicher“, können diese Tatsache weder wegwischen, noch helfen sie den Arbeitslosen und Kurzarbeitern. Auch das erst nach langem Drängen des DGB gestartete 900-Millionen-Konjunkturprogramm dürfte nicht ausreichen. Notwendig sind Maßnahmen zur Stärkung der Massenkaufkraft. So die Förderung der aktiven gewerkschaftlichen Tarifpolitik und „umfassende Maßnahmen zur Erringung der Preisstabilität“, wie sie der DGB in seinen Prüfsteinen fordert.

Wie die Arbeitslosigkeit, versucht Kanzler Schmidt auch die inflationäre Entwicklung mit dem Hinweis zu beschönigen, der Preisanstieg sei in der BRD geringer als in den 23 anderen OECD-Staaten. Abgesehen davon, daß er und andere Bonner Politiker schamhaft darüber schweigen, daß es in den sozialistischen Staaten absolute Preisstabilität, ja sogar Preissenkungen gibt, wird der Kaufkraftverlust durch derartige Erklärungen für die Arbeiter, Angestellten und Rentner nicht erträglich. Was not tut, sind Maßnahmen, mit denen die Preistreiber der großen Konzerne, Banken und Grundbesitzer unterbunden wird. Doch Bonn heizt das Preisklima noch mit eigenen Maßnahmen, so durch Postgebührenerhöhung und auf dem Mietsektor, an.

Die SPD/FDP-Koalition hatte die Steuerreform zu einem Renommiergesetz hochstilisiert. In den Prüfsteinen wird dazu gefordert: „Das Steuerrecht muß durch eine umfassende Steuerreform unverzüglich vereinfacht und sozial gerechter werden, indem eine Umverteilung der Steuerlast zugunsten der unteren Einkommen erfolgt.“ Diesen Anforderungen wird das Einkommenssteuerreformgesetz jedoch nicht gerecht. Zwar heißt es, dadurch würden die kleinen Einkommen 1975 um 11 bis 14 Milliarden DM entlastet. Damit aber wird die in den letzten zehn Jahren erfolgte ungerechte Steuerumschichtung zu Lasten der Arbeiter und Angestellten keineswegs rückgängig gemacht! Allein 1974 müssen die Arbeiter und Angestellten nach Schätzungen der Bundesregierung 13 Milliarden DM Steuern mehr als im Vorjahr zahlen.

Wie wenig sozial die Steuerreform ist, zeigt ein solches Detail: Die „Bewirtungsspesen“, die vornehmlich den Unternehmern und ihren Managern zugute kommen, können weiter von der Steuer abgesetzt werden. Die Abzugsfähigkeit der Mehraufwendungen für Krankendiätkost wurde dagegen gestrichelt! Der Reichsbund, eine Rentnerorganisation, die der SPD/FDP-Koalition nahesteht, sah sich veranlaßt, den Bundesrat aufzufordern, die Steuerreform auch wegen ihrer unsozialen Aspekte für Behinderte und Kriegerwitwen abzulehnen.

„In der Bundesrepublik darf künftig niemand ungerechtfertigte Gewinne aus der Verknappung von Bauland erzielen.“ Auch das fordert der DGB in seinen Prüfsteinen. Doch die großen Bodenbesitzer machen weiter horrenden Gewinn auf Kosten der Mieter, kleinen Hausbesitzer und Gemeinden. Die lange angekündigte Einführung einer Bodenwertzuwachssteuer, die zwar das Steigen der Bodenpreise nicht gestoppt, sondern nur einen Teil der daraus resultierenden Gewinne in die Gemeindekassen umgeleitet hätte, wurde von der Schmidt/Genscher-Regierung ebenfalls auf die nächste Legislaturperiode verlagert.

Das sind nur wenige Beispiele, daß die in den Prüfsteinen enthaltenen Forderungen nach wie vor auf der Tagesordnung stehen. Für die Gewerkschaften kann es gegenüber Regierung, Parlament und Parteien nur eine „Meßlatte“ geben: Ihre eigenen berechtigten und begründeten Forderungen. Eine kritische Prüfung läßt keinen Zweifel: Die demokratischen und sozialen Forderungen der Gewerkschaften sind in der Tätigkeit von Regierung und Parlament in Bonn unterrepräsentiert. Das gilt besonders für eine solche Grundsatzforderung aus den DGB-Prüfsteinen: „Schlüsselindustrien und marktbeherrschende Unternehmen sind öffentlicher Kontrolle zu unterwerfen und in Gemeineigentum zu überführen.“ Bf.

Offensive der Unternehmer: Kontakt-Gruppen vor Ort

Die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) hat nicht nur mit ihrem Entwurf einer „Erklärung zu gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen“ ein Programm des sozialen und politischen Rückschritts formuliert (siehe NACHRICHTEN Nr. 9/74, S. 17/18), sondern schon im Juni ein Dokument „Neue Formen unternehmerischer Aufklärungsarbeit an der Basis, Aufbau und Aufgaben der Unternehmer-Kontakt-Gruppe vor Ort — Eine Gedanken- und Anleitungsskizze für die Praxis“ veröffentlicht.

Das Dokument sieht vor, durch eine umfassende Propagandaoffensive die Machtpositionen der Unternehmer zu festigen und auszubauen. Alle Unternehmer sind von der BDA aufgerufen, sich für die Verteidigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung einzusetzen. „Von der Aufgabe, die Öffentlichkeit systematisch aufzuklären, ist kein ‚Freikaufen‘ möglich, etwa durch Spenden an Institutionen oder Werbeträger, die sich für die unternehmerische Idee einsetzen oder vorgeben dies zu tun.“

Nach ihren Aussagen will die BDA jetzt in ihrer Informationspolitik zweigleisig fahren. Sie beabsichtigt, wie bisher durch Erklärungen, Stellungnahmen und Verlautbarungen auf die Massenmedien einzuwirken, zugleich aber durch eine umfassende Aufklärungsarbeit an der Basis sich den Fragen der Öffentlichkeit zu stellen. Die Losung lautet für sie, auf einen kurzen Nenner gebracht: „Unternehmer selbst an die Front!“ Nach Auffassung der BDA kommt es jetzt darauf an, „die Belange des eigenen Berufsstandes und seine Anliegen in einem politisch zugespitzten Klima plausibel zu machen“.

Die BDA ermuntert die Unternehmer, der Öffentlichkeit zu erklären, wie ein Betrieb funktioniert, wie er sich auf die Zukunft vorbereitet, welche Anstrengungen er unternimmt, um die soziale Infrastruktur auszubauen usw. Zugleich soll der Öffentlichkeit weisgemacht werden, daß die unternehmerische Freiheit zugleich auch Freiheit für jeden einzelnen und die Gesellschaft bedeutet.

Für die „Basis-Versorgung mit unternehmerischen Argumenten und Informationen“ kommen nach Meinung der BDA in Frage:

- Örtliche Vereine, Verbände, Klubs, studentische, politische und kulturelle Gruppierungen, aber auch alle anderen Vereinigungen von gesellschaftlicher und meinungsbildender Bedeutung im Umfeld.
- Gewerkschaften

- Ortsverbände der Parteien
- Öffentliche Verwaltung
- Kirchen
- Schulen und Bildungsstätten aller Typen
- Stätten der sonstigen Jugend- und Erwachsenenbildung
- Jugendzentren, Lehrlingszentren
- Standesorganisationen und Berufsgruppen
- Journalisten der Medien (Presse, Funk, Fernsehen)

Aus dieser Aufstellung ist ersichtlich, daß die Unternehmer alle Bereiche mit ihrer Propaganda berieseln wollen, und zwar mit den verschiedensten Formen, angefangen vom Informationsgespräch über Vorträge, Referate, Diskussionsbeiträge, Forums- und Podiumsdiskussionen bis hin zu Pressekonferenzen und Leserbriefen an die örtlichen Zeitungen.

Eine wichtige Rolle spielt bei der unternehmerischen Zielsetzung der Betriebe. Vor allem die Betriebsbesuche sollen in Zukunft so gestaltet werden, daß die Besucher von der Leistung der Unternehmer beeindruckt werden. Neben den bisherigen traditionellen Besuchern wie Schüler, Studenten und auswärtige Besucher sollen jetzt gezielt Richter und Staatsanwälte, Beamte, Frauenvereine, Ärzte und konfessionelle Gruppen mit ihren Pfarreien eingeladen werden.

Darüber hinaus sollen die Beschäftigten in Betriebsversammlungen, über Meister- und Gruppengespräche, durch „Briefe an die Mitarbeiter“ und nicht zuletzt durch die firmeneigenen Zeitschriften beeinflusst werden. Sollte eine betriebseigene Zeitschrift nicht bestehen, so empfiehlt die BDA den Bezug überbetrieblicher Zeitschriften wie „Heim und Werk“, „Werk und Leben“ sowie von „aktiv“. Die „Zielgruppen vor Ort“ sollen auch mit Druckschriften, Broschüren, Faltblättern usw. bearbeitet werden. Den Unternehm-

mern wird eine Literaturübersicht zur Verfügung gestellt. Um keine Versorgungslücken aufkommen zu lassen, soll ein genügender Vorrat angelegt werden.

Der organisatorische Rahmen für diese umfassende Propaganda und Agitation sollen die „Unternehmer-Kontakt-Gruppen“ sein als „Sammelbecken und Operationsbasis für die neue unternehmerische Aufklärungsarbeit“. Dringend wird an alle Unternehmer appelliert, sich bei dem Aufbau dieser neuen Kampforganisation an der Basis nicht viel Zeit zu lassen, denn „die Unternehmer befinden sich bei der Abwehr extremer Ordnungsvorstellungen und der Durchsetzung freiheitsbewahrender neuer Ordnungsperspektiven in einem Wettlauf mit der Zeit“.

Um diese Unternehmer-Kontakt-Gruppen zu befähigen, schnell mit der Arbeit zu beginnen, sollen die in der Kontakt-Gruppenarbeit Mitwirkenden neben intensiver schriftlicher Information auch in den Bildungswerken „der Wirtschaft“ geschult werden, von denen in der Bundesrepublik und Westberlin rund 20 bestehen. Die Bildungswerke sind angehalten, den Unternehmer-Kontakt-Gruppen im Bedarfsfalle besondere Termine zur geschlossenen Besichtigung anzubieten oder sie in ihrem allgemeinen Programm vorzumerken.

Weiterhin werden die Unternehmer-Kontakt-Gruppen auch darauf orientiert, die öffentliche Auseinandersetzung mit „politisch extremen Gruppen“ aufzunehmen und sich darauf vorzubereiten, in deren öffentlichen Ortsveranstaltungen das Wort zu ergreifen. Es gelte dabei, darauf zu achten, daß die Berichterstattung in der örtlichen Presse darauf eingeht. „Wichtig ist, daß an solchen Veranstaltungen mehrere Mitglieder einer Unternehmer-Kontakt-Gruppe gemeinsam teilnehmen und sich in die Diskussion einschalten.“

Zur ständigen Betreuung der Unternehmer-Kontakt-Gruppe soll vom Unternehmerverband ein freier Mitarbeiter gewonnen werden, der dafür honoriert werden und vom Geschäftsführer „jede ideelle, sachliche und arbeitstechnische Unterstützung erhalten“ soll. Der Betreuer soll die Mitglieder der Gruppe auf ihre Aufklärungsarbeit vorbereiten, sowie Einsatz- und Aktionspläne entwickeln.

Wir können feststellen, daß die BDA versucht, die Klassenauseinandersetzung zu forcieren, um den Interessen der Arbeiter und Angestellten sowie ihrer Organisationen entgegenarbeiten zu können. Angesichts der schier unerschöpflichen materiellen Möglichkeiten der Unternehmer und ihrer Verbände dürfen diese Aktivitäten unter keinen Umständen unterschätzt werden. hsch.

Bonn dreht am Mieten-Karussell „Sozial“-Mieten steigen am stärksten

Das „Mieten-Karussell“ dreht sich weiter. Angekurbelt wird es nicht nur von den großen Boden- und Hausbesitzern, sondern auch von Regierung und Parteien in Bonn. Da sind die einen Mieterhöhungsmaßnahmen noch nicht einmal abgeschlossen (siehe NACHRICHTEN Nr. 7/74, S. 28), und schon sind neue in Vorbereitung. Die Lobby der großen Hausbesitzer und der Wohnungswirtschaft ist in Bonn pausenlos am Wirken: Die Mieter sollen zahlen, mehr zahlen, damit auch bei nachlassender Konjunktur im Wohnungsbau der Gewinn „stimmt“.

Das ist es, was auf die Mieter der Bundesrepublik an von Bonn „verordnen“ Mietsteigerungen zukommt: Gekoppelt mit dem Zweiten Wohnungskündigungsschutzgesetz soll ab 1. Januar 1975 im Mietvertrag eine „Mietpreisklausel“ zulässig sein, die – so wird vom Deutschen Mieterbund festgestellt – durch automatische Mieterhöhungen „den Mietanstieg erheblich beschleunigen“ würde. Ferner soll dann die „ortsübliche Vergleichsmiete“ durch sogenannte Sachverständigen-Gutachten ermittelt werden, die sich weder an Vergleichswohnungen, noch an kommunalen Mietwert-Tabellen orientieren, wie es der Mieterbund fordert. Da die „Sachverständigen“-Gutachter fast ausschließlich Makler und Architekten sein würden, wären die Gutachten mit Sicherheit ein zusätzliches Mittel ständiger Mieterhöhungen.

Sprunghaft stiegen die Mieten in die Höhe, wenn Hausbesitzer, wie im Gesetz vorgesehen, das Recht erhalten, ihr Eigenkapital bis zur Höhe der Hypothekenzinsen zu verzinsen und entsprechend auf die Miete aufzuschlagen. Auch Modernisierungskosten sollen die Hausbesitzer ab Beginn des nächsten Jahres unbegrenzt umlegen können, was ebenfalls für viele Mieter die Wohnung gepfeffert verteuern würde. Schließlich soll Hausbesitzern das „Recht“ gegeben werden, freiwerdende Wohnungen zu einer von ihnen willkürlich festgesetzten „freien“ Miete wiederzuvermieten.

Für „Sozialwohnungen“ sind gleich zwei Erhöhungen in Vorbereitung: Ab 1. Januar 1975 können die Hausbesitzer höhere Beträge für Verwaltungs- und Instandhaltungskosten kassieren. Der Höchstbetrag der Verwaltungskostenpauschale pro Wohnung und Jahr soll zu diesem Zweck von 120 DM auf 180 DM, also um 50 Prozent, heraufgesetzt werden. Der Höchstbetrag für die Instandhaltungskostenpauschale soll dagegen gestaffelt von jetzt pro Quadratmeter und Jahr 5,10 DM auf 5,70 DM

bis 7,10 DM, also bis zu fast 40 Prozent erhöht werden. Das macht insgesamt ab 1. Januar nächsten Jahres pro Quadratmeter eine Steigerung der Monatsmiete um 0,20 DM bis 0,30 DM, was für den Mieter einer „Sozialwohnung“ mit 60 Quadratmeter Wohnfläche eine Mieterhöhung von 12 bis 18 DM bedeutet.

Doch, das ist noch nicht alles. Für die Bewohner der älteren, von 1948 bis 1962 geförderten „Sozialwohnungen“ soll dazu noch eine weitere Mietsteigerung kommen. Durch eine Änderung des Wohnungsbindungsgesetzes haben die Länder die Möglichkeit erhalten, die Zinsen der für diese älteren Wohnungen gegebenen Darlehen zu erhöhen. Daraus können sich Mieterhöhungen bis zu 0,80 DM pro Quadratmeter ergeben!

Wie in Bremen durchgesickert ist, hat die dortige SPD-Landesregierung schon Vorbereitungen getroffen, um von dieser Ermächtigung Gebrauch zu machen. Für 45 000 ältere „Sozialwohnungen“ sollen die Darlehenszinsen erhöht und zusätzlich die Zins- und Tilgungsbeihilfen gekürzt werden, mit denen die Landesregierung den Baugesellschaften vor Jahren Investitionen im sozialen Wohnungsbau erleichterte.

Durch diese von der Bremer Landesregierung schon vorprogrammierte zweite Erhöhung sollen die Mieten der älteren „Sozialwohnungen“ noch zusätzlich um weitere 0,30 DM pro Quadratmeter heraufgesetzt werden. Bei einer 60-Quadratmeter-Wohnung würde das also insgesamt eine Steigerung um 30 DM bis 36 DM ergeben. Allerdings soll in Bremen die zweite Mieterhöhungs-Welle für „Sozialwohnungen“ erst zum 1. Januar 1976 die Mieter überrollen; denn im Herbst 1975 sind hier Senatswahlen!

Schon einmal, 1968, sind auf diese Weise die Mieten für die älteren „Sozialwohnungen“ erhöht worden, damals

wurden durch ein Gesetz, an dessen Zustandekommen der SPD-Wohnungsbauexperte Werner Jacobi maßgeblich beteiligt war, die Zinsen der bis zum 31. Dezember 1959 für den sozialen Wohnungsbau gewährten Bundes- und Länderdarlehen heraufgesetzt. Das Resultat waren Mietsteigerungen bis zu 0,35 DM pro Quadratmeter.

Auf diese unsoziale Weise sollen nun die Mieten der älteren „Sozialwohnungen“ an die der neuen „Sozialwohnungen“, die schon über 4 DM pro Quadratmeter liegen, „herangeführt“ werden. Welche Perspektiven es hier für die Mieter gibt, macht die Feststellung des Mieterbundes deutlich, daß in einzelnen Bundesländern bis 1985 eine Erhöhung der „Sozial“-Miete auf 12 DM pro Quadratmeter „vorprogrammiert“ ist, nachdem schon im letzten Jahr – Juni 1973 bis Juli 1974 – die Mieten im „sozialen Wohnungsbau“ um etwa 50 Prozent stärker angestiegen sind „als die Neubaumieten im freifinanzierten Wohnungsbau“.

Die Zinserhöhung für die alten staatlichen Wohnungsbaudarlehen ist ein besonderer Skandal. Da haben Millionen Arbeiter, Angestellte und Rentner vor zwölf und mehr Jahren eine damals wirklich noch soziale Wohnung bezogen in der Gewißheit, daß ihnen der Bonner „Sozialstaat“ eine niedrige Miete garantiert, zumal ja zu der Zeit auch noch die Boden-, Bau- und Darlehenskosten allgemein geringer waren als heutzutage. Gerade dieser Staat aber schröpft sie jetzt ungeniert und treibt gerade die Mieten für ältere „Sozialwohnungen“ schon zum zweitenmal zusätzlich herauf!

Keinem anderen Darlehensgeber würde es gestattet sein, auf diese Weise willkürlich die Zinsen für seine Darlehen zu erhöhen. Mit Recht würde man das Wucher nennen! Da preisen die Bonner Politiker, daß sie Arbeitern und Angestellten etwas von der Steuerprogression ab Januar 1975 ablassen, die seit mehr als zehn Jahren jede reale Lohn- und Gehaltserhöhung weitgehend mit Zunichte gemacht hat. Zugleich aber werden Vorbereitungen getroffen, um durch Mieterhöhungen und andere Preiserhöhungen den Arbeitern und Angestellten die „gesparte“ Steuer wieder aus der Tasche zu ziehen.

Das alles ist das Gegenteil von einer „sozialen Reformpolitik“, vom Ausbau und der Verbesserung der sozialen Sicherheit. Eine solche Politik würde Maßnahmen erfordern, die die Mieten stabilisieren, jede Mieterhöhung stoppen, überhöhte Mieten senken und leerstehende Wohnungen den wohnungssuchenden Arbeiter- und Angestelltenfamilien, Alten und Behinderten zu tragbaren Mieten zur Verfügung stellen.

Bö.

DDR – vor 25 Jahren totgesagt, heute von 111 Staaten anerkannt

Von unserem DDR-Korrespondenten Claus Friedrich

Am 7. Oktober beging die DDR als sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern und der mit ihnen verbündeten gesellschaftlichen Kräfte ihren 25. Geburtstag. Dieses Vierteljahrhundert brachte unbestreitbare Erfolge auf allen Gebieten. Den maßgeblichen Anteil daran hat die Arbeiterklasse. Von entscheidender Wichtigkeit ist auch die enge Zusammenarbeit der DDR mit der Sowjetunion und den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft. Sprachen noch 1949 die Unternehmer an Rhein und Ruhr davon, daß die DDR das erste Jahr nicht überleben werde, so sind sie heute eines Besseren belehrt.

An den offiziellen Feierlichkeiten nahmen in diesem Jahr auch die diplomatischen Vertreter der kapitalistischen Welt teil, die so viele Jahre die DDR nicht zur Kenntnis nehmen wollten. Zum 25. Jahrestag kann sachlich registriert werden, daß die DDR mit 111 Staaten diplomatische Beziehungen unterhält und ihren Platz in den Vereinten Nationen gefunden hat.

Wenn ein hier in der DDR-Hauptstadt akkreditierter BRD-Korrespondent meinte, ironisch von den Glücksgefühlen schreiben zu müssen, die die Menschen in der DDR im Zusammenhang mit dem Jubiläum haben, dann kann diese Auslassung nicht die historische Wahrheit zudecken, daß dieses Land sich mit seiner sozialistischen Entwicklung gegen die Kräfte des Imperialismus durchsetzen mußte, die vor allem von der BRD aus wirkten.

Manche Leute wollen darüber heute nicht sprechen – als hätten sie nie die Konzeption gehabt, die DDR aus den Angeln zu heben, und zwar mit allen Mitteln. Diese reichten von der militärischen Drohung über die wirtschaftliche Aggression bis hin zum politischen Boykott und zu ideologischer Diversion. Um nur ein Beispiel zu nennen: Auf dem Höhepunkt des kalten Krieges agierten von Westberlin aus an die 90 Agenten- und Sabotagezentralen gegen die DDR. Die Niederlage dieser imperialistischen Politik ist in der Tat ein Grund für die Glücksgefühle aller klassenbewußten Arbeiter, keineswegs allein bei denen der DDR, denn dadurch gelang es, den Frieden in Europa sicherer zu machen.

Ein Blick zurück auf den Zeitpunkt der Gründung der DDR: 45 Prozent der Industrieanlagen und 70 Prozent der Kapazität der Energie-Erzeugung waren durch den Hitlerkrieg zerstört oder schwer beschädigt worden. Die Wirtschaftsstruktur war durch empfindlich wirkende Disproportionen – beispielsweise zwischen der metallverarbeitenden und der damals nur schwach vor-

handenen metallherstellenden Industrie – gekennzeichnet. Bestimmte wichtige Erzeugnisse fehlten überhaupt. Maschinen waren in der Landwirtschaft kaum vorhanden.

Die Herrschenden in Wirtschaft und Politik an Rhein und Ruhr sahen diese Seite, wenn sie bei der Gründung davon ausgingen, daß die Existenz der DDR wohl kaum von langer Dauer sein würde. Westdeutsche Zeitungen schrieben damals sogar, daß die DDR im Grunde nur von der „Ruinenfledderei“ lebe. Keineswegs rechneten sie mit der Kraft, die die von der SED geführte Arbeiterklasse aufzubringen vermochte.

25 Jahre DDR waren in der Tat 25 Jahre wachsender Leistungen der Arbeiterklasse auf den verschiedensten Gebieten, und zwar Leistungen für eine sozialistische Umgestaltung. Dieser Nachsatz macht den qualitativen Unterschied gegenüber jenen Ländern aus, wo die Arbeitsleistung der Arbeiter und Angestellten – gegen deren Willen – in der Bundesrepublik sprach man damals sogar vom „Sozialismus als Tagesaufgabe“ (Kurt Schumacher) – dazu führte, die alten kapitalistischen Machtverhältnisse wieder zu festigen.

Anläßlich des 25. Jahrestages der DDR hob DDR-Regierungschef Horst Siederemann die fruchtbare Zusammenarbeit von Ministerrat und Gewerkschaften hervor. Besonders die Vorschläge und konkreten Hinweise der Gewerkschaften zu Fragen der Wirtschaft, der Verbesserung der Arbeitsbedingungen, des Unfallschutzes, der gesundheitlichen Betreuung der Werktätigen sowie für andere aus gewerkschaftlicher Sicht erforderlichen Maßnahmen des Staates seien „für die Arbeit des Ministerrats unentbehrlich“.

Dieses Zusammenwirken schließt, wie der Vorsitzende des FDGB-Bundesvorstandes, Herbert Warnke, betonte, „nicht aus, sondern setzt geradezu voraus, daß die Gewerkschaftsfunktionäre mit Sachkenntnis und Hartnäckigkeit

den gewerkschaftlichen Standpunkt vertreten, sich beharrlich zum Sachwalter der begründeten Vorschläge und Kritiken der Werktätigen machen und Auseinandersetzungen mit bürokratischen oder anderen falschen Arbeitspraktiken einzelner staatlicher Leiter nicht scheuen“.

25 Jahre DDR beweisen: Der real existierende Sozialismus auf deutschem Boden hat ein solides Fundament! Die Gewerkschaften in diesem sozialistischen Staat werden alles tun, um darauf zum Wohle der Arbeiterklasse aufzubauen.

Gewerkschafter im Ostseeraum: Abrüstung

Am 27. und 28. September 1974 tagte in Rostock-Warnemünde das Ständige Komitee der Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands. Gegenstand der Beratung waren die Auswertung der 17. Arbeiterkonferenz und die Aufgaben in Vorbereitung der 18. Konferenz, die in der ersten Juli-hälfte 1975 in Rostock stattfinden wird.

Wie aus einem Kommuniqué hervorgeht, forderte das Ständige Komitee, „daß die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa schnellstens durch Verhandlungen auf höchster Ebene mit konkreten Ergebnissen für Frieden, Sicherheit und Entspannung abgeschlossen und die politische durch die militärische Entspannung ergänzt wird. Dadurch wird es der Arbeiterbewegung leichter, ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen.“ Die Fragen der Abrüstung würden weiterhin zunehmende Bedeutung erlangen.

Aus Anlaß des 25. Jahrestages der Gründung der DDR sprach der stellvertretende Vorsitzende des FDGB-Bundesvorstandes, Wolfgang Beyreuther, zu den Mitgliedern des Ständigen Komitees. Es sind dies Mitglieder und Funktionäre der in den Ostseeanliegerstaaten sowie in Norwegen und Island wirkenden Gewerkschaften.

„Wir als Gewerkschafter sind besonders froh darüber“, sagte Beyreuther, „daß sich auch auf gewerkschaftlichem Gebiet die Zusammenarbeit zwischen Organisationen unterschiedlicher Orientierung und internationaler Zugehörigkeit entwickelt. Die Arbeiterkonferenzen sind heute ein bedeutsames und bleibendes Forum des Arrangements der Gewerkschafter der Ostseeanliegerstaaten, Norwegens und Islands für Aktionseinheit, Solidarität, Frieden und Sicherheit in Europa sowie des Kampfes gegen die internationalen Monopole.“

30 Jahre Volksrepublik Bulgarien: Rentenalter 60 schon verwirklicht

Bis nach dem zweiten Weltkrieg nahm Bulgarien hinsichtlich der ökonomischen Entwicklung einen der letzten Plätze in der internationalen Statistik ein. Unter diesen Bedingungen der schwachen industriellen Entwicklung, der halbnaturalen Landwirtschaft und des niedrigen Beschäftigungsgrades konnte auch von einem Gesamtsystem der Sozialfürsorge nicht einmal die Rede sein. Zieht man heute, nach 30 Jahren Volksrepublik Bulgarien, Bilanz, so ist festzustellen, daß ein fortschrittliches System der Sozialfürsorge geschaffen werden konnte.

Eine der wichtigsten sozialen Errungenschaften des bulgarischen Volkes ist das Recht auf Arbeit eines jeden Bürgers. Dieses Recht ist nicht nur in der Verfassung verankert, sondern durch die rasche Entwicklung der Industrie, der Landwirtschaft, der Wissenschaft und Kultur sowie des Dienstleistungsbereichs gewährleistet. Alljährlich gibt es Tausende neuer Planstellen in allen Bereichen. Längst ist der bulgarische Bürger der Sorge enthoben, nach Arbeit suchen zu müssen.

Heute besteht ein anderes Problem. Die wissenschaftlich-technische Revolution stellt ununterbrochen neue Anforderungen an die Qualifizierung der Arbeiter und Angestellten. Dieses Problem wird mit Hilfe des Staates gelöst. Es wurde ein breites Netz von Internaten und Schulen geschaffen, Lehrgänge zur Erhöhung des allgemeinen Bildungsniveaus, der beruflichen Qualifizierung und der Umschulung eingerichtet.

Eine andere wichtige soziale Errungenschaft ist das Recht eines jeden bulgarischen Bürgers auf Entlohnung entsprechend der Quantität und Qualität der geleisteten Arbeit. Dabei wird insbesondere in den letzten Jahren in der Entlohnung die Linie verfolgt, die Familien mit geringerem Einkommen stärker zu unterstützen. So wurde der niedrigste Arbeitslohn in den letzten 15 Jahren mehrmals erhöht — 1973 um 23 Prozent — und auch der Lohn der wenig qualifizierten Arbeiter und Angestellten erreichte ein verhältnismäßig großes Ausmaß. Ständig wächst das Nominaleinkommen pro Kopf der Bevölkerung. Von 370 Lewa im Jahre 1952 stieg es auf 1117 Lewa im Jahre 1971 bei gleichbleibenden und sinkenden Preisen.

Auch das Rentenrecht in Bulgarien gehört zu den fortschrittlichsten in der Welt. Frauen erhalten mit 55 Jahren und Männer mit 60 Jahren Rente. Mehrfach wurden die Mindestrenten vom Staat angehoben. Dazu wurde ein System geschaffen, nach dem die Renten, die unter den heutigen Bedingungen derselben Kategorie Arbeiter und An-

gestellten zukommen, auch den älteren Renteneempfängern gezahlt werden. Bulgarien ist eines der ersten Länder, das auch den Genossenschaftsbauern Renten sicherte. Heute sind sie in der Sozialversicherung den Arbeitern und Angestellten gleichgestellt und erhalten auch die gleichen monatlichen Kinderzuschläge.

Eine große soziale Errungenschaft für das bulgarische Volk ist die Fürsorge des Staates und der Gesellschaft für die heranwachsende Generation. Er-

höht wurde die einmalige Beihilfe bei der Geburt eines jeden Kindes. Unaufhörlich erweitert sich das Netz der Kinderkrippen und -gärten. Der Staat trägt jetzt einen wesentlichen Teil der Kosten, die für den Unterhalt der heranwachsenden Generation entstehen. Unlängst wurde auch ein Gesamtprogramm ausgearbeitet, in dem vorgesehen ist, daß in nicht ferner Zukunft der ganze Unterhalt der heranwachsenden Generation, einschließlich der Hochschulbildung, von der Gesellschaft übernommen wird.

Neben einer unentgeltlichen ärztlichen Betreuung wurde in der Volksrepublik Bulgarien das Erholungswesen stark erweitert. Unter äußerst günstigen Bedingungen kann die Mehrzahl der Arbeiter, Angestellten und Genossenschaftsbauern ihren Urlaub in Erholungsheimen erleben.

Im Dezember des vergangenen Jahres wurde ein nationales Komplexprogramm für die Erhöhung des Lebensniveaus des bulgarischen Volkes erarbeitet. Es sieht umfassende Maßnahmen vor, die in den nächsten Jahren verwirklicht werden sollen. Die Erfüllung dieses Programms wird neue große soziale Vorteile für die Bevölkerung mit sich bringen.

I. Sp.

Aktionseinheit – Haupttrend in Frankreichs Gewerkschaften

Die französischen Gewerkschaften spielen in der Arbeiterbewegung wie auch im gesamten politischen Leben Frankreichs eine bedeutende Rolle. Es sind vor allem fünf Gewerkschaftsbünde, die für die Gewerkschaftsbewegung repräsentativ sind, deren Tariffähigkeit auch vom Staat respektiert wird: Die CGT (Confédération Générale du Travail), CFDT (Confédération Française Démocratique du Travail), FO (Force Ouvrière), CFTC (Confédération Française des Travailleurs Chrétiens), und die CGC (Confédération Générale des Cadres, Angestelltengewerkschaft). Von den anderen autonomen Gewerkschaften ist vor allem die FEN (Fédération de l'Enseignement National), die Lehrgewerkschaft, zu nennen.

In der CGT, die 1895 gegründet wurde, ist als Hauptströmung der bewußte Klassenkampf gegen die Herrschaft des Kapitals vorhanden. Der Gewerkschaftsbund CGT ist mit 2 300 000 Mitgliedern die weitaus stärkste Gewerkschaft in Frankreich. Die CFDT ist 1964 aus der konfessionell orientierten CFTC hervorgegangen und umfaßt etwa 800 000 Mitglieder. Die FO wird mit ungefähr 500 000 bis 600 000 Mitgliedern eingeschätzt.

Der jeweilige Einfluß dieser Gewerkschaftsbünde zeigte sich deutlich bei den Betriebsrätewahlen. Nach der Statistik des Arbeitsministeriums fielen auf die Kandidaten der CGT mehr als 50

Prozent aller Stimmen. Für die CFDT wurden 20 Prozent der Stimmen abgegeben und für die FO 8 Prozent. Bei den Angestellten war die CGC mit 25 Prozent der Stimmen am stärksten vertreten, während die CGT und die CFTC mit je 16 Prozent einen beachtlichen Fortschritt erzielen konnten.

Wichtiger als diese Zahlenangaben ist die jeweilige gewerkschaftspolitische Haltung der einzelnen Gewerkschaften. Die CGT ist dem Weltgewerkschaftsbund (WGB) angeschlossen und setzt die Tradition der 1945 geschaffenen Einheitsgewerkschaft fort. Sie setzt sich in allen Aktionen der Arbeiter und Angestellten für das gemeinsame Auftre-

ten der Gewerkschaften ein. Die CFDT bekennt sich wie die CGT zum Klassenkampf und ist seit 1966 mit der CGT durch einen Vertrag für den gemeinsamen Gewerkschaftskampf verbunden.

Diese beiden Gewerkschaftsbünde setzten sich bei den letzten Präsidentschaftswahlen aktiv für die Wahl des Sozialisten Mitterrand ein und bekannten sich zu dem gemeinsamen Regierungsprogramm der Sozialisten und Kommunisten. Die Zentralen der CGT und CFDT sind in einem dauernden Gespräch über längerfristige Ziele einer grundlegenden Veränderung der Gesellschaft mit der Perspektive des Sozialismus verbunden.

In der FO sind die verknöcherten anti-kommunistischen Auffassungen noch vorherrschend. Die FO spricht sich gegen alles aus, was auf die Überwindung der Spaltung aus der Vergangenheit gerichtet ist. Selbst in Genf, wo im Januar dieses Jahres ein Spitzengespräch von Gewerkschaften des IBFG, des WGB und des Weltverbandes der Arbeitnehmer (WVA) stattfand, um weitere gemeinsame Aktivitäten zu besprechen, fehlten Vertreter der FO. Der Vorstand der FO widersetzt sich auch allen Anstrengungen, den neugegründeten europäischen Bund der Gewerkschaften (EGB) zu einer Organisation des gemeinsamen Kampfes gegen die Monopole zu machen. Aber innerhalb der FO wächst die Kritik an der ablehnenden Haltung gegenüber der großen Einheitsbewegung unter den Arbeitern und Angestellten, besonders gegenüber dem breiten Bündnis, das die Linkskräfte bei der Präsidentschaftswahl im Mai 1974 schufen.

Die Wirklichkeit des täglichen Kampfes in den Betrieben zeigt den widersinnigen und überholten Charakter der Position der FO. Bei der Verteidigung der Kaufkraft und der Arbeitsplätze werden immer häufiger Mitglieder und Einzelgewerkschaften der FO Seite an Seite mit der CGT, CFDT und der FEN aktiv. Die CGT setzt sich mit aller Kraft für die Weiterentwicklung dieser Einheitsbewegung ein. Georges Seguy, der Vorsitzende der CGT, sagte dazu auf einer Pressekonferenz am 3. August 1973: „Wir wünschen, die Aktionseinheit auf FEN und beharrlich auch auf die Kollegen der FO auszudehnen.“ Nach der Präsidentschaftswahl wurde das bewährte Abkommen über Zusammenarbeit zwischen der CGT und der CFDT am 26. Juni 1974 erneuert. In dem Dokument dazu heißt es:

„Die durch den beträchtlichen Vorstoß der vereinten Linken geschaffene neue Lage zeigt, daß es künftig möglich ist, eine mehrheitliche Sammlungsbewegung der breiten Volksschichten für wirkliche Veränderungen zu erlangen. Diese Situation gibt den Arbeitern Hoffnung und Vertrauen. Im gegenwärtigen Augenblick und für den kommenden

TUC-Kongreß betont Ablehnung der EG und unterstützt Labour

Von unserem England-Korrespondenten Mick Costello

Die Debatten auf dem diesjährigen Kongreß des britischen Gewerkschaftsbundes TUC, der im September — am Vorabend der allgemeinen Wahlen — stattfand, standen unter der erklärten Absicht, der Labour-Partei die parlamentarische Mehrheit zu sichern. Der Kongreß in Brighton verdeutlichte die wachsende Stärke des linken Flügels in der Gewerkschaftsbewegung, die sich am deutlichsten in der personellen Zunahme im neuen Generalrat zeigte. Der Wunsch, ein einheitliches Image der Öffentlichkeit zu präsentieren, das treffend zeigen soll, daß nur eine Labour-Regierung mit der Zusammenarbeit der Gewerkschaften rechnen kann, war das grundlegende Ziel einer breiten Mehrheit von Delegierten.

Die beschlossenen politischen Grundsätze haben die wiederholte Versicherung zum Inhalt, daß die Gewerkschaftsbewegung sich gegen eine britische Mitgliedschaft im Gemeinsamen Markt (EG) stellt; eine Entscheidung, die durch die andauernden ökonomischen Schwierigkeiten der Briten in diesem Jahr unterstrichen wurde. Die Befürworter der EG sind nicht länger in der Lage, angebliche Vorteile der Mitgliedschaft hervorstreichend; dagegen sprechen die kolossalen Inflationsraten in den anderen EG-Staaten eine zu deutliche Sprache.

In seiner Ansprache an die Delegierten versicherte Premierminister Harold Wilson den Gewerkschaften, daß bei der Frage des Verbleibens im Gemeinsamen Markt die Meinung des britischen Volkes in der laufenden Verhandlungsrunde über „bessere Bedingungen der Mitgliedschaft“ berücksichtigt werden soll.

Die zentralen Debatten über die Innenpolitik behandelten den sogenannten „Sozialkontrakt“ und die Demokratie in der Industrie. Letzteres Problem ist ebenfalls mit der Problematik des Gemeinsamen Marktes verkettet.

Der Kongreß stellte sich gegen jegliche auf dem Kontinent gebräuchlichen Formen einer institutionalisierten Arbeitermitbestimmung. Dagegen herrschte

Zeitabschnitt ergibt sich ein für die Arbeiter günstiges Kräfteverhältnis daraus, um ihre Forderungen wirksam zu verteidigen. Die Aktionseinheit zwischen der CFDT und der CGT ist ein entscheidender Faktor im sozialen Kampf dieser letzten Jahre gewesen.“

R. G., Paris

Übereinstimmung darüber, daß der Arbeiterrepräsentation in den Gremien der Unternehmen nur in Form von traditionellen kollektiven Verträgen zwischen Gewerkschaften und Management zugestimmt werden kann. Die Labour-Regierung wurde verpflichtet, ihre Vorschläge zur Arbeiterdemokratie bis Anfang nächsten Jahres zu veröffentlichen, vorausgesetzt, sie gewinnt die Wahlen.

Der Sozialkontrakt zwischen Labour-Regierung und den TUC-Führern fand überraschenderweise die Zustimmung des Kongresses, ungeachtet der starken Opposition eines großen Teils der Gewerkschaften gegen die darin enthaltenen Klauseln zur Lohnbeschränkung. Der Kontrakt verpflichtet Labour, das Programm der sozialen Reformen im Einklang mit der TUC-Politik fortzusetzen. Viele Delegierte waren jedoch dagegen (ohne es zu einer Abstimmung kommen zu lassen), sich als Gegenleistung, einem Stillhalten bei den Löhnen zu unterwerfen.

Die meisten Gewerkschaftsführer sind sich jedoch klar darüber, daß die steigenden Lebenshaltungskosten ausgleichende Lohnforderungen hervorbringen werden; die Kongreßmehrheit tat jedoch so, als würde sie dies nicht denken. Wie auch immer, liegt die Bedeutung des Sozialkontrakts, was die langfristigen Tendenzen in der britischen Labour-Bewegung betrifft, in dem fundamentalen Punkt, daß die Politik der Labour-Regierung nur in enger Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsbewegung ausgearbeitet und realisiert werden kann.

In diesem Jahr wurde zum erstenmal ein prominentes Mitglied der Kommunistischen Partei in den TUC-Generalrat gewählt. Und in mehr Entscheidungen, als es die TUC-Führung will, dürften schon im nächsten Jahr weitere linke Positionen aufkommen.

Terminkalender

- **9. bis 11. Oktober**
Bundesangestelltenkonferenz des DGB in Braunschweig
- **10. bis 15. Oktober**
Internationale Frankfurter Buchmesse
- **13. bis 19. Oktober**
10. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Hamburg
- **21. bis 25. Oktober**
Internationales Seminar der Eisenbahnergewerkschaften aus 50 Ländern in Frankfurt/Main
- **20. bis 26. Oktober**
11. Kongreß der Deutschen Postgewerkschaft in Hamburg
- **4. bis 8. November**
12. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Textil – Bekleidung in München
- **19. bis 21. November**
9. Bundesjugendkonferenz des DGB in Ludwigshafen
- **1. März bis 31. Mai 1975**
Neuwahl der Betriebsräte
- **25. bis 31. Mai 1975**
10. ordentlicher Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Hamburg
- **Frühjahr 1975**
Europäische Gewerkschaftskonferenz zum Thema „Humanisierung der Arbeitswelt“ in Genf.

Beilagenhinweis

Einem Teil dieser Auflage von NACHRICHTEN sind Beilagen eingelegt. Es handelt sich um einen Prospekt des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) sowie um einen Aufruf des Ausschusses für Frieden und Zusammenarbeit.

Zu guter Letzt

Wegen besonders objektiver Berichterstattung im DGB-Organ „Welt der Arbeit“ soll deren Redakteur Klaus Jelonek von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) für den Preis der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. vorgeschlagen werden. Die Preisverleihung werde vermutlich Axel Cäsar Springer vornehmen.

So jedenfalls lautet das jüngste Gerücht. Und in der Tat: „Jelos“ Ergüsse lassen es in letzter Zeit immer wahrhaftiger erscheinen.

Nein zur Vermögenspolitik

Gewerkschaftliche Argumente und Alternativen zur Vermögensbildung, rororo aktuell Nr. 1709, 1974.

Das Taschenbuch zielt – nach den Worten seines Herausgebers Pitz – darauf ab, „weitverbreitete Illusionen über die Möglichkeiten der Vermögenspolitik zu zerstören und damit das Augenmerk auf entscheidendere politische Alternativen zu lenken“. Nicht alle Beiträge des Buches werden diesem Anspruch gerecht. Problematisch ist insbesondere die Tendenz in einigen Aufsätzen, als Alternative zur Vermögensbildung die Forderung nach „Qualität des Lebens“ in den Vordergrund zu stellen.

Wenn Erich Frister, der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, schreibt: „Die Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben setzt eine veränderte Haltung zu den Bedürfnissen der Gemeinschaft voraus, statt Egoismus brauchen wir Solidarität“ –, bleibt die eigentlich entscheidende Frage, wie die Verfügungsmacht des Monopolkapitals über die Produktionsmittel eingeschränkt werden kann, völlig unbeantwortet.

Demgegenüber begründen andere Autoren präzise, warum innerhalb der Gewerkschaften, vor allem in der IG Metall, entscheidende Einwände gegen Vermögensbildungspläne erhoben werden. Bereits Otto Brenner hatte festgestellt: „Realität ist, daß eine breitere Streuung von Eigentumstiteln nicht eine Demokratisierung der Wirtschaft bewirkt. Sie würde im Gegenteil dazu führen, daß die unkontrollierten Manager der Wirtschaft noch mächtiger werden.“

Neben einer Übersicht über „Zwanzig Jahre vermögenspolitischer Diskussion“ (Höhnen), die im Anhang die Stellungnahmen des DGB und der IG Metall zur Vermögensbildung enthält, und einem ausführlichen Beitrag zur „Kapitalkonzentration in der BRD“ (Koubek) mit einer Fülle von statistischem Zahlenmaterial, stammt der wichtigste Aufsatz des Buches von Eugen Loderer, dem Vorsitzenden der IG Metall.

Loderer faßt zusammen, warum sich die IG Metall bisher entschieden gegen alle Pläne zur Vermögensbildung ausgesprochen hat und warnt eindringlich vor Illusionen über eine mögliche Vermögensumverteilung. Nachdem Loderer die zunehmende Machtkonzentration in der BRD analysiert hat, kommt er zu dem Schluß, daß die sogenannte Vermögensbildung „den Druck auf unsere Lohnpolitik verschärfen soll“. Loderer: „Wie kann man glauben, man könne den Unternehmern etwas nehmen, ohne sie ruft zu müssen? Der Arbeiterbewegung ist im Laufe ihrer gesamten

Geschichte noch kein einziger Pfennig geschenkt worden.“ Das Fazit seiner Ausführungen ist:

1. Bei der Konzentration des Produktivvermögens handelt es sich um das Problem der Kontrolle wirtschaftlicher Macht.
2. Die Lösung des Problems der Konzentration des Produktivvermögens kann nur durch die Demokratisierung der Wirtschaft erfolgen. Instrumente der Demokratisierung sind die Mitbestimmung und alle im Grundsatzprogramm des DGB genannten Möglichkeiten der Kontrolle wirtschaftlicher Macht. Dazu gehört auch die Überführung von Schlüsselindustrien und anderer markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmungen in Gemeineigentum.
3. Aus prinzipiellen gewerkschafts- und einkommenspolitischen Überlegungen halten die Gewerkschaften an der Konzeption der aktiven Lohnpolitik zur Steigerung des Anteils der Arbeitnehmer am Sozialprodukt fest.“

Diese Positionen wurden im September vom 11. Gewerkschaftstag der IG Metall in Hannover erneut bestätigt.

B. D.

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Gewerkschafts-Spiegel
Informationen und Kommentare

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH mit viermal jährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember – nur für Abonnenten).

Herausgeber: Josef Ledwohn, Essen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Redaktionskollegium:
Gisela Mayer, 6 Frankfurt/M. 1, Glauburgstraße 66;

Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), 6 Frankfurt/M. 1, Glauburgstraße 66;
Gerd Siebert, 205 Hamburg 80, Harnackring 31.
Verlags- und Redaktionsanschrift: 6 Frankfurt/M. 1, Postfach 18 0372, Glauburgstraße 66;
Telefon 59 97 91; Konto-Nr. 10-58029-0 Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt/M.; Postscheckkonto: Frankfurt 305040-606.

Einzelpreis 2,50 DM; Jahresabonnement 20,— DM, einschließlich Zustellgebühr; Halbjahresabonnement 10,— DM.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Neuss.



NACHRICHTEN-Verlags-Gesellschaft mbH.

Frankfurt am Main